

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Frank R. Pfetsch

Politische Utopie, oder:  
Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens

Jürgen Bellers

Politikwissenschaft in Deutschland  
Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung

Hans-Werner Kuhn/Peter Massing

Politische Bildung seit 1945  
Konzeptionen, Kontroversen, Perspektiven

Immanuel Geiss

Europäische Perspektiven  
nach der deutschen Einigung

B 52–53/90

21. Dezember 1990

Frank R. Pfetsch, Dr. phil., geb. 1936; Studium der Volkswirtschaft und Politikwissenschaft an in- und ausländischen Universitäten; Tätigkeiten in Forschungsinstitutionen und im früheren Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung; seit 1976 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg; Gastprofessuren an der University of Pittsburgh und an der Kyung Hee Universität Seoul.

Veröffentlichungen u. a.: Verfassungspolitik der Nachkriegszeit, Darmstadt 1985; West Germany: Internal Structures and External Relations, New York 1988; Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in den Westzonen, Opladen 1990.

Jürgen Bellers, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Politikwissenschaft/Internationalen Politik und Zeitungswissenschaft sowie für das Lehramt der Sozialkunde, Germanistik und Geschichte in München; seit 1989 Hochschuldozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität.

Veröffentlichungen u. a.: Reformpolitik und EWG-Strategie der SPD, München 1979; Die Bedeutung dritter Akteure in zwischenstaatlichen Beziehungen, Münster 1982; Politische Philosophie, Internationale Politik und Politische Moral, Münster 1982; Planung und ihre Defizite in Wirtschaft und Politik, Münster 1988; Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Münster 1990.

Hans-Werner Kuhn, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaft und Philosophie; wissenschaftlicher Redakteur der „Schriftenreihe zur politischen Bildungsarbeit“ am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

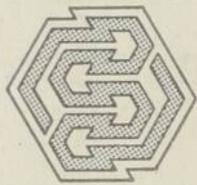
Veröffentlichungen u. a.: Qualifikation und Sozialisation in der Beruflichen Bildung, Frankfurt 1980; Grundkurs Bildungspolitik, Frankfurt 1980; (zus. mit Tilman Grammes) Politikunterricht in Berlin, Berlin 1987; Aufsätze zur politischen Bildung und Unterrichtsmaterialien.

Peter Massing, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaft und Psychologie; Leiter des Referats für politische Bildungsarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Interesse und Konsensus. Zur Rekonstruktion und Begründung normativ-kritischer Elemente neopluralistischer Demokratietheorie, Opladen 1979; Aufsätze zur Konflikttheorie, Bildungspolitik und zur politischen Bildung.

Immanuel Geiss, Dr. phil., geb. 1931; Professor für Neuzeitliche Geschichte an der Universität zu Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte griffbereit, 6 Bde., Reinbek 1979–1983; Geschichte im Überblick, Reinbek 1986; Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988; Geschichte des Rassismus, Frankfurt 1989<sup>2</sup>; Der lange Weg in die Katastrophe. Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, 1815–1914, München 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens

## I. Der zeitliche Bezug

Nichts ist trauriger als der Tod einer Illusion, meinte Arthur Koestler, als er sich vom Kommunismus stalinistischer Prägung in den dreißiger Jahren abwandte, und es scheint, als ob die revolutionären Veränderungen der jüngsten Zeit in den osteuropäischen Ländern Illusionen von nicht wenigen begraben haben. Das Scheitern des schmerzlichen „Experiments Realsozialismus“ scheint auch das Scheitern einer Utopie gewesen zu sein – genauer, das Scheitern der dem Sozialismus innewohnenden Ideale.

Was scheiterte, ist aber, genauer besehen, nicht die Utopie selbst – diese kann, wie wir sehen werden, überhaupt nicht scheitern –, sondern der Versuch der ideologisch-politischen Umsetzung, des vom Kopf auf die Beine Stellens, denn Utopien sind nur Hoffnungen auf Realisierung, nicht die Realisierung selbst. Die Utopie wurde zum Gefangenen der Ideologie.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa waren das Gegenstück zu den gescheiterten Gesellschaftsexperimenten, die auf geschlossenen, rationalen Entwürfen beruhten und dabei die von Marx geforderte gesellschaftliche Basis vergaßen. Es waren soziale Massenbewegungen ohne Utopie und Ideologie, geprägt von Zielen schon bestehender Gesellschaften. Entgegen der Behauptung des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, daß bisher keine soziale Massenbewegung ohne Utopie ausgekommen sei und auf Mythen nicht verzichten konnte<sup>1)</sup>, waren die friedlichen Revolutionen sehr wohl praxisgeleitete Antiregime-Bewegungen und an real existierenden Gegenbildern orientiert.

Die im folgenden vorgenommene Bestimmung des Utopiebegriffs, wie er sich in der Geschichte des utopischen Denkens entwickelt hat, soll diesen Ge-

gensatz von Entwurf und Realität verdeutlichen und ihn von dem Vorwurf des Scheitern befreien.

Die Geschichte des utopischen Denkens reicht zurück in die vorchristliche Zeit<sup>2)</sup>. Platons Idealstaat „Politeia“ gilt im wissenschaftlich-literarischen Schrifttum – die meisten Utopien sind als Essay oder Roman geschrieben worden – gemeinhin als Beginn dieses Genres. Die stilbildenden Autoren haben jedoch ihre Arbeiten zu Beginn des 16. Jahrhunderts geschrieben. Der Begriff selbst geht auf den englischen Lord Chancellor Thomas More („Utopia“) zurück; ihm folgten der italienische Do-

<sup>2)</sup> Einen Überblick über Utopieentwürfe und die Utopiediskussion bietet als Einstieg Wolfgang Biesterfeld, *Die literarische Utopie*, Stuttgart 1982<sup>2</sup>; ferner Franz Baumer, *Paradiese der Zukunft. Die Menschheitsträume vom besseren Leben*, Frankfurt 1967; Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt 1959; ders., *Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien*, Frankfurt 1986; ders., *Geist der Utopie*, bearb. Neuauf., Frankfurt 1985; Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882)*, in: ME *Ausgewählte Schriften II*, Berlin (Ost) 1958; Bruno Frei, *Zur Kritik der Sozialutopie*, Frankfurt 1973; Hans Freyer, *Die politische Insel. Eine Geschichte der Utopien von Platon bis zur Gegenwart*, Leipzig 1936; Vincent Geoghegan, *Utopianism and Marxism*, London–New York 1987; Jost Hermand, *Irgendwo. Formen utopischen Denkens*, Königstein i. Ts. 1981; Werner Kraus (Hrsg.), *Reise nach Utopia. Französische Utopien aus drei Jahrhunderten*, Hamburg 1964; Hans-Jürgen Krysmanski, *Die utopische Methode*, Köln–Opladen 1963; Krishan Kumar, *Utopia and Anti-Utopia in Modern Times*, Oxford–New York 1987; Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie (1919)*, Frankfurt 1987; Hans-Jürgen Mähl, *Philosophischer Chiasmus*, in: Silvio Vietta (Hrsg.), *Die literarische Frühromantik*, Göttingen 1983, S. 149 ff.; Frank E. Manuel / Fritzie P. Manuel, *Utopian Thought in the Western World*, Cambridge/Mass. 1979; Arnhelm Neusüss (Hrsg.), *Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen*, Frankfurt 1968; Ferdinand Seibt, *Utopica. Modelle totaler Sozialplanung*, Düsseldorf 1972; Jean Servier, *Der Traum von der großen Harmonie. Eine Geschichte der Utopie*, München 1971; Helmut Swoboda, *Utopia. Geschichte der Sehnsucht nach einer besseren Welt*, Wien 1972; Helmut Swoboda (Hrsg.), *Der Traum vom besten Staat. Texte aus Utopien von Platon bis Morris*, München 1972; ders., *Geschichte der Sehnsucht nach einer besseren Welt*, Wien 1972; Wilhelm Voßkamp (Hrsg.), *Utopie-Forschung*, 3 Bde., Frankfurt 1985.

<sup>1)</sup> Vgl. Leszek Kolakowski, *Marxismus – Utopie und Antitopie*, Stuttgart 1974.

minikanermönch Tommaso Campanella („Civitas Solis“) und der „Lorde High Chancellour of Eng- lande“ Francis Bacon („Nova Atlantis“)<sup>3</sup>). Im deutschsprachigen Raum ist vor allem Johann Valentin Andreaes protestantischer Christenstaat „Christianopolis“ zu nennen. Die wichtigsten fran- zösischen Autoren sind Charles de Montesquieu mit seinen „Lettres persanes“, Charles Fourier mit seinem frühsozialistischen Ideal des Phalansteriums sowie Henri Saint-Simon mit seiner neuen Wissen- schaftsgesellschaft; für das England des 19. Jahr- hunderts ist vor allem der Sozialreformer Robert Owen („The Book of the New Moral World“) zu nennen. Friedrich Engels hat bekanntlich in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ die frühsozialistischen Gedanken als „reine Phantasterei“ abqualifiziert und dagegen ein vermeintlich die sozialen Realitäten besser erfassendes wissenschaftliches System

gesetzt, das selbst aber wiederum nicht ohne utopi- sche Elemente auskam<sup>4</sup>).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts häufen sich utopi- sche Entwürfe in Europa und Amerika – Ed- ward Bellamy („Looking Backward 2000 – 1887“) und Theodor Hertzka („Freiland“) stehen für viele andere –, die den sozialen Mißständen der Zeit noch immer positive Idealentwürfe entgegen stell- ten, bis dann mit Jewgenij Samjatin („Wir“) kurz nach der russischen Revolution eine neue Gattung aufkommt, die bis in unsere Zeit utopische Arbei- ten bestimmt: die Negativutopie, die im Stil eines Aldous Huxley („Brave New World“) oder George Orwell („1984“) durch Überzeichnung auf Miß- stände hinweisen will. Neuere utopische Romane wie z. B. „Der Report der Magd“ (Margaret At- wood) oder „Shikasta“ (Doris Lessing) tragen ebenfalls solche Züge.

## II. Welche Merkmale sind für Utopien konstitutiv?

1. Utopien sind Gedankenentwürfe, d. h. mit der *ratio* verfaßte Konzepte einer schöneren oder schlechteren Welt; Robert Owen spricht von einem „rational system of society“. Der Terminus „Traum“, der etwas Unbewußtes bezeichnet, erfaßt nicht diesen rationalen Kern des utopischen Unter- nehmens. Es gibt auch den Tagtraum, der „be- wußte Zustände, Bilder einer erwünschten, eines besser erscheinenden Lebens privat ausmalt“<sup>5</sup>). Auch die Bezeichnung „rationaler Weltgestaltungs- plan“ (Lothar Bossle) trifft nicht das Merkmal rei- ner Utopie, denn der Begriff „Plan“ deutet ja ge- rade an, daß es auf eine Realisierung, auf eine Wen- dung zum Besseren (daher: „Heilsplan“) an- kommt.

2. Utopien sind kein empirischer oder rationalisti- scher Nachvollzug existierender gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern abstrakt erdachte und kon- kret ausgemalte alternative Wirklichkeiten, die kei- nen eigentlichen Übergang zur Erfahrungswirklich-

keit aufweisen. Lars Gustafson spricht in seinem Buch „Utopien“ daher von einem „diskontinuierli- chen Übergang“, denn es ist kaum möglich, sich Utopien vorzustellen, die einen stufenweisen Über- gang von einem jetzt existierenden Gesellschaftszu- stand zu einem anderen vorsehen. Utopien werden also nur als Beginn geschildert.

3. Utopien sind Gegenwirklichkeiten, etwas, was das wirkliche Leben nicht aufweist. In Worten des Romanciers Robert Musil bildet der Möglichkeits- sinn den Kontrast zum Wirklichkeitssinn<sup>6</sup>). Die Realität der Utopisten übersteigt jede gewohnte Vorstellung; Utopien sind zeitlich und räumlich entfernte Objekte.

4. Utopien sind ohne Anspruch auf Verwirklichung entworfen worden (dies der Unterschied zur Pla- nung oder Simulation), auch wenn es in der Absicht des einen oder anderen Autors gelegen haben mag, seine Ideale verwirklicht zu sehen. Robert Owens „New Harmony“ existierte beispielsweise für kurze Zeit in Ohio; ebenso wurde das Phalansterium Fou- riers in Texas ausprobiert, und es gab Versuche, den Sonnenstaat Campanellas durch Jesuiten in Pa- raguay zu realisieren. Doch solche Experimente scheiterten durchweg, ohne daß andere Realisie- rungsversuche unterblieben wären.

<sup>3</sup>) Die Texte sind abgedruckt bei Klaus Heinisch (Hrsg.), *Der utopische Staat* (Morus, Campanella, Bacon), Hamburg 1960/62. Eine bibliophile, von Matthias Precht illustrierte Ausgabe von *Mores Utopia* ist 1987 erschienen.

<sup>4</sup>) Die Kritik an der marxistischen Verengung und Dogma- tisierung der frühsozialistischen Schriften (Babeuf, Saint- Simon, Fourier, Owen, Cabet, Weitling, Blanc) haben marxistische Autoren selbst wie Bloch, Marcuse, Bahro, Gorz geübt, vgl. Vincent Geoghegan, *Utopianism and Marxism*, London–New York 1987.

<sup>5</sup>) Ernst Bloch, *Tübinger Einleitung in die Philosophie I.*, Frankfurt 1964<sup>2</sup>, S. 124.

<sup>6</sup>) Vgl. Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*, Ham- burg 1970, S. 16 bzw. 246, 248.

5. Utopien sind auf zwei unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: Sie sind zugleich Kritik der bestehenden Verhältnisse, und daher auf die Gegenwart bezogen (systemimmanente Kritik), sowie davon abgehoben in der Un-wirklichkeit, in der Nicht-Tatsächlichkeit angesiedelt (systemtranszendierende Kritik); die Zukunft wird zur Negation der Gegenwart. Dieser der Wirklichkeit entfernte Charakter der Utopie macht es Gegnern leicht, die Autoren als Phantasten, Spinner, kurz: als nicht ernst zu nehmende Personen abzuqualifizieren. Als prinzipiell unverwirklichbare Entwürfe können fast alle in die Zukunft gerichteten Absichten desavouiert werden. Sehr häufig hat sich jedoch gezeigt, daß die Utopien von heute die Wirklichkeiten von morgen geworden sind. Revolutionärer Elan bezieht daher das Unmögliche in die Wirklichkeit ein, nimmt das Utopische als Gegenwärtiges wahr. Darauf weisen auch die Slogans hin: „Le rêve est réalité“ (französische Studentenbewegung 1968), „Seid Realisten bzw. verlangt das Unmögliche“ (deutsche Studentenbewegung 1968).

6. Utopien überschreiten bewußt Raum und Zeit; Räume sind künstlich gedacht (Inseln, Planeten etc.), die Zeit ist Zukunft (Orwell: „1984“) oder wird aus der Perspektive der Zukunft (Bellamy: „Looking backward from the year 2000—1887“) betrachtet. Die Wege der Entdeckung fiktiver Gemeinwesen führen über abenteuerliche Reisen; nicht selten sind es Schiffbruch mit Strandung an einer unbekanntem Insel, Expeditionen in ein noch unerforschtes Land, Traum und Raumflug.

7. Utopien entzündeten sich an Krisen<sup>7)</sup>. Platon sucht mit seinem dorischen Idealstaat den Kontrast zu der krisengeschüttelten griechischen *polis* seiner Zeit, Morus sucht als Gegenwelt zu der „jämmerlichen Not und Verelendung“ der durch die Einhegungen um ihr Land gebrachten Bauern sein „Utopia“, Andreäe entwirft sein „Christianopolis“ gegen die „Herrschaft der Tyrannei, Sophisterei und Heuchlerei“, Owen setzt der Welt aus „ignorance and selfishness“ die „new moral world“ entgegen, in der nur „truth alone will govern . . . (and) knowledge, unchecked by superstition or prejudice“<sup>8)</sup>. Ebenso wie andere utopische Frühsozialisten sucht auch er das Heil aus den mit der frühkapitalistischen Warenproduktion verbundenen sozialen Un-

7) Vgl. Thomas Nipperdey, Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, 44 (1962), S. 357—378.

8) Robert Owen, The Book of the New Moral World, London 1862, Part I, S. XVII, deutsch: Das Buch der neuen moralischen Welt enthaltend die Grundsätze, Frankfurt 1987.

gerechtigkeiten in assoziativen Kleinexperimenten. Bellamy schreibt zur Zeit des „great upheaval“ in Amerika, Hertzka zur Zeit der Großen Depression in Deutschland.

Für die Negativutopien der nummerierten und normierten Menschen eines Samjatin, Huxley oder Orwell dienen die totalitären Politikordnungen des Bolschewismus und Faschismus als Kontrastfolien, und die neuzeitlichen ökologischen oder feministischen Utopien von Gilman, Atwood, Lessing oder von Callenbach und Thompson schließlich kontrastieren mit der umwelt-, ja menscheitsbedrohenden technischen Zivilisation. Der Rekurs auf die Krise kann jedoch kein ausschließliches Kriterium sein, denn ein solches Bewußtsein kann in den existierenden Gesellschaften allgegenwärtig vorgefunden werden.

8. Utopien sind nicht reformerisch, nicht auf pragmatische kleine Schritte angelegt, sondern auf Totalität ausgerichtet; sie enthalten kein Programm zu ihrer Verwirklichung, sie geben nicht an, wie der Idealzustand erreicht werden soll; die ‚reinen Utopien‘ sind daher sozial und vor allem politisch defizitär; sie sind alles andere als Handlungssysteme, was nicht heißen soll, daß sie im nachhinein nicht so verstanden und geschichtswirksam geworden sind. Diese Charakterisierung thematisiert den *Entstehungszusammenhang*, von dem der *Wirkungszusammenhang* zu unterscheiden ist.

9. Utopien sind zeitverhaftet, auch wenn der Idealzustand in die Zukunft projiziert und an einem ausgedachten Ort angesiedelt ist. „Eine Utopie“, schreibt Gustafson, „ist nicht nur ein Vorschlag, sie ist durch ihre Kontrastwirkung auch ein Bild des bestehenden Gesellschaftszustandes“<sup>9)</sup>.

10. Utopien sind Totalentwürfe oder — aus der Sicht ihrer Kritiker — totalitäre Gedankensysteme<sup>10)</sup>; sie sind geschlossen, statisch, rationalistisch und ohne Handlungskonzept, ohne eingebaute Veränderungskomponente. Total ist der utopische Entwurf in zweierlei Hinsicht: einmal, indem er alle Lebensbereiche umfaßt, und zum anderen, indem er alle Verhaltensformen regelt und kontrolliert; hierarchische Strukturen bestimmen bei vielen Autoren das Geschehen in der Gemeinschaft. Der Ganzheitscharakter gehört somit zum Wesen der „reinen Utopie“.

9) Lars Gustafson, Utopien, Frankfurt-Berlin-Wien 1985, S. 87.

10) Vgl. Karl R. Popper, Der Zauber Platons als Beispiel des zweiten, schlimmeren Irrtums, in: Gnomon, 39 (1937), S. 6—13.

Aufgrund dieser Strukturkomponenten sind Utopien vergleichbar mit Totalitarismen von links (Stalinismus) oder rechts (Faschismus, Nationalsozialismus); der kognitive Ansatz macht sie aber auch vergleichbar mit Demokratieansätzen, die durch das Rationalistische gekennzeichnet sind (Talmon: „totalitäre Demokratie“). Der Gegenentwurf zum rationalistischen Demokratieansatz ist die empirische Demokratieauffassung (Sartori), die über das *trial and error*-Verfahren zu Entscheidungen gelangt und nicht über vorgefaßte Entwürfe<sup>11)</sup>.

11. Utopien sind vorstellbare bessere oder (zur Abschreckung) schlechtere Welten; das Schlechtere dient als Kontrastfolie für das Bessere. Die Absicht des jeweiligen Autors beim Schreiben einer Negativutopie ist also letztlich auch auf das Positive gerichtet. Jürgen Rühle spricht daher treffend von der „optimistischen Tragödie“<sup>12)</sup>. Die Verhinderung des Negativen soll ja das Positive bewirken; insofern bezeichnet die Unterscheidung zwischen positiv und negativ eher die Form als die eigentliche Absicht. Auch aus den persönlichen Lebensdaten der Utopie-Autoren geht diese Dialektik oft hervor: „Der Entwurf der besseren Welt geht einher mit der schlechteren ihres Autors“, sagt Auguste Comte.

12. Utopien sind auf neues Denken, auf neue Ideen ausgerichtet. Viele technische oder soziale Innovationen, die utopische Entwürfe enthalten, sind später zum Positiven oder Negativen realisiert worden. Utopien sind insofern Früherkennungs- oder Frühwarnsysteme; sie antizipieren Realitäten und verraten „kommende Gesellschaftsträger der jeweils nächsten Tendenz“<sup>13)</sup>. Morus erblickt das freiere Marktwesen, Campanella die absolutistische Manufakturperiode, Bacon und Andreae konzipieren die zukünftige Wissenschaftsgesellschaft in einer Zeit, in der Aberglaube, mittelalterliche Alchemie und kirchliche Dogmatik das Geistesleben bestimmt haben. Saint-Simon denkt dreihundert Jahre später im Banne des Zaubers „de l'industrie“. Vor allem im Erziehungswesen werden Vorschläge gemacht, die z. T. erst im 20. Jahrhundert als richtig erkannt worden sind: Das obligatorische Schulsystem wird schon früh gefordert; Erfindungen werden erdacht: Die frühneuzeitlichen Utopisten denken an die genetische Züchtung von Modell-Menschen; Campanella erdenkt sich die Kunst des Flie-

gens, Fern- und Hörrohre werden erfunden; eine Art Propeller treibt die Schiffe an; Bellamy überlegt sich das System des Versandhauses und der Musikübertragung (Radio). In der Zeit des Absolutismus kennen die Utopisten der früheren Neuzeit wie die der Aufklärung die Institution der Volksversammlung.

Der technische Ableger der literarischen Gattung ‚Utopie‘, nämlich die Science-Fiction-Literatur, hat sich speziell dem Thema technischer Möglichkeitsformen angenommen. Doch auch in der Beschreibung abschreckender Techniken sind die Negativ-Utopien reich: Techniken der Totalüberwachung und -manipulation werden vorgeführt; die Zucht menschlicher Gestalten durch gezielte Auslese wird möglich; in jüngeren Utopien werden Medikamente eingesetzt, um Menschen in eine gewünschte Stimmung zu versetzen und sie beherrschbar zu machen.

13. Utopien sind von Autoren geschrieben, die man in der überwiegenden Zahl ihrer Vertreter als gesellschaftliche Randfiguren, also als Abweichler von der Norm bezeichnen kann. Diese Charakterisierung haben Utopisten gemein mit Innovatoren, die vielleicht gerade von solchen Randlagen aus zu neuen Ideen kommen, weil sie sich nicht an Konventionen halten. Morus und Münzer enden auf dem Schafott; Campanella verbringt 27 Jahre seines Lebens im Kerker; Fourier ist voller schrulliger Angewohnheiten; Owen experimentiert unaufhörlich und riskiert sein Vermögen; Huxley und Orwell führen ein außergewöhnliches Leben.

14. Man kann eine zusammenhängende Sequenz literarischer Produkte im Zeitablauf verfolgen. Die frühneuzeitlichen Utopien eines Morus, eines Campanella oder eines Andreae nehmen Gedanken von Platons Idealstaat auf, ebenso wie die Utopisten der Aufklärung oder die frühsozialistischen Utopisten auf ihre jeweiligen Vorgänger zurückgegriffen haben<sup>14)</sup>. Diese Kontinuität reicht bis in unsere Tage und macht das Gemeinsame der utopischen Literatur aus.

15. Verfolgt man das Verständnis von Utopie über die Zeit hinweg, so ist ein Bedeutungswandel unübersehbar: Während die älteren Definitionen vor allem ein positives Bild des vorgestellten Ideals an einem erfundenen anderen Ort zum Ausdruck bringen, also die „Schlaraffenland-Definition“ anbieten, werden spätere Bestimmungsversuche ergänzt

<sup>11)</sup> Vgl. Jakob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln-Opladen 1961; Giovanni Sartori, Democratic Theory, New York 1967.

<sup>12)</sup> Jürgen Rühle, Nachwort zu Samjatins Roman Wir, 1984, S. 221.

<sup>13)</sup> E. Bloch (Anm. 5), S. 130.

<sup>14)</sup> Vgl. Richard Saage, Vertragsdenken und Utopie, Frankfurt 1989.

durch Negativ-Ideale<sup>15)</sup>. Während die Autoren früherer Utopien Beschreibungen des schönen und erstrebenswerten Lebens beabsichtigt haben, dürften in heutiger Zeit die abschreckenden, ja die Horror-Utopien den Ton angeben. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn sich zeigen läßt, daß a) auch die älteren Utopien aus heutiger Sicht alles andere als erstrebenswerte Idealzustände darstellen

und daß b) die früheren Idealbeschreibungen auch jeweils ihre Negativbilder hatten, von denen sich das Positive abheben konnte.

Auch die Negativutopien sind demnach also auf einen besseren Zustand ausgerichtet, denn die abschreckende Wirkung dient als Verhinderungsstrategie: Die negative Welt soll gerade nicht zustande kommen!

### III. Typologien

Die verschiedenen Erscheinungsformen von Utopien können nach unterschiedlichen Gesichtspunkten geordnet werden. Aus der Fülle anzutreffender Definitionen sind sinnvoll und überzeugend, weil historisch verortbar, jedoch nur die beiden folgenden Typologien:

#### *Raum- bzw. Zeitutopie*

Diese Unterscheidung zielt ab auf die zeitliche oder räumliche Dimension. Bis ins 19. Jahrhundert hinein finden Utopien gleichzeitig, aber an einem anderen Ort statt. Die moderne „Verzeitlichung der Geschichte“ (Reinhart Kosellek), die Ablösung der ständisch-feudalen Ordnung durch funktionsorientierte Gesellschaften sowie die zum Abschluß kommende Entdeckung der Welt machen Raumutopien immer seltener. Statt räumlicher Inselutopien entstehen zeitlich nach vorn in die Zukunft oder aus der Zukunft rückblickend gelagerte Utopien. Der neue Typus der Zeitutopie beginnt Ende des 18. Jahrhunderts die insulare Raumutopie abzulösen.

#### *Positive bzw. negative Utopie*

Die Unterscheidung zielt ab auf die Wünschbarkeit bzw. Nicht-Wünschbarkeit, auf das positiv Er-

sehnte oder das negativ Befürchtete. Norbert Elias spricht von Wunsch- bzw. Furchtutopien. Der Übergang von positiven zu negativen Utopien vollzieht sich um die Jahrhundertwende in der „fin de siècle-Stimmung“. Kulturpessimismus und Resignation lassen Donnelly die zweigeteilte Gesellschaft der superzivilisierten Reichen und der rechtlosen Armen beschreiben, während Jerome K. Jerome in „The New Utopia (1981)“ für die total uniformierte Gesellschaft das Bild der Menschen mit dem „Ausdruck der Pferde und Ochsen“ findet. Die erste vollgültige Negativutopie dürfte dann nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Roman „Wir“ von Jewgenij Samjatin entstanden sein. Die negativen Erfahrungen mit der Russischen Revolution lassen einen neuen Typ utopischer Literatur entstehen, die den Wunsch nach einer besseren Welt nicht mehr durch Zeichnung eines Ideals, sondern durch Abschreckung in Form eines Horrorgemäldes umzusetzen versucht. Bestimmte unliebsame Entwicklungen der Gegenwart werden dabei verabsolutiert und ins Negative transformiert.

Die genannten dichotomen Typologien lassen sich zeitlich einordnen. Während die positiven Raumutopien bis ins 18. Jahrhundert hinein die utopische Literatur kennzeichnen, nimmt die positive Zeitutopie im ausgehenden 18. Jahrhundert allmählich Gestalt an. Der Typus der negativen Utopie dürfte wohl das unbestrittene Leitbild unseres Jahrhunderts sein. Die angesprochenen Stadien in der Entwicklung der utopischen Literatur korrespondieren mit realgeschichtlichen Entwicklungen. Die positiven Raumutopien sind in der neuzeitlichen Aufbruchstimmung von Renaissance und humanistischer Aufklärung entstanden und fangen die Neugierde nach neuen, unbekanntem Erdteilen ein. Mit der zu Ende gehenden Erschließung der Erde wird die unbekannt Zukunft dann zum Ansiedlungsort für Utopien. Die Negativerfahrungen mit Totalitarismen und technisch-wissenschaftlichen „Errungenschaften“ lassen schließlich in diesem Jahrhundert die Negativutopien entstehen, die sowohl räumlich als auch zeitlich angelegt sein können.

<sup>15)</sup> Meyers Konversationslexikon von 1871 definiert als „Utopia“: Nirgendwo, die fabelhafte Insel, auf welcher Thomas Morus seinen Staatsroman spielen ließ, das Schlaraffenland der Deutschen, wo die ausgesuchtesten Genüsse ohne Anstrengung erworben werden. Der österreichische General Schrebelin entwarf gegen Ende des 17. Jahrhunderts unter dem Titel „Tabula Utopiae“ oder „Schlaraffenland“ eine humoristische Karte, die zu ihrer Zeit als eine ausgezeichnete Satire galt. Daher Utopist, Jemand, der erwartet, daß ihm Alles ohne Arbeit zufließt. Der Neue Brockhaus (1960) versteht unter Utopie (gr. „Nirgendheim“) die Schilderung eines erdachten (erhofften oder befürchteten) Gesellschaftszustandes; ursprünglich wird meistens ein Idealzustand dargestellt, so in dem namengebenden Roman von Thomas More ‚Utopia‘ (1516). Nach dem neuesten Wahrig (1988) sind Utopien „Schilderungen eines meist erhofften aber auch gefürchteten künftigen gesellschaftlichen Zustandes; allgemein: Wunschtraum, Hirngespinnst, Schwärmerei. Duden: Utopia, gr. ou = nicht, Topos = Ort, also Nirgendwo, nicht wirklich existierendes, sondern nur erdachtes Land, Gebiet, in dem ein gesellschaftlicher Idealzustand herrscht.

## IV. Die politische Utopie

Zur Bestimmung der politischen Utopie muß nun eine Abgrenzung und eine Unterscheidung eingeführt werden. Das Politische ist im staatlichen oder allgemeiner im öffentlichen Raum angesiedelt; von daher können utopische Produkte wie Bildungsromane, Schäferromane oder idyllische Beschreibungen von politischen Utopien abgegrenzt werden, weil sie in der Sphäre des Privaten oder Intimen liegen. Der öffentliche Charakter besagt auch, daß politische Utopien sich auf gesamtgesellschaftliche Phänomene beziehen müssen und daher z. B. die Science-Fiction-Literatur ausschließen, die vor allem die technische Phantasie anspricht. Die öffentliche Belange ansprechenden Utopien gewinnen den politischen Charakter auch in dem Maße, in dem sie die politische Praxis mit einbeziehen und auf Handlungsmöglichkeiten verweisen.

Im Hinblick auf die politischen Dimensionen kann man zwischen revolutionären und evolutionären Utopien unterscheiden. Revolutionär sind Utopien, wenn sie radikal im Denken sind, also die Revolution im Kopf vollziehen und entsprechende Totalveränderungen anvisieren. Von solchen meist statisch fixierten totalen Revolutionsentwürfen unterscheiden sich die evolutionären Utopien dadurch, daß ihnen Vorstellungen von zirkulären oder linearen Geschichtsverläufen unterstellt sind. Owens „New Moral World“ wäre ein Beispiel für Evolution, Marx und Engels' Kommunismus eines für Revolution. Andere Typologien erscheinen gegenüber den genannten als eher beliebig oder einseitig und nur einen Ausschnitt erfassend<sup>16)</sup>.

Es ist gesagt worden, daß man Utopien als Gegenweltentwürfe zur existierenden Umwelt auffassen kann. Doch welche Wirklichkeit soll mit einer Gegenwartswirklichkeit kontrastiert werden? Im allgemeinen ist mit ‚Wirklichkeit‘ die tatsächlich erfahrbare Welt gemeint. Man kann jedoch die empirische Welt nicht einfach aus der ihr entgegengesetzten utopischen Welt herauspräparieren, weil die eine

Welt nicht einfach ein Abbild der anderen ist; die Realität wäre sonst die Blaupause des utopischen Entwurfs.

Diese Umkehrgleichung wäre zu einfach, denn in den Entwurf sind zahlreiche Gegenwartselemente eingegangen, so daß zwischen Entwurf und Realität nicht eine Kongruenz im Verhältnis eins zu eins existiert. In verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen können jedoch die jeweiligen Kontrastbilder aufgesucht und idealtypisch charakterisiert werden.

### *Das kapitalistische Wirtschaftssystem*

Auch wenn für die frühen Utopisten gilt, daß das damalige Wirtschaftssystem erst rudimentär entwickelt war, so bilden doch ihre Gegenbilder dieses System recht genau ab. Zu profitabilem Handel, zu Arbeitsteilung und Spezialisierung, zu Ausbeutung und Akkumulation, zu individueller Nutzung von Boden und Produktionsmitteln wurden Wirtschafts-Gegenwelten konstruiert ohne Geld und Kapital, ohne Zwischengewinne durch Handel, ohne Besitz an Eigentum, an Boden und Produktionsmitteln, ohne Akkumulation und Freihandel, ohne Ausbeutung und Arbeitsteilung. Der Arbeitsbegriff wird im Gegensatz zu Platons Auffassung positiv interpretiert, Müßiggang ist verpönt; es gibt keine Möglichkeit „zum Müßiggang und keinerlei Vorwand, sich von der Arbeit zu drücken“<sup>17)</sup>. Insbesondere wird der Handel und Zwischenhandel ausgesprochen negativ bewertet, Wucherei ist verpönt, Geld wird als Wurzel allen Übels angesehen: „money . . . has hitherto been the root, if not of all evils, of great injustice, oppression and misery to the human race“<sup>18)</sup>. Positiv formuliert: Meist ist Gemeineigentum vorgesehen, genossenschaftliche Herstellung und Verteilung von Produkten; Waren werden handwerklich hergestellt und getauscht. Bedürfnisse sind beschränkt und können somit mit geringem Aufwand befriedigt werden. Jeder kann mehrere Arbeiten verrichten, die Abfolge der Arbeiten wechselt sinnvoll im Tagesablauf; Arbeit ist auf persönliche Gegebenheiten abgestellt und macht Freude; die Arbeitsstätten sind überschaubar und dezentralisiert; Ausbeutung findet daher nicht statt und individueller Anreiz zur Kapitalakkumulation fehlt.

<sup>17)</sup> Thomas Morus, Utopia, in: K. Heinisch (Hrsg.), Der utopische Staat, Hamburg 1960/62, S. 63.

<sup>18)</sup> Robert Owen, The Book of the New Moral World, London 1862, Part I, S. XXIV.

<sup>16)</sup> Nach der inhaltlichen Ausrichtung und formalen Gestaltung werden unterschieden:

- soziale und literarische Utopien,
- offene, determinierte und totalitäre Utopien (Martin Greiffenhagen, Kampf um Wörter?, München 1980)
- Utopie als Ideal, als Leitbild des Handelns oder als Prognose (Thomas Nipperdey, Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, 44 [1962], S. 357–378)
- literarische, wissenschaftliche oder mündliche Utopien (Norbert Elias, Eine kurze Notiz zum Begriff der Utopie, Bielefeld 1981).

Die Ausrichtung des Wirtschaftssystems auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse kann prinzipiell auf zwei Wegen erfolgen: Entweder werden die Bedürfnisse — und d. h. die Nachfrageseite — so verändert, daß sie mit dem Warenangebot übereinstimmen, oder das Warenangebot — und das ist die Angebotsseite — wird so gesteigert und diversifiziert, daß es die Bedürfnisse stillen kann. Die Utopisten sind jenen, die liberalen Vertragstheoretiker diesen Weg gegangen. Inzwischen hat sich auch der kapitalistische Weg als gangbar erwiesen: Durch Produktivitätssteigerung ist nicht nur ein Maximum an Bedürfnissen gestillt worden, sondern es sind auch die von den Utopisten angestrebten Arbeitszeitverkürzungen eingetreten, ohne daß die Bedürfnisse beschnitten werden mußten. Die postindustrielle Gesellschaft als eine Freizeitgesellschaft ist somit von den Utopisten zwar vom Ziel her richtig, jedoch mit dem falschen Mittel der Bedürfnisbegrenzung anvisiert worden.

#### *Politische Herrschaftsstrukturen*

Die erlebte politische Gegenwart war meist absolutistisch, autoritär, tyrannisch, hierarchisch geordnet und kannte Staatenbildung und kriegerische Auseinandersetzungen zwischen organisierten Staatswesen sowie Kolonialismus. Den von oben nach unten kontrollierten Staatsorganisationen wurden meist von unten nach oben organisierte Gemeinwesen gegenübergestellt. Basisorientiert sollten vor allem bei den positiven Zeitutopien Entscheidungsstrukturen von unten aufgebaut werden. Das Volk ist bei Morus, Campanella, Andreae oder Winstanley in Form der Volksversammlung mit einbezogen. Die Idealgemeinschaften sind klein und überschaubar; das gesellschaftliche Moment ist der das Leben bestimmende Faktor und wird deutlich vom Staat abgesetzt. Denn wenn dieser hierarchisch oder ständestaatlich aufgebaut ist, dann war — wie bei Platon — ein aufgeklärter, weiser Philosophenfürst vorgesehen oder die Macht war — wie Andreae vorgeschlagen hat — auf mehrere Aristokraten (Triumvirn) aufgeteilt.

Dennoch weisen vor allem die frühen positiven Raumutopien von Platon, Morus und Campanella dirigistisch-uniformistische Züge auf; sie sind elitär und/oder ständestaatlich strukturiert. An der Spitze steht ein weiser, aufgeklärter und aufklärender Philosophenfürst, dessen Tätigkeitsbereiche aber begrenzt sind, da die Utopier von Gemeinsinn erfüllt sind und nur wenige Gesetze brauchen. Insbesondere ist das Strafrecht auf ein Minimum beschränkt, weil gute Menschen keine sanktionierende Gewalt und daher keine Gefängnisse brauchen. Darin un-

terscheiden sich die späteren Utopien nicht von den frühneuzeitlichen.

Die positiven Zeitutopien des Zeitalters bürgerlicher Revolutionen sind dann von der Auflösung staatlicher Allmacht gekennzeichnet. An eine föderalistische Staatengemeinschaft (Proudhon) war gedacht oder der Staat wird anarchisch aufgelöst (Fourier). Kleine, genossenschaftliche Gemeinschaftssiedlungen sollten nach Owen die absolutistischen Regime ersetzen; Bellamy hat militärisch organisierte Produzentenräte vorgesehen.

Erst die negativen Utopien unseres Jahrhunderts kennen wieder ein beängstigendes Maß an Repression sowie alles kontrollierender Gewalt und setzen damit die Tradition der kollektiven Kontrolle unterworfenen Gemeinwesen der utopischen Ursprungsliteratur fort. Die Mechanismen totaler Kontrolle sind in großem Umfang ausgebildet, der Einzelne verliert seine Persönlichkeit und wird zum funktionierenden Rad im Getriebe des großen Räderwerks einer unsichtbaren Macht. Die Perfektion technischer Kontrolle soll als abschreckendes Beispiel dienen.

#### *Gesellschaftsorganisation*

Die utopischen Autoren lebten in Klassen- und Ständegesellschaften, die später mehr und mehr von der bürgerlichen Gesellschaft verdrängt worden waren. Dementsprechend waren die von den Utopisten konzipierten Gesellschaften patriarchalisch aufgebaut und auf das kapitalistische Erwerbsleben bezogen. Man kann nicht sagen, daß die utopischen Gesellschaften im allgemeinen nur egalitär gedacht gewesen wären; vielmehr sind ständestaatliche Andeutungen, Klassen- und Hierarchiemuster bei vielen Autoren zu finden. Dennoch: Die Beseitigung von Privateigentum sollte die Gesellschaften zu Gemeinsinn und zu Bürgertugenden führen; der Egoismus sollte kollektiviert werden. Selbst da, wo Klassen vorgesehen waren, wurde die Gleichheit der Mitglieder angestrebt. Die Stellung der Frau und die Rolle der Kinder und Greise sollten radikal geändert werden. Kinder- und Frauengemeinschaften existierten in utopischen Gesellschaften von Morus bis Diderot. Das Patriarchat war meist aufgehoben, die monogame Ehe nicht die alleinige Lebensform. Paarung und Fortpflanzung waren dem familiären Bereich entzogen und sollten öffentlich bestimmt werden. Das kommunitäre Leben, das Leben in Gemeinschaft, wurde dem individualistischen vorgezogen.

## Bildung und Erziehung

Bildung und Erziehung waren in den real existierenden Gesellschaften funktional auf die werdende kapitalistische Erwerbsgesellschaft zugeschnitten, d. h. im einzelnen: Sie waren einseitig kognitiv ausgerichtet, auf Kalkül gestellt; die Erziehungsinstitutionen waren autoritär strukturiert und durch dogmatische Lehrpläne bestimmt.

Der Mensch der idealen Gesellschaft sollte durch Erziehung zu einem neuen Menschenleben geführt werden. Der Glaube an die Macht der Erziehung ist bei allen Utopisten ausgeprägt. Alle Utopien legen daher großen Wert auf innovative und von der Gegenwart abgehobene Pädagogikprogramme. Viele Autoren haben einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Erziehungsplan entwickelt, der in der Tendenz auf ganzheitliche Bildung ausgerichtet war und der deshalb nicht nur Kognitives, sondern auch Musisches, Sportliches umfaßte und auf individuelle Talente und Möglichkeiten eingehen sollte. Alter und Geschlecht, Begabung und Neigung waren wichtige Kriterien ausdifferenzierter Ausbildungspläne. Die Erziehung zum Gemeinwesen stand im Vordergrund.

## Utopischer Alltag

In den tatsächlich existierenden Gesellschaften waren die Arbeitszeiten lang, so daß für die Bevölkerung kaum Zeit für andere Tätigkeiten blieb. Arbeitszeiten von bis zu sechzehn Stunden waren keine Ausnahme, Kinder- und Frauenarbeit die Regel.

Demgegenüber sehen fast alle Utopien einen abwechslungsreichen Tagesablauf vor. Die Arbeit wird nicht zur Qual, sondern bereitet Vergnügen und wird nach individuellen Neigungen gestaltet. Da die Arbeitszeit nur kurz ist — Fourier sah nur zwei Stunden pro Tag vor; bei Morus und Campanella waren es sechs bzw. vier Stunden — bleibt viel Zeit für Muße, Sport, Wissenschaft und Literatur. Hertzka sah in seinem in Kenia angesiedelten „Freiland“ einen Wechsel von Arbeit, Essen, Baden und Kultur vor.

Die frühen Positiv-Utopien hatten allerdings einen eher rigiden Tagesablauf mit geregelter Aufstehen, gemeinsamem Arbeiten und Essen. Es wurde auch der Versuch unternommen, Tätigkeiten nach dem Alter und nach dem Geschlecht zu arrangieren. Dabei lag die Hauptlast der schwereren Arbeit auf den 20—40jährigen, während die Jugendzeit mit Ausbildung, das Alter mit Politik ausgefüllt sein konnte.

## Moral

Die Moralauffassungen des Abendlandes sind von der christlichen Auffassung von monogamer Ehe und patriachalischer Familie geprägt. Die jeweilige Form der Bestimmung ändert sich von Kirche zu Kirche, von Land zu Land. Besonders reglementierte Verhaltensformen sind bei puritanischen Sekten der angelsächsischen Welt und bei Calvinisten anzutreffen, während die katholisch-romanische Welt sich eher sinnenfreudig gezeigt hat.

Die meisten Utopisten haben einer neuen Moral das Wort geredet. Die moralischen Auffassungen der Utopisten lassen sich am markantesten in der Bestimmung des Verhaltens der Geschlechter zueinander darstellen. Sie sind ebenso zeit- wie gesellschaftsgebunden. Das puritanische England, das protestantische Deutschland, das absolutistische Frankreich haben ihre je eigenen Anschauungen entwickelt. Die Bandbreite der Auffassungen reicht von der protestantisch-puritanischen Glorifizierung der monogamen Ehe<sup>19)</sup> bis zu sexueller Freizügigkeit<sup>20)</sup>. Bei Bellamy gibt es nur noch Heiraten aus Liebe. Von dem französischen Utopisten Charles Fourier stammt die These, daß der Fortschritt einer Gesellschaft am Grad der Freiheit der Frau abgelesen werden könne<sup>21)</sup>.

Diese These läßt sich an der utopischen Literatur selbst studieren: Diejenigen Utopien, die rational organisiert und zentralisiert angelegt sind, binden das Individuum in die Gemeinschaft bzw. den Staat ein. Die Intimsphäre wird vergemeinschaftet, Frauen und Kinder sind das Eigentum aller — und dies aus dem gleichen Grund, der auch die Vergemeinschaftung des Besitzes bewerkstelligen soll: Bei Aufhebung des Besitzes werden auch die egoistischen Triebe ausgemerzt, nämlich Eifersucht, Profitstreben, Wucherei, Ausbeutung etc. Diejenigen Utopien, die vom Individuum aus gedacht sind und eine dezentrale Organisationsform aufweisen (Föderalismus, Anarchismus) lassen auch sexuelle Freizügigkeit zu. Der repressive Charakter der Politik korrespondiert mit repressiver Moral, der permissive Charakter der Politik mit libertärer Moral.

<sup>19)</sup> Bacon schreibt: „... die Ehe ist als Heilmittel der unerlaubten Begierden eingerichtet worden“ und Andreae ergänzt: „Unzucht ist die größte Schuld und groß die Strenge der Gesetze in diesem Punkt.“

<sup>20)</sup> Fourier spricht in seiner „Aus der neuen Liebeswelt“ Liebesorgien das Wort und De Foigny in seiner „Nouveau voyage“ den zweigeschlechtlichen Hermaphroditen.

<sup>21)</sup> Vgl. Charles Fourier, *Aus der neuen Liebeswelt*, Berlin 1984, S. 90, „Allgemein läßt sich die These aufstellen: der soziale Fortschritt vollzieht sich entsprechend den Fortschritten in der Befreiung der Frau, und der Verfall der Gesellschaftsordnung vollzieht sich entsprechend der Abnahme der Freiheit der Frau... Die Erweiterung der Vorrechte der Frau ist das allgemeine Prinzip allen sozialen Fortschritts.“

## V. Kritik von Utopie. Die politische Vereinnahmung des Utopiebegriffs

Die idealen Welten der Utopisten hat der in England lebende holländische Arzt Bernard de Mandeville zu Beginn des 18. Jahrhunderts einer sarkastischen Kritik unterzogen. Nicht der gute Mensch – und von der Prämisse eines „keuschen Volks“, „rein von jedem Schmutz und jeder Befleckung“ (Bacon), gehen letztlich alle Utopisten aus – trägt zum Wohl aller bei, sondern der lasterhafte und egoistische. Es sind gerade die schlechtesten und am meisten zu verabscheuenden Eigenschaften des Menschen, seine Triebe und Leidenschaften, die ihn zur Bildung von glücklichen und strahlenden Gemeinschaften befähigen: „Stolz, Luxus und Betrügerei / Muß sein, damit ein Volk gedeih.“ Und: „Für Tugend hat's / In großen Staaten nicht viel Platz.“<sup>22)</sup>

Das berühmte Diktum „private vices public benefits“ der Bienenfabel von Mandeville formuliert das Bewegungsprinzip der existierenden frühkapitalistischen Wirtschaft und nimmt die Lehre von Adam Smith vorweg: Indem jeder seinem egoistischen Gewinnstreben nachjagt, trägt er zum Wohlstand der Nationen bei. Wenn dagegen jedermann gut ist, dann bricht das Wirtschaftsleben zusammen. Die utopischen Welten reduzieren die Bedürfnisse und lassen die Wirtschaft stagnieren. Im Gegenmodell mit triebhaften und lasterhaften Menschen kommt es dagegen zu Wachstum und zu wie auch immer verteiltem Wohlstand. Mandeville stellt die positiven Utopien auf den Kopf: Für ihn wird die Vorstellung vom tugendhaften und ehrlichen Menschen wiederum zur Utopie: „Von Lastern frei zu sein, wird nie / was andres sein als Utopie.“

Und noch in einem zweiten Punkt ist Mandeville seiner Zeit voraus: Er erkennt, daß jeder seine egoistischen Triebe durch wohlklingende Allgemeinheiten-Formeln zu verdecken versucht. Die Ärzte dienen dem Heil der Menschheit, auch wenn sie nur ihrem Verdienst nachgehen; die Advokaten dienen der Gerechtigkeit, auch wenn sie aus dem Zwist hohe Sporteln einziehen; die Minister sind im Dienste des Königs, auch wenn sie nur sich selbst nützen etc.

Das Verständnis und die Bewertung von Utopie wird in der Gegenwart geprägt durch historische Erfahrungen der Realisierung vermeintlicher Utopien in unserem Jahrhundert. Das kommunistische

Ideal einer Gemeinschaft der Gleichen und das nationalsozialistische Ideal einer Volks- und Blutgemeinschaft haben in der politischen Praxis zu abschreckenden Totalitarismen geführt. Die bei diesen ‚Experimenten‘ vorgenommene Verknüpfung von Utopie und Ideologie (konkrete Utopie) hat zu den großen Katastrophen dieses Jahrhunderts geführt. „Utopie als Triebkraft des Denkens und Handelns kann sowohl positive als auch negative Folgen haben.“<sup>23)</sup>

Vor diesem Hintergrund läßt sich konstatieren, daß die Bewertung utopischer Aussagesysteme je nach politischem Spektrum ganz unterschiedlich ausfällt. Allgemein gilt: Je weiter rechts, um so negativer fällt das Urteil aus; je weiter links, um so positiver ist die Bewertung. Dies hängt damit zusammen, daß Utopien auf etwas Nichtexistentes gerichtet sind und damit Veränderung indizieren, während konservatives Denken auf das Bewahren fixiert ist und Veränderungen scheut.

### *Konservative Positionen*

Historisch haben sich wichtige Vertreter der politischen Romantik wie August Wilhelm Schlegel mit dem konservativen Geist der Restauration verbunden. Zu der eher rückwärtsgewandten Romantik kontrastiert die zukunftsorientierte soziale Utopie, die eine Symbiose mit sozialistischen Strömungen eingegangen ist. Damit steht die Utopie in einer Tradition, die von Thomas Müntzer über die Frühsozialisten bis zu den neuzeitlichen Vertretern sozialistischer Gedanken (Bloch, Marcuse) reicht.

Es existiert mit diesen Hinweisen die Folie, die für konservative Denker zum Gegenpart diente. Der Soziologe Lothar Bossle widmet sein Buch „Zur Soziologie utopischen Denkens in Europa“ seiner „Mutter, und damit allen Müttern der Welt, die ihren Kindern helfen, in Bodenständigkeit die ehrfurchtgebietende Wahrheit des Lebens zu erblicken“. Als Kontrast zu diesem ödipalen Universalismus wird alles kritisiert, was irgendwie links oder alternativ ist: In der „sozialistischen Subkultur“ werde Utopie zu einer sozialen und politischen Religion, auf die sich keine Kirche bauen ließe; Utopie werde zur „Kirche der Intelligenz“, zu „ersatzreligiösem Messianismus“. Die Kirchenväter der Grünen gehörten „zum Typus des unausgereiften Denkers, gleich, ob es sich um Rousseau, Marx, Lucács

<sup>22)</sup> Bernard de Mandeville, *The fable of the bees or private vices, public benefits* (1705); deutsch: *Die Bienenfabel*, herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner, Frankfurt 1980.

<sup>23)</sup> Klaus Lompe, *Wissenschaftliche Beratung der Politik*, Göttingen 1966, S. 71.

oder Bloch handelt“<sup>24</sup>). Das alternative Denken und Handeln der Grünen reiße aus dem Vertrauten und Geborgenen heraus, löse religiöse Bande<sup>25</sup>) und schüre damit Unsicherheit und Angst. Das Muster der polemischen Ablehnung reicht bei Bossle von Verweisen auf Irrationalismen (Religion) oder gar auf Krankhaftes (paranoid) bis zu pubertären Anschuldigungen (unausgereifte Denker, „grün“ hinter den Ohren).

#### *Position der Liberalen*

Hier gibt es zum einen eine Affinität zum Aufklärungsimpetus von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit; andererseits steht im Vordergrund der Totalitarismusvorwurf, wie ihn Karl Popper formuliert hat. Totalentwürfe liegen quer zu liberalem Denken, weil sie die Teilung von politischen Gewalten

unmöglich machen und die Sphäre individueller Privatheit tangieren und zerstören.

#### *Linke Positionen*

Die grundsätzlich positive Bewertung utopischen Denkens im linken Spektrum ändert nichts an der Tatsache, daß utopisches Denken durch die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus als vorwissenschaftlich und damit im Grunde als überholt diskreditiert worden ist. Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ aus dem Jahre 1882 hat die frühsozialistischen Schriften nur als Vorstufen des eigentlichen Sozialismus eingeordnet und damit in ihrem Wert geschmälert. Erst heute, mit der Auflösung der marxistisch-leninistischen Dogmatik, sind die frühsozialistischen Entwürfe wieder interessant geworden.

## VI. Plädoyer für Utopie, oder: Wie kann utopisches Denken begründet werden?

Die zum Teil polemische Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen ändert nichts an der Tatsache, daß alle politischen Ideologien utopische Elemente enthalten — ob es nun der hierarchische Ordnungs- oder der technokratische Sachzwangsgedanke der Konservativen ist, ob es sich um den kommunitären Gedanken der Solidargemeinschaft der Sozialisten oder um den Gedanken der harmonischen Marktgesellschaft der Liberalen handelt. Prinzipiell kann daher der Vorwurf utopischen Denkens von jeder Seite vorgebracht werden, und darum eignet sich auch die Utopie vortrefflich als politisches Instrument im Einsatz gegen gegnerische Positionen.

Um diese Instrumentalisierung zu vermeiden, ist es angezeigt, für den ‚reinen‘ Begriff der Utopie zu plädieren, d. h. für einen Begriff, der die Utopie frei von Realisierungsansprüchen hält, denn jede Verwirklichungsintention wird notwendigerweise utopische mit ideologischen oder gar religiösen Systemen vermischen.

Utopie ist nach dargestelltem Verständnis nicht Heilsentwurf oder geschlossene Ideologie, nicht Ideal mit Anspruch auf Realisierung, aber auch nicht Augenmaß für das Machbare, reduziert auf

gegenwärtig existierende gesellschaftliche Strukturen. Sie besteht vielmehr in dem Konzept einer möglichen Welt, in der verschiedene Hypothesen durchgespielt werden können. Damit bleibt der Utopie-Begriff in seiner reinen Form erhalten und wird nicht instrumentalisiert für jedwede ideologische Absicht. Angewandt auf die praktische Politik heißt dies: Utopien können und sollen lediglich als Denkerweiterungen angesehen werden, die das Tagesgeschäft des Machbaren und Realisierbaren anreichern, ohne dabei zum Leitfaden der Politik selbst zu werden.

Was, so soll zum Schluß gefragt werden, hat utopisches Denken und utopische Literatur hervorgebracht? Was motiviert immer wieder — und vielleicht gerade in heutiger Zeit — zu utopischem Denken?

Eine Antwort drängt sich hier geradezu auf: Es ist die immer weiter fortschreitende und sich immer mehr spezialisierende wissenschaftliche Tätigkeit — die Analysis —, der ein immer größer werdendes Bedürfnis nach Synthesis und Ganzheitlichkeit gegenübersteht, wobei die Einforderung dieses Pendants einer menschlichen Grundbefindlichkeit zu entsprechen scheint. Gerade der Weg über den Ursprungsmythos als ein Weg zurück zu den unverfälschten Quellen des Lebens ist hier ebenso als ein Ausdruck für holistisches, ganzheitliches Denken zu werten wie der in der utopischen Zukunft ange-

<sup>24</sup>) Lothar Bossle, Von Thomas Morus zu Ernst Bloch, Würzburg 1988, S. 56.

<sup>25</sup>) „Der Abfall von der Religiosität ist daher immer die Stunde der Utopien“, ebd., S. 45.

siedelte Totalentwurf einer erst noch zu realisierenden gesellschaftlichen Ordnung.

Ein weiteres Moment kommt hinzu: Das ist die Tatsache, daß das Spielerische und Phantasievolle nicht minder einen unaufgebbaren Teil des menschlichen Wesens darstellen, der, wenn dieses Phantasievolle nicht oder nicht ausreichend zur Entfaltung kommt, dann als ein (zunächst) utopisches Postulat, quasi in einem Ersatz-Terrain, von sich Reden macht.

Die jeweils auslösende und als unbefriedigend empfundene Gegenwart macht die Utopiegeschichte deshalb zur Protestgeschichte. Die Defizite des ak-

tuellen Lebens werden durch Rekurs auf schönere Welten wettgemacht. Die Geschichte der Utopien wird so zu einer Geschichte der Gegengeschichtlichkeit oder der Alternativgeschichte, die die Realgeschichte immer begleitet hat. „Alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“<sup>26)</sup> „Eine Weltkarte“, so sagte Oscar Wilde, „auf der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick.“

---

<sup>26)</sup> Max Weber, Politik als Beruf (1919), in: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1958, S. 185.

# Politikwissenschaft in Deutschland

## Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung

### I. Eine Disziplin mit langer Tradition

Politik und damit auch die Wissenschaft von der Politik gibt es, seitdem es sich entwicklungsge­schichtlich als notwendig herausgestellt hat, daß Gesellschaften einer zentralisierten politischen Instanz zur allgemein verbindlichen Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten bedürfen. Politik in diesem Sinne war am frühesten in den alten Fluß­gesellschaften Chinas, Indiens und Mesopotamiens vonnöten, Gesellschaften, die — um zu bestehen — gesamtgesellschaftlich optimal die Nutzung des knappen Wassers regeln mußten. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Überlieferungen dessen, was man als politische Reflexion bezeichnen könnte. Man denke nur an die Schriften Konfuzius' (551–479 v. Chr.) oder die Gesetzestafel von Hammurabi (1728–1686 v. Chr.). Hier sind auch Anfänge von Herrschaftskritik zu verzeichnen, wenn Politik die ihr übertragene Regelungskompetenz im partikularen Interesse der Herrschenden mißbrauchte.

Für den abendländischen Kulturkreis erlebte die Reflexion über Politik ihren ersten, bis heute wirkenden Höhepunkt in den griechischen polis-Gemeinschaften (Stadtstaaten) des 4. und 3. Jahrhunderts v. Chr. Angesichts des Zerfalls des politischen Lebens dieser Zeit unternahmen es Platon und sein Schüler Aristoteles, systematisch (und das heißt wissenschaftlich) die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen ein politisches System langfristig stabil ist, um damit die Voraussetzungen für ein ethisch gutes Leben gewährleisten zu können. Eine insbesondere von Aristoteles zu diesem Zweck angewandte Methode war die des Vergleichs von politischen Systemen im Mittelmeerraum unter dem Aspekt, welche sozialen, ökonomischen, ethischen, geographischen usw. Bedingungen Stabilität bewirken und welche nicht.

Aus diesen politisch-philosophischen Untersuchungen erwuchs allerdings keine separierte Einzelwissenschaft wie die Politikwissenschaft im heutigen Sinne,

---

Eine ausgewählte Bibliographie zur Politikwissenschaft folgt am Schluß dieses Aufsatzes.

vielmehr waren Politik und die Lehre von der Politik — wie alle anderen Wissens- und Gegenstandsbereiche der Zeit auch — eingebunden in eine umfassende kosmologisch-theologische Weltvorstellung: In dieser Welt, wie sie aus griechischer Sicht letztlich von einem göttlichen Beweger durchwaltet ist, hat jedes Ding und jede soziale sowie politische Institution ein (vom Göttlichen) vorgegebenes Ziel (telos), das es zu erfüllen gilt. Auf analoge Art und Weise hat jedes Gemeinwesen ein ihm inhärent vorgegebenes Ziel, nämlich das Gute, das Gemeinwohl — im Sinne eines ethisch vollkommenen Gemeinwesens — zu realisieren. Wird dieses Ziel durch falsche Entscheidungen oder Mißbrauch der Politik verfehlt, so ist das politische Gemeinwesen langfristig instabil und vermag nicht zur ethischen Vervollkommnung der Bürger beizutragen.

Wie die Verwirklichung des Gemeinwohls im jeweiligen konkreten Fall auszusehen hat, hängt von den aktuellen Gegebenheiten und sonstigen Voraussetzungen der jeweiligen polis ab. Das aktuelle Gemeinwohl wird — so Aristoteles' Vorstellung eines intakten Gemeinwesens — in der politischen Diskussion der Bürger bei Beachtung aller relevanten Gesichtspunkte (topoi) bestimmt. Er nannte dieses Verfahren „Topik“.

Der hier dargestellte „ontologische“ Argumentationstyp hebt insbesondere auf die Struktur des Seins (der natürlichen und sozialen Gegebenheiten und Prozesse) ab. Von dieser Struktur her wird dann die im jeweiligen Seinsbereich zu verfolgende Norm (das zu verwirklichende Gute, das ethisch vollkommene Leben usw.) abgeleitet. Sein und Sollen werden nicht getrennt (wie in der Moderne z. B. bei Kant).

Einen erneuten, wenn auch christlich überformten Höhepunkt erlebte der normativ-ontologische Grundansatz des Aristoteles im katholischen Mittelalter insbesondere unter dem Einfluß des Thomas von Aquin. Politik war auch hier eine Bedingung (christlicher) Lebensführung. An den mittelalterlichen Universitäten war sie daher ein — allerdings eher nachrangiger — Bestandteil des Lehrge-

füges, sowohl in der praktischen Philosophie als auch „im Anschluß an die Ethik . . ., gelegentlich auch in Verbindung mit der Oekonomik“<sup>1)</sup>.

Der geistesgeschichtliche Umbruch der Renaissance revolutionierte auch die Wissenschaft von der Politik: Angesichts der Wirren und Religionskriege seiner Zeit entwarf der Florentiner Machiavelli im 16. Jahrhundert eine politische Verhaltenslehre, die Politik von der aristotelischen Tradition des Strebens nach dem guten Leben trennte. Denn unterschiedliche Vorstellungen über das gute Leben hatten ja gerade zu den europäischen Bürgerkriegen geführt. Politik wurde demnach — so zumindest eine Interpretation von Machiavellis Schriften — auf die technische, nicht ethische Frage reduziert, wie es gelingen könne, die Stabilität eines Gemeinwesens zu sichern und Bürgerkrieg zu vermeiden. Und diese Frage wurde wiederum identifiziert mit der Frage, mit welchen Mechanismen und Verhaltensweisen sich herrschende Eliten an der Macht halten können. Machiavelli trennte Sein und Sollen.

Descartes (1596–1650) trennte — als einen weiteren Schritt in die Moderne — Subjekt und Objekt. Für ihn war — in einer Welt voller Zweifel und zerfallender Normen (analog wie bei Machiavelli) — das einzig Gewisse und Unanzweifelbare das Selbst-Bewußtsein des menschlichen Subjektes („Ich denke, also bin ich“): Die soziale, politische und natürliche Umwelt könnte ja auch Trugbild meiner Wahrnehmung sein. Die Umwelt dieses sich einzig selbst gewissen Subjektes wurde damit von diesem getrennt als ein ferner, ungewisser Objektbereich, als ein nicht mehr selbstverständlicher Gegen-Stand, den es erst möglichst präzise zu erforschen und für das Subjekt zu gewinnen galt.

Für Aristoteles war die politische Umwelt des Gemeinwesens eine noch unmittelbar einsichtige Realität, auch wenn sie unsicher und ungewiß war — man denke nur an das Ergebnis politischer Diskussionen mit dem Ziel der Bestimmung des Gemeinwohls. Hier war keine naturwissenschaftliche Gewißheit wie z. B. bei der Berechnung der Umläufe von Gestirnen möglich. Aber deshalb war Politik für Aristoteles nicht aus dem Kreis der Wissenschaften auszuschließen. Auch Politik war durchaus „wissenschaftsfähig“ im Sinne der oben kurz dargelegten ontologischen und topischen Methoden.

Für Descartes und seine idealistischen Nachfolger bis hin zu Kant waren letztlich Politik und Geschichte — Folge ihres Strebens nach absoluter Ge-

wißheit — nicht wissenschaftsfähig, da beide stets zufälligen, nicht vorhersehbaren, ungewissen Ereignissen und Prozessen unterworfen sind. Wissenschaftsfähig war nur das, was in mathematische Gesetzmäßigkeiten zu fassen war, so wie Newton die mathematisch darstellbaren Gesetzmäßigkeiten der Sternkonstellationen und des Gravitationsgesetzes entdeckt hatte.

In der Zeit der absolutistischen Staatenbildung des 17. und 18. Jahrhunderts gab es zwar noch einen Bedarf an Politikwissenschaft; so wurde eine Reihe von polizeiwissenschaftlichen und kameralistischen Lehrstühlen gegründet<sup>2)</sup>. Dem Kantisch-idealistischen Wissenschaftsverständnis fiel diese Art von Politikwissenschaft im 19. Jahrhundert aber zum Opfer. In reduzierter Form überwinterte sie in den juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten, in denen es ja bis heute Lehrstühle für „öffentliches Recht und Politik“ gibt. Geistesgeschichtlich dominant war im 19. Jahrhundert ein Machtstaatsdenken, das in der machiavellistischen Tradition den Hauptzweck von Politik in der (militärischen) Stärke des Nationalstaates angesichts einer feindlichen internationalen Umwelt sah („Primat der Außenpolitik“). Dies kulminierte geistesgeschichtlich im Rechtspositivismus, der die staatlich gesetzten rechtlichen Normen von der als unwissenschaftlich betrachteten ethischen Frage nach Recht und Gerechtigkeit (nicht jedes Recht ist auch gerecht) trennte.

Aber noch im wilhelminischen Kaiserreich wurde vereinzelt die Begrenztheit dieses Ansatzes offenbar. Man erkannte, daß zur Ausbildung der administrativen, aber auch parteipolitischen Träger von Politik, wie z. B. der Diplomaten oder höheren Verwaltungsbeamten, eigene universitäre Einrichtungen und eine eigene Disziplin vonnöten seien — ähnlich wie die „École libre des sciences politiques“ in Frankreich oder wie die bis auf das Jahr 1880 zurückzufolgende politikwissenschaftliche Tradition in den USA<sup>3)</sup>. Dazu kam die Forderung nach einer „patriotischen“ Bildungsarbeit in Schule und Öffentlichkeit als Teil des Kampfes gegen die Sozialdemokratie.

Dieses pädagogische Moment wurde mit um so größerer Notwendigkeit aufgegriffen, als es seit 1919 galt, die Weimarer Republik — eine Demokratie

<sup>2)</sup> Vgl. H. Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, München 1980.

<sup>3)</sup> Vgl. D. Wilske, Politische Wissenschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: J. Bellers (Hrsg.), Politikwissenschaft in Europa, Münster 1990, S. 260–284, hier: S. 272; siehe auch B. Blanke/U. Jürgens/H. Kastendiek, Kritik der Politischen Wissenschaft 1, Frankfurt-New York 1975, S. 42 f.

<sup>1)</sup> H. Maier, Politische Wissenschaft in Deutschland, München-Zürich 1985, S. 34.

ohne Demokraten — in den Wertvorstellungen der Bevölkerung und der Politiker zu verankern. Mit diesem Ziel gründete der Liberale Friedrich Naumann die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin, die 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde. Ursprünglich war das Studium an der Hochschule nur aufbauend und ergänzend zu bereits absolvierten akademischen Studien konzipiert; mit der Zeit entwickelte sich jedoch ein eigenständiger politikwissenschaftlicher Studiengang mit Diplomabschluß sowie eine eigenständige politikwissenschaftliche Forschung.

Die drei hier dargestellten Strömungen politischen Denkens — die pädagogische, die kantianische und die ethisch-normative — sowie als neues Element die marxistisch beeinflusste Kritische Theorie sollten die Politikwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland prägen, z. T. zugleich in kritischer Diskussion, z. T. in einem historischen Prozeß des dialektischen Aufeinanderfolgens, ohne daß gesagt werden kann, eine der vier Richtungen habe die andere je gänzlich verdrängt. Es gab hier nur unterschiedliche Mischungsverhältnisse und zeitweilige Dominanzen.

## II. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland

### 1. Der normativ-pädagogische Anfang

Seit Beginn der fünfziger Jahre begann die Reetablierung von politikwissenschaftlichen Lehrstühlen und Instituten an den Universitäten der Bundesrepublik — und zwar aus einer ähnlichen Situation heraus wie 1918/1919. Es galt, den zweiten deutschen Versuch zur Errichtung einer Demokratie wissenschaftlich, bildungspolitisch und erzieherisch zu begleiten und zu unterstützen. Dies sowie die Einführung sozialkundlicher Fächer an den Schulen (für die die universitäre Politikwissenschaft u. a. die Lehrer ausbildete) sind im Kontext der Umerziehungs-Bemühungen der amerikanischen Besatzungsmacht (Demokratisierung, Entnazifizierung) zu sehen. Deutscherseits wurde die Einführung der Politikwissenschaft von einer Reihe von deutschen Emigranten aus den USA, die zurückgekehrt waren, sowie vor allem von sozialdemokratischen Bildungspolitikern gefördert<sup>4</sup>). Dabei stieß man allerdings auf erhebliche Widerstände seitens traditioneller Wissenschaftsdisziplinen, die um ihre Pfründe fürchteten, z. T. die Existenz eines eigenständigen Wissenschaftsbereichs „Politik“ bestritten oder die Politikerziehung besser an den Pädagogischen Hochschulen aufgehoben glaubten.

Trotz der anfänglichen Widerstände expandierte das Fach — vor allem wegen des Bedarfs an Sozialkundelehrern — vergleichsweise schnell: Für das Jahr 1960 sind bereits 24 Professuren zu verzeichnen mit danach rasch wachsender Tendenz (1965: 51, 1975: 133, 1985: 278 Professuren). Mitte der sechziger Jahre waren fast 1 500 Studierende in Politikwissenschaft immatrikuliert; gegenwärtig

<sup>4</sup>) Vgl. B. Blanke u. a. (Anm. 3), S. 54f.

sind es über 20 000 Hauptfach-Studierende<sup>5</sup>). Die Konferenzen von Waldleiningen (1949) und Königstein (1950) legten erste inhaltliche Grundlinien des neuen Faches fest. 1954 regte die Westdeutsche Rektorenkonferenz die Einrichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle an. 1959 wurde die oben erwähnte Hochschule für Politik als Otto-Suhr-Institut in die Freie Universität Berlin integriert.

Die Anfangsphase der Politikwissenschaft in den fünfziger und sechziger Jahren war von wenigen Persönlichkeiten geprägt, die um sich Schulen bildeten, deren Schüler dann als Professoren die Disziplin der sechziger und siebziger Jahre wesentlich mitgestalteten. Genannt seien hier die Schulen um Bergsträsser in Freiburg, um Sternberger in Heidelberg, um Vögelin in München, um Hermens in Köln und um Abendroth in Marburg<sup>6</sup>).

Sieht man von der marxistisch beeinflussten Schule um Abendroth ab, so gingen diese Schulen, die bis heute weiter wirken, von einem normativen und z. T. ontologischen Politikverständnis aus. Sowohl in methodischer als auch in inhaltlicher Hinsicht war die Politikwissenschaft dieser Zeit grundlegend normativ ausgerichtet. Man verstand sich als „Königs-“ und „Integrationswissenschaft“, die die eigenen Forschungen sowie das Wissen anderer Wissenschaften auf die Frage hin zu bündeln habe, wie Demokratie und Freiheit möglich sind. Bergsträs-

<sup>5</sup>) Nach A. Mohr, Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an deutschen Hochschulen und die Entwicklung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, in: K. v. Beyme (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, PVS-Sonderheft 17, Opladen 1986, S. 62–77, hier: S. 65 ff.

<sup>6</sup>) Vgl. D. Schössler, Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Bellers (Anm. 3), S. 37–51, hier S. 40.

ser nannte es die „synoptische“ Methode, die an die Topik des Aristoteles erinnert.

Die normative Zielsetzung zeigte und zeigt sich insbesondere in den ideengeschichtlichen Analysen zum Ursprung der Demokratie bei den Griechen (z. B. Vögelin) sowie überhaupt in anthropologischen Abhandlungen zum Ursprung von Herrschaft und zur geistesgeschichtlichen „Ortsbestimmung der Gegenwart“ (v. Rüstow, Buchheim, H. Maier, Lobkowitz, Kielmansegg, Sutor, Schwan, Oberndörfer, Hennis, Schabert, Baruzzi u. a.). Darüber hinaus ist der normative Anspruch — allerdings nicht so offen und so bewußt — in empirischen sowie historischen Arbeiten über den Kommunismus und den Faschismus/Nationalsozialismus präsent, die beide gleichermaßen als totalitäre Perversionen von Herrschaft begriffen (z. B. C. J. Friedrich) und geistesgeschichtlich in eine Linie von Rousseau über Hegel bis Marx eingeordnet wurden.

Der angelsächsische Demokratietyp parlamentarisch-liberaler Art — wie er für die Bundesrepublik prägend wurde — erschien demgegenüber als die ausgewogene Mitte zwischen den Extremen. Die Bedingungen der Stabilität dieser Regierungs- und Gesellschaftsform wurden insbesondere von Fraenkel untersucht, so wie Bracher die Ursachen des Scheiterns der Republik von Weimar historisch analysierte. Fraenkel sah den Erfolg einer parlamentarischen Demokratie insbesondere durch ein funktionierendes pluralistisches System bedingt, in dem sich alle wesentlichen gesellschaftlichen Interessen und Kräfte zu Parteien und Verbänden formieren, die sich wechselseitig kontrollierten und aus deren Auseinandersetzungen die jeweilige Regierung — quasi als Querschnitt der Interessen — das Gemeinwohl ex post destillieren und realisieren sollte. In diesem Zusammenhang gewann die Parteien- und Verbändeforschung (z. B. Gräfin von Bethusy-Huc, Eschenburg) eine besondere demokratietheoretische Bedeutung.

Hinzu kamen didaktisch einführende Werke in die institutionelle Gesamtstruktur der jungen Bundesrepublik sowie einzelner ihrer Institutionen (Ellwein, später Sontheimer), die in der Tradition der Politischen Bildung standen (Hättich). Ende der fünfziger Jahre und in den Sechzigern wurden die institutionellen Analysen zunehmend mit Einzeluntersuchungen zu Entscheidungsprozessen sowie zu den sozialen und ökonomischen Bedingungen von Politik unterfüttert. Damit wurden Ansätze aufgegriffen, wie sie schon seit längerem durch die empirisch-soziologisch und ökonomisch orientierte Politologie eines Franz Neumann, eines Otto Suhr und eines Otto Stammer vertreten waren.

Damit kommen wir zur zweiten, hier idealtypisch herausgearbeiteten Etappe der Nachkriegsgeschichte der Politikwissenschaft.

## 2. Das Aufkommen der empirischen Sozialwissenschaften

Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft verstanden — wie sie in den USA dominiert — steht in der oben aufgezeigten Cartesianischen und Kantischen Tradition. Alle Wissenschaften werden als Teile einer Einheitswissenschaft begriffen, in der nach dem Vorbild der exakten Naturwissenschaften geforscht werden soll. Normen und Werte gelten als nicht wissenschaftsfähig und als wissenschaftlich nicht beweisbar. Wissenschaftsfähig ist nur das, was ein Korrelat, einen Bezug zur empirisch feststellbaren Realität hat und was mit einer gewissen Regelmäßigkeit vorkommt, so daß es in Gesetzen oder zumindest Gesetzmäßigkeiten und wahrscheinlichen Trends (Generalisierungen) formuliert werden kann (was die aristotelisch ausgerichtete Politikwissenschaft für nur begrenzt möglich hält, da Politik und Geschichte kontingent seien, das heißt ständig wechselnden Bedingungen und Einflüssen unterliegen). Das Programm der empirischen Sozialwissenschaften ist das Wissenschaftsprogramm des Positivismus oder des Kritischen Rationalismus, wie es mit großem Einfluß in der Politik und Politikwissenschaft der Bundesrepublik von Popper und Albert begründet wurde. Die Betonung dessen, was „Sache ist“, hatte und hat aber auch einen durchaus kritischen Impetus, indem z. B. normative Behauptungen auf ihren Realitätsgehalt überprüft und gegebenenfalls als Ideologie und Schein entlarvt werden.

Das Streben nach Generalisierung ist allerdings in diesem „Lager“ unterschiedlich ausgeprägt. Am geringsten ist es z. B. bei den zahlreichen vergleichend angelegten Regionalstudien (area studies) und Analysen von Regierungssystemen zu verzeichnen. Hier erhofft man sich erst längerfristig über die Analyse der Unterschiede und Gleichförmigkeiten der untersuchten Gegenstandsbereiche (was man als vergleichende Politikwissenschaft oder Komparatistik bezeichnet) vorsichtig generalisierende Aussagen über die Bedingungen des Entstehens, Bestandes und Untergehens bestimmter politischer Systeme (z. B. Kevenhörster, Rohe).

Am stringentesten positivistisch orientiert ist die quantitativ-statistisch verfahrenende Politikwissenschaft (Deutsch, Frei, Eberwein, Wittkämper, Weede, Pappi, Kaltefleiter u. a.), die versucht, politische Ereignisse und Prozesse nach Möglichkeit in Zahlen zu fassen. Indikatoren können z. B. sein: Häufigkeit der Regierungswechsel, Höhe der deut-

schen Entwicklungshilfe an ein Entwicklungsland, Maß der politischen Unterstützung für eine Regierung (u. a. meßbar durch Umfragen) usw. Solcherart Datenreihen, die meist nur noch mit einem Computer zu bewältigen sind, können dann in einem weiteren Schritt durch spezifische mathematische Verfahren (Korrelationsanalysen) so miteinander in Beziehung gesetzt werden, daß präzise Aussagen über die Stärke des Zusammenhanges zwischen den Indikatoren möglich werden — beispielsweise dahin gehend, daß zwischen der Vergabe verstärkter Entwicklungshilfe an ein Land und dessen politischer Stabilität ein Zusammenhang besteht. Ein solches Ergebnis ist natürlich nur dann sinnvoll interpretierbar, wenn es in einen größeren theoretischen Zusammenhang eingeordnet werden kann, z. B. Gesamtaussagen über das außenpolitische Verhalten von Staaten, welches — so sei hier als Hypothese vermutet — darauf zielt, möglichst stabile und vorhersehbare Bedingungen in der internationalen Umwelt zu schaffen. Der erwähnte empirische Zusammenhang ist eine mögliche Bestätigung dieser Vermutung. Politisch am einflußreichsten war und ist diese statistisch orientierte Politikwissenschaft in der Wahlforschung (Wildenmann, Klingemann, Kaase u. a.).

Zahlreichen Sozialwissenschaftlern dienen Systemtheorien verschiedenster Provenienz (Parsons, Easton, Etzioni usw.) — wie sie Ende der sechziger Jahre von Narr und Naschold in der Bundesrepublik heimisch gemacht wurden — als der theoretische Bezugsrahmen, in den sie ihre empirischen Forschungen einzuordnen versuchen. Diese Theorien konzeptualisieren heutige nationalstaatliche Gesellschaften heuristisch als eine nur hypothetische Gesamtheit, die in verschiedene, miteinander zusammenhängende Subsysteme untergliedert ist: in Wirtschaft, Kultur, Erziehung und Politik. Diese Subsysteme erfüllen spezifische Funktionen untereinander und für den Erhalt des Gesamtsystems.

Das politische Subsystem im besonderen hat die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der autoritativen Wertallokation, d. h. der verbindlichen Zuweisung materieller und immaterieller Werte zu bestimmten sozialen Gruppen, Regionen und Institutionen. Das politische Subsystem muß — um seine Funktionen adäquat erfüllen zu können und die Stabilität des Gesamtsystems zu sichern — die Bedürfnisse und Interessenartikulationen („inputs“) der anderen Subsysteme aufnehmen, verarbeiten und zu Entscheidungen („outputs“) verdichten, die die Bedürfnisse zumindest z. T. befriedigen. (Inputs und outputs sind prinzipiell quantifizierbar.) Wenn die Politik diese Aufgabe zufriedenstellend erfüllt, so erhält sie — so die Konzeption — als „Gegenlei-

stung“ die Zustimmung und Unterstützung seitens der anderen Subsysteme.

### 3. Marxismus und Kritische Theorie in den siebziger Jahren

Ende der sechziger und in den siebziger Jahren wurde die Systemtheorie und der Positivismus insgesamt insbesondere von marxistischen Wissenschaftlern sowie von der marxistisch inspirierten Studentenrevolte angegriffen: Der Systemtheorie und der positivistischen Methode liege immanent ein Streben zugrunde, die jeweilige Gesellschaftsform zu stabilisieren. Und das war aus dieser Sicht die kapitalistische Gesellschaftsform der Bundesrepublik, die es als Ausbeutungsform mit geschichtsphilosophischer Blickrichtung auf die sozialistische Gesellschaft zu überwinden galt! Allerdings bestand eine Art Haßliebe zwischen Systemtheorie und Marxismus, denn beide waren durchaus miteinander kommunikationsfähig, da ihnen gleichermaßen ein — wenn auch wissenschaftstheoretisch jeweils anders begründetes — Konzept von Gesamtgesellschaft als Ganzheit eigen ist. Nur auf dieser Basis war die Luhmann-Habermas-Kontroverse überhaupt möglich.

Die marxistische Forschung und Lehre gewann in den Politik- und Sozialwissenschaften allerdings nicht die beinahe allgegenwärtig erscheinende Repräsentanz, wie es von manch interessierter Seite in der Öffentlichkeit dargestellt wurde und wird. An einigen Universitäten war und ist sie sicherlich verstärkt vertreten, insgesamt stellt sie jedoch eine Minderheitenposition dar, die als Bestandteil eines pluralistisch-liberal organisierten Wissenschaftssystems und als befruchtendes Element der wissenschaftlichen Diskussion zu respektieren ist.

Zudem war die innermarxistische Diskussion selbst sehr kontrovers und nur in Randbereichen vom orthodoxen Marxismus der DDR („Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“, Stamokap-Theorie) bestimmt. Dominant war (und ist) vielmehr eine Kritische Theorie (Adorno/Horkheimer) in allen ihren Variationen. Sie geht — darin allerdings in Übereinstimmung mit der Stamokap-Theorie — von der so von Marx nicht prophezeiten relativen Stabilität des kapitalistischen Systems aus und erklärt dies u. a. durch das verstärkte Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess, wodurch z. B. Konjunkturkrisen in ihrer Schärfe abgemildert werden und ein relativ stetiges wirtschaftliches Wachstum sowie ausreichende Einkommenssteigerungen auch für die Arbeiterschaft gesichert werden können. Während Adorno und Horkheimer — von dieser Analyse ausgehend — pessimistisch quasi das Ende des Geschichtsprozesses in einer

durchaus saturierten, durch die „Bewußtseinsindustrie“ manipulierten und alles in allem verwalteten und unfreiheitlichen Welt voraussahen (Ost und West gleichermaßen umfassend), halten jüngere Vertreter der Kritischen Theorie eine Reform oder Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit all ihren Ungerechtigkeiten für möglich. Noch die Studentenrevolte hatte — auf der Basis der Schriften von Marcuse — dieses Axiom zur Grundlage und hielt u. a. akademische Gruppen für das revolutionäre Subjekt, das die Revolution vollbringen könne. Habermas geht hier realistischer vor. Er differenziert — im Gegensatz zu Marx, aber in Anlehnung an gewisse systemtheoretische Ansätze — zwischen der Produktionssphäre einer Gesellschaft, die gänzlich der kapitalistischen Rationalität unterworfen werden könne, und der Sozialsphäre, wo dies nur begrenzt gelingen könne, da das menschliche Bewußtsein und Handeln wegen seiner Gebundenheit an unaufhebbare (apriorische) Normen nur begrenzt „kolonisierbar“ sei. Die Reibungen zwischen beiden Sphären können — so Habermas — zu Konflikten führen, die zumindest einen emanzipatorischen Kontrapunkt zur kapitalistischen Logik zu setzen vermögen.

Offe sieht Konflikte vor allem in der Reproduktionssphäre (Erziehung, Infrastruktureinrichtungen, Freizeit usw.) aufbrechen, da dem Kapitalismus die Stabilisierung der Produktionssphäre mit ihren erheblichen staatlichen Aufwendungen (Staatsverschuldung) nur auf Kosten der Reproduktionssphäre gelungen sei; hier brächen nun die Krisen als Teilkrisen — wegen der unbefriedigten Wünsche der Bürger — um so stärker aus (Bürgerinitiativen, Umweltschutz-Bewegung usw.). Die als Folge dieser Entwicklungen vorhergesagte „Legitimationskrise des Kapitalismus“ ist jedoch bisher ausgeblieben.

Stets befruchtend hat die marxistisch orientierte Schule um Altvater und Krippendorff in Berlin den Marxismus durch intensive historische und wirtschaftswissenschaftliche Forschungen fundiert und damit gleichermaßen das zunächst einmal in der heutigen Zeit abstrakte Marxsche Ideen-System für die aktuelle Analyse angewandt (siehe auch Agnoli, Kühnl, Deppe, Hirsch).

Insgesamt ist jedoch die marxistische Kontroverse und ihr Sturmangriff auf das Wissenschaftssystem in den achtziger Jahren eigentümlich abgeebbt und in kleinere Zirkel abgedrängt worden. Überhaupt kann man gegenwärtig von einer Entideologisierung der Politikwissenschaft sprechen. Die großen Konzepte sind passé — und man wendet sich wieder begrenzteren Fragestellungen und Forschungsprojekten zu.

#### 4. Gegenwärtige Entwicklungen

Diese Entwicklung hat natürlich zur Kehrseite eine gewisse Fragmentierung und Binnendifferenzierung von Forschung und Lehre — ähnlich, wie wir das auch in der Physik oder Geographie beobachten können. Das sollte allerdings nicht nur beklagt, sondern auch als Normalisierungsphase einer Wissenschaft betrachtet werden, die die jugendlichen Sturm- und Drang-Jahre hinter sich gelassen hat. Einem fortgeschrittenen Stadium der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung einer Disziplin entspricht es auch, daß man sich nicht ständig der Identität seines eigenen Faches vergewissern will (wie es noch auf nicht wenigen politikwissenschaftlichen Tagungen gang und gäbe ist). Solche Selbstzweifel entspringen einem substantialistischen Wissenschaftsverständnis, als hätten die wissenschaftlichen Disziplinen einen ihnen je eigenen, genau abgrenzbaren Gegenstandsbereich, den es zu wahren und zu verteidigen gelte. Alle Sozial- und Geisteswissenschaften haben vielmehr einen gemeinsamen Gegenstandsbereich, nämlich die menschliche Gesellschaft, die sie — jeweils bezogen auf einen fachwissenschaftlich spezifischen Aspekt — analysieren. Die Politikwissenschaft — und das scheint mir unumstritten — untersucht den Aspekt von gesellschaftlicher Herrschaft, Macht und Steuerung (oder wie immer man es bezeichnen will) sowie deren politische, ökonomische, kulturelle usw. Beeinflussung — je nach der weltanschaulichen Einstellung des Forschers mit unterschiedlichen Methoden und theoretischen oder normativen Annahmen, die allerdings so zu formulieren sind, daß sie im Forschungsprozeß bestätigt oder widerlegt werden können.

Konkrete Fragestellungen und die Beschränkung auf theoretische Aussagen „mittlerer Reichweite“ bestimmen die gegenwärtige Arbeit der drei wissenschaftlichen Teildisziplinen der Politikwissenschaft: der (vergleichenden) Regierungslehre, der Politischen Philosophie und der Internationalen Politik. Der konkretere Bezug der innerdisziplinären Diskussion läßt zudem so manche Kontroverse der Vergangenheit obsolet erscheinen; unterschiedliche Positionen bewegen sich aufeinander zu, ohne daß sie gänzlich verschwinden müßten.

##### *Regierungslehre*

Die Regierungslehre beschäftigte sich in den achtziger Jahren insbesondere mit einzelnen Politikfeldern („policy“-Forschung) wie Arbeitspolitik, Gesundheitspolitik usw., um die je nach Politikfeld unterschiedliche politische Programmatik, Problemverarbeitung, staatliche Gestaltungsmöglichkeit und Dynamik herauszuarbeiten (Hartwich,

v. Beyme, M. Schmidt, Hesse, Jann, Sturm, Lehner u. a.). Im Verlaufe dieser Forschungen kam man auch zu einer Neubewertung institutioneller Mechanismen („Neo-Institutionalismus“) als einem bedeutenden, die Politik bestimmenden Faktor. So meint Scharpf z. B., daß die unterschiedliche Bewältigung der ökonomischen Krisen der siebziger und achtziger Jahre in der Bundesrepublik, in Österreich und in Schweden u. a. auf die Art des politischen Systems (korporatistisches vs. konkurrenzdemokratisches System) zurückzuführen ist. Lange Zeit bestimmte das Problem der „Politikverflechtung“ (Scharpf) die Debatte in dem Sinne, daß das enge Ineinanderverwobensein von Bund und Ländern in der Bundesrepublik z. T. zu einer wechselseitigen Politik-Blockade geführt habe. Ebenso wurde die Frage nach der Regierbarkeit komplexer Gesellschaften erneut aufgeworfen. Damit knüpfte man in gewissem, wenn auch nun in reflektierterem Maße an den Institutionalismus der fünfziger Jahre wieder an.

Auf die Rolle symbolischer Vermittlungsformen von Politik bzw. auf die Ersetzung von Politik durch lediglich symbolische (Schein-)Aktionen vor allem über die Medien weisen neuerdings Sarcinelli und Fach hin. Der Bedeutung der Medien für politische Entscheidungsprozesse haben sich insbesondere Schatz und Wittkämper angenommen. Einen Schwerpunkt stellt weiterhin die Parteien- und Verbändeforschung dar (Haungs, Kaack, Mintzel, Schönbohm, Kühr, Weinacht, Veen, Dettling, Lehmsbruch, Simons u. a.).

Die Vergleichende Politikwissenschaft, traditionell vertreten durch Veen, Oberndörfer, v. Beyme, Fraenkel, Steffani, Thränhardt, Kevenhörster, Rohe u. a., erweiterte ihren Gegenstandsbereich zunehmend auch auf den Vergleich politischer Systeme der Dritten Welt (Sotelo, Ziemer, Nohlen, Nuscheler, Mols, Meyns, Waldmann, Berg-Schlösser, Büttner u. a.). Dem kam zustatten, daß die Entwicklungsländer-Forschung immer mehr die Relativität der vormaligen Globaltheorien (Modernisierungs- vs. Dependenztheorie) angesichts der tatsächlichen Abläufe von Entwicklungsprozessen in der Dritten Welt (z. B. Erfolg von südostasiatischen Schwellenländern) wahrzunehmen begann (Meyns, Mols, Illy).

Die politikwissenschaftliche Verwaltungswissenschaft (R. Frey, Böhret) befaßt sich u. a. mit kommunalpolitischen (Naßmacher, R. Voigt) und mit finanzwirtschaftlichen Fragen.

#### *Politische Philosophie und Ideengeschichte*

Die Politische Philosophie bestand und besteht zu einem großen Teil in einer Wiederbelebung und

Begründung der antiken praktischen Philosophie (z. B. Maier, Spaemann, aber auch Habermas) im Sinne einer ideengeschichtlichen Herleitung und Legitimierung von Normen und Institutionen politischen Handelns. Gegenwärtig erlebt diese Teildisziplin eine Debatte über die Konstitutionsbedingungen der deutschen Nation (Willms) sowie über die Frage, ob eine politische Identität der Deutschen, die ihnen — so u. a. H. J. Arndts — 1945 abhanden gekommen sei, notwendig ist, um das politische Gemeinwesen intakt zu halten. Demgegenüber will der ideengeschichtliche Ansatz von K. Hahn den machtzentrierten Nationalstaatsgedanken zugunsten einer föderalistischen Ordnung im nationalen und internationalen Bereich überwinden.

Die geistesgeschichtlich ausgerichtete Schule um Fetscher und Münkler in Frankfurt hat die Ideengeschichte ohnehin nie abgekapselt von den anderen Disziplinen und Teildisziplinen betrieben, sondern stets auf die soziale und ökonomische Verwurzelung ideeller Bewegungen hingewiesen.

Eine neuartige Verbindung von Ideengeschichte und Internationaler Politik auf der Basis des Werkes von Clausewitz versucht Schössler in Mannheim (siehe in diesem Kontext auch R. Meyers). Erwähnt seien abschließend die spezifisch auf die Sozialwissenschaften ausgerichteten wissenschaftstheoretischen Arbeiten von Kammler und Konegen.

#### *Internationale Politik*

Die Teildisziplin „Internationale Politik“ hat die alte Kontroverse zwischen „Realismus“ (zentraler Ansatzpunkt: nationalstaatliche Macht- und Interessenpolitik) und „Idealismus“ (zentraler Ansatzpunkt: Weltgesellschaft) hinter sich gelassen<sup>7)</sup>. Schon die „neo-realistische“ Schule um Kindermann in München inkorporierte synoptisch wesentliche Elemente der „Gegentheorie“. Neuerdings legte Czempiel einen systemtheoretisch orientierten Ansatz vor („Gittermodell“), der die unterschiedlichen Ansätze und Methoden zu integrieren vermag<sup>8)</sup>. Der Versuch, nicht nur das Teilfach „Internationale Politik“, sondern die gesamte Politikwissenschaft über die normativ ausgerichtete Querschnittsdisziplin „Friedens- und Konfliktforschung“ zu integrieren, ist allerdings als gescheitert zu betrachten — und dies nicht nur, weil konservative Bundesländer dieses Experiment nicht mehr bezahlen wollten.

<sup>7)</sup> Vgl. R. Meyers, Die Lehre von den internationalen Beziehungen, Düsseldorf 1981.

<sup>8)</sup> Siehe hierzu J. Bellers/W. Woyke (Hrsg.), Analyse Internationaler Beziehungen, Opladen 1989.

Die Forschungen der achtziger Jahre konzentrierten sich auf das Phänomen des Aufkommens sogenannter internationaler Regime, über die auf mehr oder weniger informelle Art die Außenpolitiken von Nationalstaaten koordiniert werden (Rittberger). Mit dem Abebben des Ost-West-Konfliktes und den Wandlungen in den Nord-Süd-Beziehungen befaßt sich Senghaas, der auch wesentlich zu den Innovationen in der Entwicklungsländer-Forschung beigetragen hat, interessanterweise in Form einer partiellen Revitalisierung der Modernisierungstheorie.

Daneben bestehen seit längerem hoch entwickelte Forschungsteilbereiche mit direktem Einfluß auf Politik und Politikberatung: zur EG-Politik (Wessels, Weidenfeld, Woyke, Hrbek, H. Schneider), zu bilateralen außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik (zur arabischen Welt: Steinbach, Robert, Wolffsohn; zu den USA: Knapp, Czernpiel, Link, Hacke, Kaiser; zu Osteuropa: Meissner, Jahn), zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Haftendorn, Noack, Schwarz, Rittberger, Fördran, Seidelmann) und Außenwirtschaftspolitik (Kreile, Knapp, Bellers, H. D. Jacobson, Deubner, Buchheim, Betz, Ziebura, Simonis); zur inter-

nationalen Umweltpolitik (Wittkämper); zu Rüstungsfragen (Gantzel, Albrecht), zur Weltwirtschaft (Andersen).

Dieser Normalisierung der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft entspricht es, daß die liberal-konservativ intendierte Abspaltung einer Reihe politikwissenschaftlicher Professoren von der 1951 gegründeten Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) und die Gegenründung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) im Jahre 1983 manches von ihrer ursprünglichen Berechtigung verloren hat. Die beiden politikwissenschaftlichen Fachverbände beginnen sich wieder anzunähern (was die politische Durchsetzungsfähigkeit der Politikwissenschaft verbessern wird); Doppelmitgliedschaften waren ohnehin immer möglich gewesen. Eine bewahrenswerte Funktion wird die DGfP aber auf jeden Fall weiterhin ausüben, nämlich inner- und interdisziplinäres Forum für die wissenschaftliche Kontroverse zu sein, was in der Deutschen Vereinigung wegen deren Größe und wegen ihrer starken Aufgliederung in fachspezifische Sektionen und Arbeitsgruppen nicht ohne weiteres möglich ist.

### III. Politik und Politikwissenschaft

So wie die „great debates“ in der Politikwissenschaft abebbten, so gehören auch die heißen Debatten über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft der Vergangenheit an. Hier hat sich eine natürliche und gelassene Normalität eingespielt: Alle „Lager“ sehen eine (wenn auch jeweils anders begründete) Aufgabe der Politikwissenschaft darin, Politik und Gesellschaft zu beraten und wo möglich zu verbessern. Politikstudenten sind daraufhin auszubilden. Dazu bedarf es allerdings einer verstärkten Professionalisierung und Berufsfeldorientierung der Studiengänge. Sowohl Arbeitgeber als auch die Studierenden selbst müssen wissen, wozu Diplom-Politologen in der Verwaltung, in internationalen Organisationen, in Verbänden, in den Parteien und in der Politischen Bildung gut sind, was sie an wissenschaftlicher Entscheidungsvorbereitung, Planungsassistenz, Informationsvermittlung und Organisationsmanagement zu leisten vermögen.

In diesen Bereichen können berufsfeldbezogen ausgebildete Politikwissenschaftler sicher manches Problem besser lösen, als das bisher unter dem Juri-

sten-Monopol möglich war<sup>9)</sup>. In der Politik besteht ein großer Bedarf sowohl an empirischen Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Forschung als auch an konzeptionell-normativen Empfehlungen — und zwar an unabhängigen Ergebnissen und Empfehlungen, denn partei- oder verbandspolitisch gefärbtes Wissen schadet sowohl dem Berater als auch den Beratenen, indem dieser nämlich blind wird für neue Entwicklungen, von denen auch seine Existenz abhängen kann (letztes negatives Beispiel: die kommunistische DDR-Elite).

Es ist daher andererseits selbstverständlich, daß die Wissenschaft ein ausdifferenziertes gesellschaftliches Teilsystem mit eigener Dynamik und (ggf. kritischer) Funktion ist und daher nicht linear und platt mit der Politik (und deren Eigendynamik und Funktion) vermittelt werden kann. Wissenschaft muß immer ein wenig Elfenbeinturm bleiben. Das war vielleicht der große Fehler der Politikberatung zu Beginn der siebziger Jahre, als nicht nur Politik-

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu kontrovers: U. Bernbach, Zur Frage der „Professionalisierung“ und Fachidentität. Eine Diskussionsbemerkung, in: H.-H. Hartwich (Hrsg.), Politikwissenschaft, Opladen 1987, S. 127–130.

wissenschaftler der Bundesrepublik Planungssysteme in Bonn, Washington, Paris usw. installieren wollten, mit denen Politik rationalisiert und objektiveren Kriterien und Indikatoren unterworfen werden sollte. Wie uns die Implementations- (Mayntz, Wittkämper, Windhoff-Heritier) und die Evaluationsforschung (Wollmann) gezeigt haben, mußte das scheitern, weil nur das Wissenschaftssystem weitgehend nach rationalen Kriterien verfährt

(„Suche nach Wahrheit“), während die Politik u. a. aus legitimatorischen Gründen zwar nicht gänzlich von der Wahrheit abgekoppelt werden kann, jedoch zu einem großen Teil aus nur begrenzt rationalisierbarem Interessen- und Machtkampf zwischen den gesellschaftlichen Kräften besteht. Das nie erreichbare Ziel, Macht und Weisheit zu verbinden, wird daher weiterhin anzustreben sein. Es ist noch viel zu tun für die Politikwissenschaft!

## Auswahlbibliographie zur Politikwissenschaft in Deutschland

von Guido Lohnherr

Das folgende Literaturverzeichnis zum vorhergehenden Artikel „Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung“ orientiert sich weitgehend an den im jeweiligen Kontext genannten Autoren und historischen Persönlichkeiten. Dabei wird weder der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, noch können umfassende Veröffentlichungsverzeichnisse der genannten Autoren aufgeführt werden. Vielmehr wird ein repräsentativer Überblick über die für den jeweiligen politikwissenschaftlichen Zusammenhang grundlegende Literatur gegeben, der es dem interessierten Leser ermöglicht, sich die für ihn relevante Thematik selbständig zu erarbeiten. Hinzu kommen weiterführende Hinweise auf Quellen, in denen die für die politikwissenschaftliche Praxis notwendigen und sinnvollen Methoden und Inhalte umfassend erläutert werden. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die zunehmende Bedeutung rechnergestützter Datenbankrecherche in der politikwissenschaftlichen Praxis. Sie kann sowohl der bibliographischen wie der empirischen Aufarbeitung einer bestimmten Thematik dienen. Sicherlich werden auch in den wissenschaftlichen Institutionen der neuen Bundesländer entsprechende Einrichtungen in allernächster Zukunft verstärkt installiert werden, da nur so eine geographisch unbegrenzte und damit wirklich erschöpfende Aufarbeitung bzw. Informationsverbreitung gewährleistet ist.

Abendroth, W. und Kurt Lenk (Hrsg.): Einführung in die politische Wissenschaft, 2. erg. Aufl., München 1971

Adorno, Th.-W. u. a. (Hrsg.): Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil. Mit einem Vorwort von Max Horkheimer, 2 Bde., Amsterdam 1968/69

Agnoli, J.: Überlegungen zum bürgerlichen Staat. Klasse und Staat. Der Staat und das Kapital. Parlamentarismus als Strategie?, Berlin 1975

Albert, H.: Plädoyer für einen kritischen Rationalismus, München 1971<sup>2</sup>

Albrecht, U.: Der Handel mit Waffen, München 1971

Altvater, E.: Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und Zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt/M. 1969

Andersen, U.: Entwicklungspolitik und Neue Weltwirtschaftsordnung in der Kontroverse, Stuttgart 1978

ders. und W. Woyke: Handwörterbuch Internationale Organisationen, Opladen 1985

Aquino, Th. von: Opera Omnia, 25 Bde., Parma 1852–1872

Aristoteles: Aufzeichnungen zur Staatstheorie (sog. Politik), Köln 1957

Arndts, H. J.: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1978

Baruzzi, A.: Einführung in die politische Philosophie der Neuzeit, Darmstadt 1983

Bellers, J.: Die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949–1989, Münster 1990

Berg-Schlosser, D. und F. Müller-Rommel: Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch, Opladen 1987

Bergstraesser, A.: Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, 2. erw. Aufl., Freiburg 1966

- Bethusy-Huc, Gräfin Viola von: Das politische Kräftespiel in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1965
- Boehret, C. (Hrsg.): Verwaltungsreformen und Politikwissenschaft. Zur Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft bei der Durchsetzung und Evaluierung von Neuerungen, Baden-Baden 1978
- Buchheim, H.: Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1967<sup>5</sup>
- ders.: Wirtschaftliche Entwicklungslinien und Gesellschaftlicher Wandel, Köln 1983
- Büttner, F. (Hrsg.): Sozialer Fortschritt durch Entwicklungshilfe. Kritische Beiträge zur Praxis westlicher Entwicklungspolitik, München 1972
- Clausewitz, C. von: Vom Kriege. Als Handbuch bearb. und mit einem Essay „Zum Verständnis des Werkes“ hrsgg. von W. Pikkert und W. Ritter von Schramm, Pfaffenhofen 1969<sup>2</sup>
- Czempel, E.-O.: Amerikanische Außenpolitik. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen, Stuttgart 1979
- ders.: Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn 1981
- Deppe, F. u. a. (Hrsg.): Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt/M. 1970
- ders.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, überarb. und akt. Auflage, München 1985
- Descartes, R.: Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung, Stuttgart 1982
- Dettling, W. (Hrsg.): Deutsche Parteien im Wandel. Eine Bestandsaufnahme von Rüdiger Altmann u. a., München-Wien 1983
- Deubner, Chr. u. a. (Hrsg.): Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der Internationalen Diskussion, Frankfurt-New York 1979
- Deutsch, K. W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969
- ders.: Zur Theorie der Vereinfachung: Reduktion von Komplexität in der Datenverarbeitung für Weltmodelle, Königstein/Ts. 1980
- Easton, D.: A System Analysis of Political Life, New York 1965; ders.: A Framework of Political Analysis, Englewood-Cliffs 1965
- Eberwein, W.-D. (Hrsg.): Politische Stabilität und Konflikt. Neue Ergebnisse der makroquantitativen Politik-Forschung, Opladen 1983
- Ellwein, Th.: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 5. neubearb. Aufl., Opladen 1983
- Eschenburg, Th.: Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1963
- Etzioni, A.: A Comparative Analysis of Complex Organizations On Power, Involvement and their Correlates, New York 1968
- ders.: Soziologie der Organisationen (Modern Organizations), München 1969
- Fenske, H. u. a.: Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt 1987
- Fetscher, I. und H. Münkler (Hrsg.): Politikwissenschaft. Begriffe — Analysen — Theorien, Hamburg 1985
- ders.: Pipers Handbuch der politischen Ideen, München-Zürich 1985
- Forndran, E.: Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung, Düsseldorf 1970
- Fraenkel, E.: Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1968<sup>4</sup>
- Frei, D.: Handbuch der weltpolitischen Analyse. Methoden für die Praxis, Beratung und Forschung, Diessenhofen 1984
- Frey, R. (Hrsg.): Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis kommunaler Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1976
- Friedrich, C.-J.: Pathologie der Politik. Die Funktion der Mißstände. Gewalt, Verrat, Korruption, Geheimhaltung, Propaganda, Frankfurt/M. 1973
- ders.: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957

- Gantzel, K. J.: System und Akteur. Beiträge zur Vergleichenden Kriegsursachenforschung, Düsseldorf 1972
- Greiffenhagen, M. (Hrsg.): Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München 1973
- Habermas, J.: Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Neuwied 1969
- Hacke, Chr.: Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. 1960–1984, Stuttgart 1984
- Hättich, M.: Lehrbuch der Politikwissenschaft, Bd. 1 und 2, Mainz 1967/1969
- Haftendorn, H.: Militärhilfe und Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1971
- Hahn, K.: Föderalismus. Die demokratische Alternative. Eine Untersuchung zu P. J. Prudhons sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff, München 1975
- Hartwich, H. H. u. F. W. Dörge (Hrsg.): Strukturpolitik der achtziger Jahre. Fachwissenschaftliche Analyse. Didaktische Planung, Opladen 1980
- Haungs, P.: Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1980
- Hegel, G. W. F.: Politische Schriften. Nachwort von Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1966
- ders.: Grundlagen der Philosophie des Rechts. Mit Hegels eigenhändigen Randbemerkungen in seinem Handexemplar der Rechtsphilosophie, hrsgg. von Joh. Hoffmeister, Hamburg 1955
- Hennis, W.: Die mißverstandene Demokratie. Demokratie – Verfassung – Parlament. Studien zu deutschen Problemen, Freiburg 1973
- ders.: Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied 1963
- Hermens, F.: Verfassungslehre, Köln–Opladen 1968
- Hesse, G.: Staatsaufgaben. Zur Theorie der Legitimation und Identifikation staatlicher Aufgaben, Baden-Baden 1979
- Hirsch, H.: Poverty and Politization. Political Socialization in an American Sub-Culture, New York 1971
- Horkheimer, M.: Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze, Frankfurt/M. 1972
- Schmidt, A. (Hrsg.): Max Horkheimer: Kritische Theorie. Eine Dokumentation, 2 Bde., Frankfurt/M. 1968
- Hrbek, R. und W. Wessels: EG-Mitgliedschaft. Ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, Bonn 1984
- Illy, H. F. und K. Schimitzek (Hrsg.): Entwicklung durch Dezentralisierung? Studie zur Kommunal- und Regionalverwaltung in der Dritten Welt, München 1986
- Jacobsen, H.-D. und W. Bärtschi (Hrsg.): Kritische Einführung in die Außenhandelstheorie. Mit Texten von Th. Mun u. a., Hamburg 1976
- Jahn, M. und V. Rittberger (Hrsg.): Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen, Opladen 1974
- Jann, W. u. a. (Hrsg.): Innenpolitik und politische Theorie, Opladen 1979
- Kaase, M. und H. D. Klingemann: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1980
- Kaiser, K.: Die europäische Herausforderung und die USA. Das atlantische Verhältnis im Zeitalter weltpolitischer Strukturveränderungen, München 1973
- Kaltefleiter, W. und P. Nißen: Empirische Sozialforschung. Eine Einführung in Theorie und Praxis, Paderborn 1980
- Kant, I.: Politische Schriften, hrsgg. von O.-H. von der Gablentz, Köln–Opladen 1965
- Kevenhörster, P.: Das politische System Japans, Köln–Opladen 1969
- ders.: Das Rätssystem als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht, Opladen 1974
- Kielmansegg, P. Graf und U. Matz (Hrsg.): Die Rechtfertigung politischer Herrschaft. Doktrinen und Verfahren in Ost und West, Freiburg–München 1978
- Kindermann, G. K. (Hrsg.): Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung, München–Zürich 1977

- Knapp, M.:** Sorgen unter Partnern. Zum Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1984
- Konegen, N.:** Politikwissenschaft. Eine kybernetische Einführung, Düsseldorf 1973
- ders. und K. Sondergeld:** Wissenschaftstheorie für Sozialwissenschaftler. Eine problemorientierte Einführung, Opladen 1985
- Krippendorff, E. (Hrsg.):** Friedensforschung, Köln 1974
- ders.:** Internationale Politik. Geschichte und Theorie, Frankfurt 1986
- Kühnl, R.:** Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus und Faschismus, Reinbek 1971
- Kuehr, H.:** Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973
- Lehmbruch, G.:** Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart 1976
- Lehner, Fr.:** Einführung in die Neue Politische Ökonomie, Königstein/Ts. 1981
- Link, W.:** Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975, Düsseldorf 1978
- Lobkowicz, N. (Hrsg.):** Marx and the Western World, London 1967
- Luhmann, N.:** Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964
- ders.:** Macht, Stuttgart 1975
- ders.:** Grundrechte und Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1965
- Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.):** Interaktion von Wissenschaft und Politik. Mit Beiträgen von N. Luhmann u. a., Frankfurt/M. 1977
- Machiavelli, N.:** Der Fürst, Stuttgart 1963<sup>3</sup>
- ders.:** Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte, Köln–Opladen 1965<sup>2</sup>
- Maier, H.:** Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung, München 1971
- ders.:** Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie, München 1973<sup>3</sup>
- ders. u. a. (Hrsg.):** Klassiker des politischen Denkens, 2 Bde., München 1969
- Marcuse, H.:** Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, Frankfurt/M. 1969
- ders.:** Versuch über die Befreiung, Berlin 1969<sup>2</sup>
- ders.:** Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Berlin–Neuwied 1968<sup>2</sup>
- Marx K. und F. Engels:** vgl. vor allem: Werke. Sachregister zu den Werken, hrsgg. und eingel. von H. J. Sankühler, Köln 1983
- Meissner, B. und G. Rhode (Hrsg.):** Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, Stuttgart 1970
- Meyers, R.:** Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick, Düsseldorf 1981
- Mickel, W. W. und D. Zitzlaff:** Handlexikon Politikwissenschaft, München 1986
- Mintzel, H.:** Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1983
- Mols, M.:** Demokratie in Lateinamerika, München 1984
- Narr, W.-D.:** Theoriebegriffe und Systemtheorie, Stuttgart 1969
- Naschold, F.:** Systemsteuerung, Stuttgart 1969
- Nassmacher, H. und K.-H.:** Kommunalpolitik in der Bundesrepublik. Möglichkeiten und Grenzen, Opladen 1979
- Neumann, F.:** Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt/M. 1967
- Noack, P.:** Friedensforschung — Ein Signal der Hoffnung?, Freudenstadt 1977
- Nohlen, D. (Hrsg.):** Lexikon 3. Welt, Baden-Baden 1980
- Nuscheler, F. und D. Nohlen (Hrsg.):** Handbuch der 3. Welt, 8 Bde., 2. überarb. und erg. Aufl., Hamburg 1983
- Nuscheler, F.:** Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1987

- Oberndörfer, D.: Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung. Einführung und Kritik, Berlin 1971
- Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Zur politischen Soziologie, Frankfurt/M. 1976
- ders.: „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt-New York 1984
- Pappi, F.-U. (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, Königstein/Ts. 1979
- Parsons, T.: Das System moderner Gesellschaften, München 1972
- Platon: Sämtliche Dialoge, hrsgg. und mit Einleitungen, Literaturübersichten, Anmerkungen und Registern versehen von O. Apelt, insb. Band V: Der Staat, Band VI: Politikos, Band VII: Die Gesetze, Hamburg 1988
- Popper, K.: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf, Hamburg 1984
- Rittberger, V. (Hrsg.): Neue Wege der Abrüstungsplanung, Organisationsprobleme und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1981
- Rohe, K. und G. Schmidt (Hrsg.): Krise in Großbritannien? Studien zu Strukturproblemen der britischen Gesellschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Bochum 1987
- Rousseau, J. J.: Staat und Gesellschaft, München 1959
- Schabert, T. (Hrsg.): Aufbruch zur Moderne. Politisches Denken im Frankreich des 17. Jahrhunderts, München 1974
- Scharpf, F. W.: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt-New York 1987
- ders. u. a. (Hrsg.): Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland, Kronberg/Ts. 1976
- Schatz-Bergfeld, M.: Massenkommunikation und Herrschaft. Zur Rolle von Massenkommunikation als Steuerungselement moderner demokratischer Gesellschaften, Meisenheim am Glan 1974
- Schmidt, M.: Empirische Politikwissenschaft, Stuttgart 1979
- ders.: Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen 1988
- Schneider, H.: Leitbilder der Europapolitik I: Der Weg zur Integration, Bonn 1977
- Schönbohm, W.: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985
- Schössler D. und E. Weede (Hrsg.): West German Elite views on National Securities and Foreign Policy Issues, Königstein/Ts. 1978
- Schwan, A.: Wahrheit – Pluralität – Freiheit. Studien zur philosophischen Grundlegung freiheitlicher Politik, Hamburg 1976
- Schwarz, H.-P. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München-Zürich 1975
- Seidelmann, F.: Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven, Frankfurt-New York 1982
- Senghaas, D.: Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt/M. 1988
- Simonis, U. E. (Hrsg.): Ordnungspolitik. Fragen zum Nord-Süd-Konflikt, Berlin 1983
- Sontheimer, K.: Grundzüge des Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1971
- Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Ausgew. Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik, Berlin 1965
- Steffani, W.: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979
- Steinbach, U. und R. Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Geschichte – Kultur, 2 Bde., Opladen 1982
- Sternberger, D.: Nicht alle Macht geht vom Volke aus. Studien über Repräsentation, Vorschlag und Wahl, Stuttgart 1971
- ders.: Grund und Abgrund der Macht. Kritik der Rechtmäßigkeit heutiger Regierungen, Frankfurt/M. 1962
- ders.: Verfassungspatriotismus, Schriften Bd. 10, Frankfurt 1990

- Sturm, G.: Die Inkompatibilität. Eine Studie zum Problem der Unvereinbarkeit im geltenden deutschen Staatsrecht, München 1967
- Sutor, B.: Politik und Philosophie, Mainz 1968
- Thraenhardt, D.: Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung und politisches System, München 1968
- Topitsch, E. (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1965
- Veen, H. J. u. a. (Hrsg.): Wandel im Kommunismus?, Zürich 1979
- Voigt, R. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984
- Waldmann, P. (Hrsg.) unter Mitarbeit von U. Zelinsky: Politisches Lexikon Lateinamerika, München 1980
- Weede, E.: Hypothesen, Gleichungen und Daten. Spezifikations- und Meßprobleme bei Kausalmodellen für Daten aus einer oder mehreren Beobachtungsperioden, Kronberg/Ts. 1977
- Weidenfeld, W. und W. Wessels (Hrsg.): Jahrbücher der Europäischen Integration, Bonn 1981 ff.
- Weinacht, P. L.: Eine neue Verfassung für die Bundesrepublik?, Bonn 1970
- Wessels, W.: Der Europäische Rat. Stabilisierung statt Integration? Geschichte, Entwicklung und Zukunft der EG-Gipfel-Konferenz, Bonn 1980
- Willms, B.: Die Deutsche Nation, Köln-Lövenich 1982
- Wittkämper, G. W.: Analyse und Planung in Verwaltung und Wirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1972
- ders.: Medienwirkungen in der Internationalen Politik, Münster 1986
- Woyke, W.: Die Europäische Gemeinschaft. Entwicklung und Stand. Ein Grundriß, Opladen 1989
- Ziebura, G. R. (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975

# Politische Bildung seit 1945

## Konzeptionen, Kontroversen, Perspektiven

Bestandsaufnahmen zur politischen Bildung aus den achtziger Jahren beschreiben häufig ein Krisenszenario<sup>1)</sup>. Sie sehen das Fach an den Schulen in einem „kläglichen Zustand“ (Grosser) und verweisen auf die „Abkoppelung der Fachdidaktik von der Fachwissenschaft“ (Hartwich). Es ist die Rede von politischer Bildung zwischen „Scylla und Charybdis“ (Ellwein), von der „Misere“ (Derbolav) oder vom „Elend“ (Hohmann) der politischen Bildung<sup>2)</sup>. Dabei werden interne und externe Hemmnisse und Bedingungen eines „Neubeginns“ diskutiert (Grosser, Hilligen) und eine Rekonstruktion des Kerns der Fachdidaktik (Grammes) programmatisch gefordert.

Diese Diskussion hat mit dem Fall der Mauer und mit der Vereinigung Deutschlands zusätzliche Dy-

namik gewonnen. Die Frage nach der Bedeutung und der Funktion der politischen Bildung in der Demokratie und beim Aufbau demokratischer politischer Strukturen stellt sich neu. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion in der ehemaligen DDR, der Ablösung der „alten“ Staatsbürgerkunde durch eine „neue“ Gesellschaftskunde, erscheint es sinnvoll, einen kritischen Rückblick auf die Entwicklung der politischen Bildung in der Bundesrepublik zu wagen. Um die aktuelle Diskussion problembewußter führen zu können, ist es hilfreich, sich die unterschiedlichen Konzeptionen der politischen Bildung zu vergegenwärtigen und die wichtigsten Konfliktlinien nachzuzeichnen<sup>3)</sup>.

### I. Erziehung zur Demokratie als Lebensform: Reeducation nach 1945

Die Entwicklung der politischen Bildung nach 1945 wurde in erster Linie bestimmt durch die Umerziehungspolitik der Alliierten. Wenn auch die Amerikaner sich in besonderer Weise in der Erziehung engagierten, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die übrigen Besatzungsmächte durchaus eigenständige Positionen und Praktiken vertraten.

Die britische Erziehungspolitik war vor allem durch Pragmatismus gekennzeichnet. Die britischen Behörden verzichteten weitgehend auf eigene Reforminitiativen und vertrauten darauf, möglichst viele Deutsche durch persönliche Kontakte schul-

politisch und pädagogisch zu beeinflussen. Das französische Umerziehungskonzept orientierte sich vor allem an der in der französischen Tradition gepflegten Freiheitsliebe und an der Wertschätzung des Individuums. Nachdem es ihnen gegen den Widerstand der deutschen Behörden nicht gelang, das eigene Schulsystem einzuführen, konzentrierten sie sich auf die Veränderung der Lehrinhalte. Dabei erreichten sie eine deutliche Vereinheitlichung im Bereich der weiterführenden Schulen.

Der sowjetischen Umerziehungspolitik lag seit dem Schulgesetz vom Frühjahr 1946 ein einheitliches Konzept zugrunde. Als wichtigstes bildungspolitisches Ziel galt ein einheitliches, von Konfessionen unabhängiges Schulsystem und die Beseitigung des Bildungsmonopols der ‚herrschenden Klasse‘. Entnazifizierung, die Einsetzung verlässlicher örtlicher Behörden und neue Lehrbücher galten als dringlichste Aufgaben. Im Gegensatz zu den übrigen Besatzungszonen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen und deutschen Be-

<sup>1)</sup> Der vorliegende Beitrag beruht im wesentlichen auf unserer Studie: Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung – Stand – Perspektiven, Opladen 1989. Hierin sind zentrale (bildungspolitische) Dokumente und (fachdidaktische) Konzeptionen von 1889 bis 1989 in neun Phasen in Originaltexten abgedruckt und kommentiert. Ebenfalls finden sich hier die Belegstellen für Zitate, auf die im vorliegenden Text im Hinblick auf seine Lesbarkeit und seinen Überblickscharakter weitgehend verzichtet wurde.

<sup>2)</sup> Vgl. u. a. Kurt Gerhard Fischer, „Krise“ – „Misere“ – „Elend“: Politische Bildung heute, in: Zeitschrift für Pädagogik, 33 (1987) 4, S. 547–564; vgl. auch die von Klaus Rothe herausgegebene Bestandsaufnahme: Unterricht und Didaktik der politischen Bildung in der Bundesrepublik. Aktueller Stand und Perspektiven, Opladen 1989, der Berichte aus den elf (alten) Bundesländern enthält.

<sup>3)</sup> Wir beschränken uns hier auf die Entwicklungsgeschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik nach 1945. Notwendig wäre allerdings sowohl eine kritische Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus) als auch mit der getrennten Geschichte (1945 bis 1990).

hörden auf dem Gebiet der Erziehung relativ reibungslos, und das Schulwesen auf dem Gebiet der späteren DDR entwickelte sich weitgehend einheitlich.

Mit dem Begriff „Re-education“ wird und wurde am stärksten die amerikanische Umerziehungspolitik in Verbindung gebracht. In der Besatzungspolitik der Amerikaner nahm die Erziehung einen besonders hohen Stellenwert ein. So heißt es in den Empfehlungen der amerikanischen Erziehungskommission: „Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung.“ Dabei wurde die Reeducationpolitik schon sehr bald in den Rahmen des gesamten Wiederaufbaus Deutschlands gestellt. So sollte die politische und moralische Umerziehung des deutschen Volkes die Wiederherstellung der allgemeingültigen Prinzipien der Gerechtigkeit begünstigen.

Wesentliche Grundlage der amerikanischen Umerziehungspolitik bildete der Bericht der amerikanischen Erziehungskommission, die eingesetzt worden war, um das Erziehungsprogramm der amerikanischen Militärregierung in Deutschland zu beobachten und zu bewerten. Ausgangspunkt der Vorschläge dieser Kommission, die sich stark an der Pädagogik John Deweys orientierte, war die These, daß Demokratie nicht nur eine Regierungsform, sondern vor allem eine Lebensform sei, die bis ins einzelne gelehrt werden müsse. Entsprechend stand im Mittelpunkt der Erziehung auch die Schule. Die Schule trug nach Ansicht der Amerikaner eine wesentliche Mitschuld an der Entstehung des Nationalsozialismus. Das dreigliedrige Schulsystem habe die Klassenunterschiede betont und bei einer kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrheit der Deutschen ein Minderwertigkeitsgefühl entwickelt, das jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf dem das Führerprinzip gedieh. Nur die demokratische Umgestaltung der Schule, die Verschiebung des Auslesezeitpunktes und die Organisation der Schule als ein Gesamtschulsystem könne letztlich zu einer Stabilisierung der Demokratie in Deutschland führen.

Die Empfehlungen der Kommission leiteten eine Phase aktiver Reformpolitik der Amerikaner ein. Zwar galt noch immer die Vorstellung, die notwendigen Veränderungen im Bildungssystem vor allem über die Einsicht der Deutschen selbst zu realisieren, aber in den neuen Direktiven wurde jetzt auch ein direktes Eingreifen in das Erziehungsprogramm der Länder der amerikanischen Zone gefordert. Der verstärkte Druck der amerikanischen Reformbemühungen rief jedoch auch einen verstärkten Widerstand bei den Deutschen hervor. Besonders die

bayerischen Behörden setzten sich so hartnäckig gegen die Reformpläne zur Wehr, daß sich die Militärregierung gezwungen sah, mit direkten Befehlen einzugreifen.

Erst als vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Ost-West-Konflikts und des beginnenden Kalten Krieges die Auseinandersetzungen um die Reeducationpolitik zu einer ernststen Belastung für die Partnerschaft zwischen Deutschen und Amerikanern zu werden drohten, verzichteten die Amerikaner weitgehend auf die Verwirklichung einer grundlegenden Schulreform.

Resümierend läßt sich zwar feststellen, daß den Amerikanern tiefgreifende strukturelle Reformen des deutschen Bildungssystems nicht gelungen sind, daß sie aber Erfolge bei der Anregung für einen politischen Unterricht an den Schulen und bei der Einführung sozialwissenschaftlicher Fächer an den Universitäten hatten.

In den USA gehörte politische Erziehung schon immer zur demokratischen Tradition. In diesem Sinne hatte dann auch die amerikanische Erziehungskommission eine grundsätzliche Umgestaltung der sozialwissenschaftlichen Fächer, eine Demokratisierung der Schulorganisation und des Schullebens sowie demokratische Erziehung als Unterrichtsprinzip gefordert und den Vorschlag gemacht, entsprechende Experten nach Deutschland zu entsenden. Diese Experten kamen zu folgenden Vorschlägen: Für die Entwicklung demokratischen Bürgersinns sei es notwendig, Sozialunterricht als Unterrichtsprinzip zu verwirklichen, neue Unterrichtsmethoden auf der Grundlage eines partnerschaftlichen Lehrer-Schüler-Verhältnisses anzuwenden, Kernfächer wie Heimatkunde, Geschichte, Geographie von den Erfordernissen der Sozialerziehung her umzugestalten und spezielle Fachkurse einzuführen, die sich mit den Problemen des gesellschaftlichen und politischen Lebens beschäftigen. Daraufhin kam es zur Einführung spezifischer Unterrichtsfächer in verschiedenen Ländern, und im bayerischen „Erziehungsplan auf weite Sicht“ wurde ausdrücklich Sozial- und staatsbürgerliche Bildung und Erziehung als „verpflichtendes Unterrichtsprinzip für die Schule“ erwähnt.

Als schwerwiegendes Problem erwies sich jedoch sehr bald der Tatbestand, daß von den Deutschen selbst zu dieser Zeit kaum Initiativen für eine Erziehung zur Demokratie ausgingen und daß kein theoretisch-inhaltliches Konzept politischer Bildung existierte, um die bildungspolitischen Vorgaben ausfüllen zu können. Bei den ersten vorsichtigen Versuchen, sich mit Fragen politischer Bildung auseinanderzusetzen, kristallisierten sich jedoch schon zwei Richtungen heraus: Die eine versuchte, expli-

zeit an die Erfahrungen der Weimarer Republik und an die Staatsbürgerkunde aus dieser Zeit anzuknüpfen. Die zweite Richtung entwickelte sich in mehr oder weniger bewußter Abkehr von der Staatsbürgerkunde. Sie nahm die Vorstellungen der *Social Studies* auf, verstand aber Sozialkunde weitgehend unpolitisch im Sinne eines staatsfreien Konzepts einer Gesinnungs- und Gemüts-erziehung. Generell

galt jedoch: „Wer sich sofort nach der Wiedereröffnung der Schulen im Oktober 1945 der politischen Bildung zugewandt hat, hat sich . . . lang mit dem behelfen müssen, was ihm aus der Geschichtswissenschaft, aus der europäischen Philosophie, aus klassischen Texten, aus den Verfassungen und aus seiner eigenen politischen Erfahrung seit 1918 oder 1933 zuflöß.“ (Messerschmid)

## II. Partnerschaftspädagogik oder Erneuerung der staatsbürgerlichen Erziehung

Mit der Gründung der Bundesrepublik und der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 war der direkte Einfluß der Alliierten auf die Entwicklung der Bildungssysteme zu Ende und durch das Grundgesetz die Kulturhoheit der Länder festgeschrieben. Die Auseinandersetzungen um die Struktur des Bildungssystems gingen jedoch zunächst weiter; in den ersten Landtagswahlen spielten daher bildungspolitische Fragen eine wichtige Rolle. Im Verlauf der weiteren Entwicklung wurde die Bildungspolitik dann immer stärker an den Rand der Diskussion gedrängt, die meisten Neuordnungsansätze nach und nach zurückgenommen und die alte Dreigliedrigkeit des Schulsystems weitgehend wiederhergestellt.

Während man auf bildungspolitischer Ebene also fast nahtlos an die Verhältnisse in der Weimarer Republik anknüpfte, nahm die Entwicklung im Bereich der politischen Bildung einen anderen Verlauf. Obgleich auch hier Anknüpfungspunkte zur alten Staatsbürgerkunde Weimarer Prägung gesucht und gefunden wurden, machte sich doch auch auf vielen Ebenen der Einfluß der amerikanischen *Social Studies*-Bemühungen bemerkbar. Die Richtlinien für den politischen Unterricht in Hessen vom 30. Juni 1949, in denen es heißt: „Politischer Unterricht darf nicht mit Staatsbürgerkunde verwechselt werden. Der das tut, füllt neuen Wein in alte Schläuche“, sind repräsentativ für solche Positionen. Diese Vorstellungen von der Notwendigkeit einer *politischen* Bildung oder einer *politischen* Erziehung wurden allerdings in der Schule kaum realisiert. Hier dominierte eher eine Form der unpolitischen Gemeinschaftskunde, die ihre Aufgabe vor allem darin sah, die Bindungen, Beziehungen und Kräfte darzustellen, die in der menschlichen Gemeinschaft wirken, sowie die Jugend zur Verantwortung in der Gemeinschaft erziehen.

Der Gemeinschaftsbegriff als Kernstück „politischer“ oder sozialer Erziehung in der Schule war auch leitend für Teile der Pädagogik. Vor allem Ferdinand Kopp steht für diese Richtung. Kopp, der wohl auch als erster von „Sozialkunde“ spricht,

geht von der anthropologischen Annahme aus, daß der Mensch seinem Wesen nach Individuum und der Gemeinschaft verbunden zugleich ist. Es sei naheliegend, die Abhängigkeit des Menschen von den Mitmenschen durch Lehre und Erziehung zu verdeutlichen und auf ein Erziehungsziel hin auszuwerten. Aufgrund der Verarmung der mitmenschlichen Beziehungen und dem Verfall der Familie müsse jetzt vor allem die Institution Schule die Funktion übernehmen, zu sozialen Lebensformen zu erziehen. Was Kopp will, ist *Sozialerziehung* und von diesem Ansatz her war dann auch kein Durchbruch zu einer im eigentlichen Sinne politischen Bildung zu erwarten.

Einen wirklichen Anstoß und eine auch theoretische Weiterentwicklung politischer Bildung brachte erst die 1951 publizierte Schrift von Friedrich Oetinger (Pseudonym für Theodor Wilhelm) „Wendepunkt der politischen Erziehung“<sup>4)</sup>. Mit diesem Buch wird zum ersten Mal nach 1945 eine Arbeit veröffentlicht, die den Anspruch erhebt, die pädagogischen Grunderfahrungen der Kriegsgeneration in einen systematischen Zusammenhang zu bringen und über die Erteilung von praktisch-pädagogischen Ratschlägen hinaus den Versuch zu unternehmen, „eine neue Theorie der politischen Erziehung zu entwerfen“.

Oetinger wendet sich scharf gegen die nationalsozialistische Erziehung, aber auch gegen die staatsbürgerliche Erziehung der Weimarer Republik und des Kaiserreiches. Staatsbürgerliche Erziehung als Erziehung zum Staat, Nationalerziehung und Erziehung zur Gemeinschaft hätten sich als Irrwege erwiesen, die letztendlich in die politische Katastrophe geführt hätten. Daher müsse jetzt vor allem die Frage beantwortet werden, „was können wir von der Erziehung her tun, um uns vor neuen politischen Irrwegen zu bewahren?“

<sup>4)</sup> Friedrich Oetinger, *Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe*, Stuttgart 1951.

Obgleich die Amerikaner von der gleichen Grundfrage ausgingen, ist Oetinger gegenüber dem Umerziehungskonzept der Amerikaner skeptisch. „Erziehung zur Demokratie“ sei eine bloße Formel und nur dann sinnvoll, wenn sie sich als Erziehung zu den Faktoren verstehen würde, die das Funktionieren der Demokratie bedingen. „Das läuft auf menschliche Qualitäten hinaus, welche die Erziehung anstreben kann, ohne selbst Politik zu werden.“ Politik greift für Oetinger weit über den Bereich des Staates und der staatlichen Macht hinaus. Das Wesen des Politischen liege in der Aufgabe der Politik, Frieden zu halten. „Politische Erziehung“ sei danach Erziehung zu einer menschlichen Haltung, die dieser friedensstiftenden und friedenserhaltenden Funktion der Politik möglichst weitgehend entgegenkommt. Der Staat sei vor allem Rechtsstaat, und der höchste politische Wert sei der Frieden. Verständigung, Solidarität, der Mensch als Partner sind wesentliche Elemente der politischen Erziehung Oetingers. Politische Erziehung ist Erziehung zur menschlichen Kooperation. Was wir brauchen, sagt Oetinger, „ist nicht Staatsgesinnung und nicht Bürgergesinnung, sondern menschliche Regsamkeit“.

Das bedeutet jedoch keine Absage an das Politische. Im Gegenteil, auch für Oetinger gibt es keine politische Erziehung außerhalb des politischen Raumes. Der politische Erzieher wird sich auch weiterhin mit dem Staat beschäftigen, aber das Politische darf darin allein nicht aufgehen. Oetingers politische Pädagogik „ist von einem Begriff des Politischen getragen, bei dem nicht die staatliche Macht, sondern die menschliche Kooperation im Vordergrund steht. Sie ersetzt das überlieferte, vom Staat her strukturierte politische Denken durch eine genossenschaftlich bestimmte menschliche Haltung.“

Die Wirkungen dieser Konzeption politischer Bildung waren beträchtlich. Sie hatte Einfluß auf die Formulierung von Bildungsplänen und Schulbüchern ebenso wie auf die Praxis des Sozialkundeunterrichts in den Schulen. Diese Wirkungen entsprachen jedoch keineswegs immer den eigentlichen Intentionen des Autors. Vor allem die Schulpraktiker nahmen die Begriffe „Partnerschaftserziehung“, „kooperative Erziehung“ und die unterrichtspraktischen Vorschläge Oetingers bereitwillig auf, sie unterlagen aber dabei häufig einem doppelten Mißverständnis: Diese Konzeption enthob sie scheinbar der Notwendigkeit, „systematische politische oder sozialwissenschaftliche Kenntnisse zu erwerben und zu vermitteln“, und erweckte zusätzlich den falschen Eindruck, als genüge es, weitgehend mit „gesundem Menschenverstand“ die Unterrichtsinhalte und -prozesse zu bestimmen und zu lenken.

Darüber hinaus kam die Begrifflichkeit dem in den fünfziger Jahren auch bei vielen Lehrern vorherrschenden Bedürfnis nach Harmonie und nach einer konfliktfreien, unpolitischen und sittlichen Gemeinschaftskunde entgegen. Gerade die aber wollte Oetinger ja mit seiner kämpferisch gemeinten und politisch verstandenen Idee der Partnerschaft überwinden. So wurde die ursprüngliche Absicht Oetingers in der Unterrichtspraxis verfälscht und die Konzeption einer politischen Erziehung als Erziehung zur Kooperation auf ein bloßes „seid nett zueinander“ verkürzt.

Auf der Ebene der theoretischen Auseinandersetzung führte Oetingers Buch zu heftigen Kontroversen<sup>5)</sup>. Die Positionen reichten von uneingeschränkter Zustimmung bis zu totaler Ablehnung. Als einflußreichster Kritiker der Partnerschaftskonzeption und als Gegenpart zu Oetinger profilierte sich Theodor Litt. Litt, der schon an der Entwicklung der Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik beteiligt war, ging in seiner Schrift „Die politische Selbsterziehung des deutschen Volkes“<sup>6)</sup> mit der Partnerschaftserziehung hart ins Gericht. Er wirft ihr vor, daß sie den Begriff des Politischen ins Soziale, ja allgemein Menschliche verflüssige. Litt ist sich mit Oetinger über das Ziel, „den Frieden“ oder die „Friedlichkeit“ im gesellschaftlichen Leben zu erreichen, zwar einig, aber nach Litt kann nur der Staat diesen Frieden garantieren. Wo die staatliche Ordnung fehlt „oder auch nur brüchig ist, da entfällt auch die Möglichkeit einer auf gütlicher Vereinbarung beruhenden Kooperation. Denn diese Kooperationen würden im Wirbel der Unordnung untergehen.“ In der Konzeption Oetingers sei das Phänomen des politischen Kampfes ausgeblendet. Vom Wesen des Politischen her aber sei das Moment des Kampfes nicht abzutrennen: „Gerade der Demokratie . . . wird der schlechteste Dienst erwiesen durch eine Theorie der politischen Erziehung, die den politischen Kampf als Verirrung stempelt, die zugunsten des Prinzips friedlicher Kooperation zum Verschwinden gebracht werden müsse. Was sie in Gestalt des politischen Kampfes verneint, das ist nichts Geringeres als das Lebensprinzip der Demokratie.“

5) Oetingers Partnerschaftserziehung begleitet die Diskussion um die politische Bildung bis in die Gegenwart; vgl. Tilman Grammes, Politikdidaktik und Sozialisationsforschung. Problemgeschichtliche Studien zu einer pragmatischen Denktradition in der Fachdidaktik, Frankfurt 1986. Vor allem die Vertreter der politischen Didaktik der sechziger und siebziger Jahre kritisierten Oetinger scharf. Unter der damals vorherrschenden ideologiekritischen Perspektive erschien die Partnerschaftskonzeption Oetingers im wesentlichen als ein Beitrag zur Anpassung.

6) Diese Schrift war vor allem wohl auch deshalb so einflußreich, weil sie durch die Bundeszentrale für Heimatdienst (heute: Bundeszentrale für politische Bildung) eine weite Verbreitung fand.

„Partnerschaftserziehung“ als der Versuch, eine neue Theorie politischer Bildung zu entwickeln, und „Erziehung zum Staat“ als Anknüpfung an die poli-

tische Bildung der Weimarer Republik waren die beiden Konzeptionen, die die Diskussion um die politische Bildung in den fünfziger Jahren dominierten.

### III. Grundlegende Einsichten als Ziel politischer Bildung

Was sich gegen Ende der vorangegangenen Etappe schon angedeutet hatte, wurde zwischen 1955 und 1960 zunehmend deutlicher. Die Bildungspolitik war an den Rand der öffentlichen Diskussion gedrängt und im wesentlichen geprägt durch die Parole „Keine Experimente“. Bildungspolitisches Handeln richtete sich im wesentlichen auf die „Effektivierung des Bestehenden“. Dazu gehörten auch alle Versuche, eine stärkere Vereinheitlichung und Standardisierung des Schulwesens zu erreichen sowie die bildungspolitische Verantwortung des Bundes auszudehnen. Erst allmählich entwickelte sich ein öffentliches Interesse daran, „den Zugang zu den weiterführenden Schulen für breitere Bevölkerungskreise zu erleichtern“ und den ausgeprägten Auslesecharakter des Bildungssystems abzuschwächen. Dies führte auf der inhaltlichen Ebene zu einer Diskussion über die Stofffülle der Lehrpläne, zur Kritik an ihrem Enzyklopädismus und zur Forderung nach exemplarischem Lernen sowie nach Beschränkung auf das Wesentliche. Die Kritik an der „Vielwisserei“ und an der Stofffülle der Lehrpläne bezog sich auch unmittelbar auf die politische Bildung. Gerade ihre Wirkung sei bedroht „durch die Überfülle des angebotenen Stoffes . . . Bloße Kenntnisse vermögen aber den Menschen weder zu formen noch zu verwandeln. Wichtig sind allein geistige Erfahrungen, die zu Erkenntnis und Einsicht führen.“

Exemplarisches Lernen und die Notwendigkeit der Vermittlung von Einsichten waren dann auch die wesentlichen Elemente der didaktisch-methodischen Diskussion zur politischen Bildung in der damaligen Zeit. Man wandte sich damit vor allem gegen das im Unterrichtsalltag vorherrschende unpolitische „Miteinander – Füreinander“ einerseits und gegen die bloße Wissensvermittlung andererseits. Die Frage, die sich immer drängender stellte, lautete dann auch, wie denn die Zielvorstellung der politischen Bildung – der „Staatsbürger, der aus demokratischen Grundüberzeugungen heraus denkt, urteilt und handelt“ (Ammon) – zu erreichen sei. Es erschien offensichtlich dringend geboten, sich verstärkt mit den Problemen der *didaktischen* Erschließung und der Vermittlung „politischer Grundeinsichten“ auseinanderzusetzen. „Die Frage nach dem Elementaren politischer Bildung stellt sich unüberhörbar; daß dieses Elementare nicht in den formalen Bausteinen gefunden werden

kann, die das Funktionieren von Staat und Gesellschaft ermöglichen, versteht sich von selbst. Vielmehr muß es um *Sinn-Elementares* gehen, das Gewissen, Verantwortung und Entscheidung begründet und maßstäblich sowie maßgeblich für Politik ist.“ (Kurt G. Fischer)

Diese Überzeugungen begründeten die sogenannte „didaktische Wende“ in der politischen Bildung. Sie geht vor allem auf das Buch von Kurt G. Fischer, Karl Herrmann und Hans Mahrenholz „Der politische Unterricht“ (1960) zurück. Das Ziel des politischen Unterrichts sollte demnach sein, „elementare politische Einsichten zu wecken und derart verständlich bewußt zu machen, daß sie als Maßstäbe zukünftiger politischer Meinungs- und Willensbildung und als Grundlage politisch-vernünftigen Handelns der Staatsbürger dienen können“. Schon Ende der fünfziger Jahre hatte Eduard Spranger darauf hingewiesen, daß die theoretische Didaktik in Deutschland sich viel zu wenig um „die psychologischen Vorbedingungen und Wege derjenigen Art von ‚Verstehen‘ gekümmert habe, die in allen Geisteswissenschaften erforderlich sei“<sup>7)</sup>. Um die Jugend für Dinge, die mit dem Staat zusammenhängen, zu interessieren, sei es notwendig, bei der Lebenswelt der Jugendlichen anzusetzen, Brücken zum Staatlichen hin zu schlagen und die „Fülle der Qualitäten auf Grunderfahrungen zurückzuführen, die immer wiederkehrenden ‚Urverhaltensweisen‘ oder ‚Sinnelemente‘ in Beziehung zu setzen zu den Sozialerfahrungen der Jugendlichen“.

Die Überlegungen Sprangers bereiteten den entscheidenden Impuls für die politische Bildung der sechziger Jahre mit vor, der dann von einer Gruppe hessischer Didaktiker ausging und in die „Hessische Konzeption“ politischer Bildung mündete<sup>8)</sup>.

Schon 1955 hat Hilligen darauf hingewiesen, daß in der Schule die „staatsbürgerliche Belehrung“ dominiere und politische Entscheidungsfragen vernach-

<sup>7)</sup> Eduard Spranger, Gedanken zur staatsbürgerlichen Erziehung, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1957.

<sup>8)</sup> Für die „Hessische Konzeption“ stehen vor allem die Namen Wolfgang Hilligen, Rudolf Engelhardt und Kurt Gerhard Fischer.

lässigt würden. Worauf es daher ankomme<sup>9)</sup>, schreibt er dann 1961, sei aber vor allem die Vermittlung von „grundlegenden Einsichten“: „Während sich so politische Bildung im gesamten Leben der Schule vollzieht, hat der Sozialkundeunterricht die Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln, die als Grundlage politischen Urteils und Voraussetzung verantwortungsvoller Mitwirkung am Leben von Gesellschaft und Staat notwendig sind.“ Hilligen unterscheidet zwischen „Erkenntnis“ und „Einsicht“. Erkenntnisse sind wertneutral und können rein verstandesmäßig gewonnen werden; Einsichten setzen eine wertende Entscheidung voraus und zwar die sittliche Entscheidung für Freiheit und Menschenwürde. Politischer Unterricht müsse beim Schüler letztlich zu einer dialektischen Haltung führen: „Gehorsam *und* Widerstand, Gleichheit *und* Auslese, Ausgleich *und* Kampf.“ Politischer Unterricht solle den Schüler nicht nur gegen extreme und einseitige Lösungen, die gegen die Menschenwürde verstoßen, immunisieren, sondern er solle Jugendliche auch sensibel machen für die Grenzen, „jenseits derer der einzelne oder das Ganze Schaden leiden“.

Ähnlich wie Hilligen definiert auch Rudolf Engelhardt Einsichten als Richtpunkte, an denen sich politisches Handeln orientiert im Sinne der jeweils getroffenen Grundentscheidung, die eben zugun-

sten der freiheitlichen oder zugunsten der totalitären Ordnungsvorstellung ausfallen könne.

Die Polarisierung von freiheitlicher und totalitärer Ordnungsvorstellung, die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur oder Demokratie und Totalitarismus im Zuge des Kalten Krieges beeinflussten auf der Ebene der politischen Bildung die Formulierung der Grundeinsichten: „Demokratie oder Diktatur“ – auf die klare Erkenntnis dieser Alternative komme es an. Denn nur über die grundsätzliche Entscheidung für Demokratie oder Diktatur hinweg sei es zu erreichen, daß realistisch über das Mehr oder Weniger an persönlichen und gesellschaftlichen Freiheiten verhandelt werden könne.

Die Konzeptionen der Theoretiker der „didaktischen Wende“ wurden in wichtigen bildungspolitischen Entscheidungen aufgegriffen und stellten einen erheblichen Fortschritt in der Diskussion über Aufgabe und Funktion politischer Bildung dar. Die Erschließung und Vermittlung politischer Grundeinsichten war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu dem im eigentlichen Sinne politischen Unterricht. Vor allem die Betonung des politischen Kampfes, der Kontroverse, der Notwendigkeit von Konflikten öffnete dem politischen Unterricht den Blick für die politische Realität.

#### IV. Der Konflikt als Grundbegriff politischer Bildung

Im Verlauf der sechziger Jahre gewann die Bildungspolitik im Wirtschaftssystem und in der technologischen Entwicklung der Gesellschaft ein neues zentrales Bezugssystem. Die bildungspolitische Diskussion gewann zunehmend an Dynamik<sup>10)</sup>. Vor allem die Veröffentlichungen von Friedrich Edding, Ralf Dahrendorf und Georg Picht sorgten für eine breite bildungspolitische Diskussion<sup>11)</sup>, die letztlich in den Formeln „Wachstum durch Bil-

dung“ und „Bildung ist Bürgerrecht“ kulminierte. Von der „Mobilisierung der Bildungsreserven“ und vom bildungspolitischen Aufbruch der sechziger Jahre konnte jedoch die politische Bildung wenig profitieren. Daß auch hier eine neue Phase der Entwicklung eingeleitet wurde, lag an anderen Ereignissen. Es war wohl vor allem eine Welle antisemitischer Hakenkreuzschmierereien und Friedhofschändungen Anfang der sechziger Jahre, die zu einer öffentlichen Diskussion über den Stand der politischen Bildung an den Schulen führte.

Die Notwendigkeit politischer Bildung war unumstritten, gleichzeitig aber wurde auf breiter Front Kritik geübt an der Art und Weise, wie die Schule politische Bildung als Unterrichtsgegenstand und als Unterrichtsprinzip zu verwirklichen suchte. Diese Kritik am Zustand der politischen Bildung in den Schulen wurde durch eine Reihe empirischer Untersuchungen<sup>12)</sup> zur Wirksamkeit politischer Bildung gestützt, die zu dem Ergebnis kamen, daß

<sup>9)</sup> „Worauf es ankommt“ ist für Hilligen eine „didaktische Hilfsfrage, die aufs Existentielle zielt. Antworten, die in der komplexen Vielfalt der sich ändernden Welt nicht mehr erfahren werden können, müssen durch *Auswahl* und deutende *Vereinfachung* greifbar gemacht werden.“

<sup>10)</sup> Die äußeren Faktoren, die den Zusammenhang von Bildung, Wirtschaft und technologischer Entwicklung deutlich werden ließen, waren u. a. der Sputnikschock von 1957, der scheinbar eine technologische Lücke zwischen der Sowjetunion und den westlichen Industriegesellschaften aufdeckte, der Mauerbau 1961 und die in seinem Gefolge auftretende Facharbeiterlücke.

<sup>11)</sup> Vgl. Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe*, Olten 1964; Friedrich Edding, *Ökonomie des Bildungswesens*, Freiburg 1963; Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht*, Hamburg 1965; vgl. Peter Massing, *Die Bildungspolitik*, in: Gerd-Joachim Glaessner u. a. (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984, S. 197–216.

<sup>12)</sup> Vgl. Manfred Teschner, *Politik und Gesellschaft im Unterricht*, Frankfurt 1968; Egon Becker/Sebastian Herkommer/Joachim Bergmann, *Erziehung zur Anpassung?*, Schwalbach 1967.

die Wirksamkeit des politischen Unterrichts – gemessen an den Intentionen der Bildungspläne – äußerst gering sei. Die Frage: „politisch bilden, aber wie?“ stellte sich so immer dringlicher.

Einen neuen Weg hatten schon die hessischen Didaktiker mit ihrer Wende vom Partnerschaftsdenken zum Konfliktdenken versucht. Jetzt galt es, dem neuen Konfliktansatz auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen. „Wir brauchen offenbar eine didaktische und methodische Konstruktion, die von der Analyse politischer Konflikte ausgeht“, schrieb Herrmann Giesecke 1965 in seiner „Didaktik der politischen Bildung“ und markierte damit endgültig den Beginn der Phase der politischen Bildung, in der die Erziehung zum Konflikt und zum Konfliktverhalten im Mittelpunkt der Diskussion stand.

Seit der didaktischen Wende war es vorrangiges Ziel des politischen Unterrichts, den jugendlichen Grundeinsichten in die politische Realität und in die Grundordnung der Demokratie zu vermitteln. Giesecke versuchte, die Frage zu beantworten, wie dies denn im Unterricht vermittelt werden könnte. Politischer Unterricht müsse sich dazu vor allem auf die Analyse aktueller politischer Konflikte konzentrieren. Der Gegenstand des politischen Unterrichts sei immer die Politik. Politik aber definiere sich als „das noch nicht Entschiedene“, das sich am sichtbarsten in der „kontroversen Aktualität“ zeige. Beim Prozeß der politischen Bildung selbst unterscheidet Giesecke vier Ebenen, auf denen politische Beteiligung gelernt werden müsse: die Ebene des Bildungswissens, des Orientierungswissens, der politischen Verhaltensweisen und des Aktionswissens.

Unter Bildungswissen versteht er das „Reservoir der Normen für das politische Bewußtsein“. Das Orientierungswissen bezeichnet die Fülle von Lerninhalten, die die gegenwärtige politische Welt als Ganzes in ihren Funktionszusammenhängen erfaßt: ein System der Produktion und des Marktes, ein System der Verwaltung, ein System der politischen Herrschaft und ein System der internationalen Politik. Die Ebene der politischen Verhaltensweisen stellt die subjektive Seite des objektiven politischen Orientierungswissens dar. Dabei lassen sich entsprechend dem jeweiligen sozialen Bezugssystem die Ebenen des personalen Umgangs, des gesellschaftlichen Umgangs und des politischen Umgangs unterscheiden. Die vierte Ebene, auf der politische Beteiligung gelernt werden soll, ist die Ebene des „Aktionswissens“. Diese Ebene enthält „von sich aus keine Inhalte, die nicht schon auf den anderen Ebenen vorhanden wären, sondern es aktualisiert sie auf einen politischen Konflikt hin“. Aktionswissen, auf diese Weise gewonnen, gerinnt in der Folge

zu Orientierungswissen, das sich dadurch in seinem Bestand vermehrt.

Der eigentliche Prozeß des politischen Lernens wird durch elf Kategorien vermittelt. Sie schließen einen politischen Gegenstand auf und stellen ein Frageraster dar. Mit dessen Hilfe kann ein Gegenstand als politisch identifiziert und können wichtige von unwichtigen Konflikten unterschieden werden. Die elf Kategorien: Konflikt, Konkretetheit, Macht, Recht, Funktionszusammenhang, Interesse, Mitbestimmung, Solidarität, Ideologie, Geschichtlichkeit, Menschenwürde bilden „kein systematisches, sondern ein operatives Denkmodell“.

Sie müssen drei Voraussetzungen erfüllen, um für den politischen Unterricht brauchbar zu sein: Sie müssen „alle in jedem politischen Konflikt enthalten sein“; die in den Kategorien immanenten Wertvorstellungen müssen „als solche eines Konsens der ganzen Gesellschaft angesehen werden können“, und schließlich müssen sie sich „angesichts des konkreten Unterrichtsgegenstandes in sinnvolle Leitfragen umwandeln lassen“.

Kaum eine theoretische Konzeption politischer Bildung hat so viel Aufmerksamkeit hervorgerufen und war so wirkungsvoll wie die „Didaktik der politischen Bildung“ von Herrmann Giesecke. Entsprechend vehement war auch die Kritik an dieser Konzeption, die aus sehr unterschiedlichen politischen Richtungen kam<sup>13)</sup>. Der Beitrag Gieseckes zur Entwicklung der politischen Bildung liegt vor allem darin, daß er als erster eine systematische und relativ geschlossene Didaktik des politischen Unterrichts vorgelegt hat, die gegenüber allen Versuchen vor 1965 einen erheblichen Fortschritt darstellte und die die Diskussion um politische Bildung in Deutschland lange prägte.

<sup>13)</sup> Konservative bzw. liberal-konservative Autoren warnten vor einer Verabsolutierung der Konfliktstrategie und davor, Ziele wie Integration, Konsens, Kompromiß und Toleranz zu vernachlässigen. Linke Kritiker warfen der Konfliktpädagogik dagegen vor, dazu beizutragen, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Giesecke selbst hat seine Didaktik 1972 völlig überarbeitet und modifiziert. Sowohl die gesamtgesellschaftliche Entwicklung jener Zeit als auch der Eindruck der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule führten zu diesem Versuch. „Aus dem erkenntnisleitenden Interesse an zunehmender Emanzipation und Demokratisierung“ rückt Giesecke ab von der liberalen Konflikttheorie. Keine politische Didaktik könne hinter die Positionen der Kritischen Theorie mehr zurückgehen, nur die Kritische Theorie sei in der Lage, „Rolle und Aufgabe der politischen Bildung in einem inhaltlich verstandenen Demokratisierungsprozeß näher zu bestimmen“. Der neue Zielbegriff heißt jetzt „Mitbestimmung“, verbunden mit der Forderung nach „Parteilichkeit“. Politische Bildung könne nicht neutral sein, sondern müsse „Partei ergreifen für die Interessen des jeweils Schwächeren, Ärmeren, Unterprivilegierten“.

## V. Emanzipation oder politische Rationalität: Bildungsziele im Widerstreit

Mit Beginn der sozial-liberalen Koalition von 1969 waren innen- und außenpolitische Kursänderungen verbunden. Innenpolitisch zielte das Programm der SPD/FDP-Koalition auf eine Politik der inneren Reformen („Wir wollen mehr Demokratie wagen“ – so Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969). Angestrebt wurde eine humanere Gesellschaft mit gleichen Lebenschancen, größerer sozialer Gerechtigkeit, mehr Freiheit und Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen bei größerer Sicherheit im Innen- und Außenverhältnis. An der Spitze der Reformen – quasi als Motor – sollte dabei die Bildungsreform stehen, und die Bildungspolitik erlebte zu dieser Zeit eine Phase der „Hochkonjunktur“.

Zugleich ist der Beginn der sozial-liberalen Koalition gekennzeichnet durch eine zunehmende Reideologisierung und eine immer stärker werdende bildungspolitische Polarisierung. Vor allem die zunehmende bildungspolitische Polarisierung führte zum einen dazu, daß im Zentrum der Diskussion um die politische Bildung vor allem Zielkonzeptionen standen, in denen sich der aufbrechende Gegensatz zwischen „konservativ“ und „progressiv“, zwischen „links“ und „rechts“, zwischen „A-Ländern“ und „B-Ländern“ widerspiegelte. In dieser „politischen Geographie“ (B. Sutor) bildeten „Emanzipation“ und „Rationalität“ die beiden zentralen Pole der Diskussion.

Exemplarisch können diese gesellschaftspolitischen bzw. parteipolitischen Kontroversen an der Auseinandersetzung um die „Richtlinien für den politischen Unterricht“ in Nordrhein-Westfalen (1. Auflage 1973) aufgezeigt werden. Unter „politischem Lernen“ wird in diesen Richtlinien der Erwerb und die Veränderung von Bewußtseinsinhalten, Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die Gesellschaften zur Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen vorschreiben oder ermöglichen. Es geht vor allem um eine Erweiterung der Demokratisierungschancen, der Partizipationsmöglichkeiten und um eine Ausweitung der politischen Handlungsspielräume. Sowohl der konsensfähige, vor allem aber der konfliktfähige Staatsbürger ist das Ziel des politischen Unterrichts. Im Unterricht sollen Verfahren der Ideologie- und Herrschaftskritik als Voraussetzung eines selbstbestimmten politischen Denkens eingeübt werden.

Konzeptionell und programmatisch wird die eher konservative Position in der Zielbestimmung „Rationalität“ erfaßt. Nach Sutor ist allgemeines Ziel der politischen Bildung, „den Menschen zur Rationalität des Urteilens über soziale und politische

Sachverhalte zu befähigen“. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Rationalität und politischem Handeln, wobei die didaktische Differenz zwischen Handeln und Reflexion, die notwendige Distanz zur politischen Handlung als Grundbedingung von Bildungsprozessen betont wird: „Bildung setzt Distanz zur Lebenspraxis voraus.“ Der Stellenwert der Rationalität wird dahingehend bestimmt, daß diese Zielformulierung auf einer Option für die plurale, repräsentative, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie basiert. Zugleich wendet sich Sutor gegen Parteilichkeit von Erziehung, gegen die Politisierung des politischen Unterrichts, die durch eine Identifizierung von Bildung und Aktion hervorgerufen wird.

Bernhard Sutor entwickelt den Zusammenhang von Rationalität und politischer Bildung vor allem auf der Basis des Grundgesetzes, das er zur Legitimation und als Konsensbasis politischer Bildung heranzieht. Er interpretiert aus dem Grundgesetz das zugrundeliegende Menschenbild und das Politikverständnis und versucht so, einen sowohl formalen als auch inhaltlichen Rahmen für politische Bildung zu bestimmen. Dieser Versuch, das Grundgesetz weder „konservativ“ noch „progressiv“ zu interpretieren und als Konsensbasis politischer Bildung zu definieren, wird allerdings von anderen Autoren grundsätzlich in Frage gestellt.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Demokratisierung unterscheidet Sutor zwischen einem weiteren und einem engeren Politikbegriff. Zwar könne man den weiteren Politikbegriff auch auf soziale Zweckgebilde (z. B. Schule, Betrieb) beziehen, diese besäßen die politische Dimension aber nur sekundär, da sie auf einen Sachzweck hin organisiert seien. Alles Politische sei zwar prinzipiell demokratisierbar, aber eine Demokratisierung sozialer Zweckgebilde dürfe nicht auf Kosten ihrer eigentlichen Zwecke gehen. Im Zentrum seiner Konzeption steht daher auch politisches Handeln im engeren Sinne, das sich allein auf die politische Ordnung der Gesamtgesellschaft bezieht. Sutor betont die Notwendigkeit einer normativ-institutionellen Ordnung, die jedoch in Stichworten wie Herrschaftsabbau und Emanzipation vergessen würden. Totale Emanzipation von politischer Ordnung durch Politik sei ein Widerspruch in sich, da Gesellschaft in ihrer Geschichtlichkeit nie zur Vollendung kommen könne. Menschenbild und Politikverständnis des Grundgesetzes müssen sich vielmehr in einer unaufhebbaren Dialektik von Prinzipien bewegen, deren sich die politische Bildung vergewissern müsse. Diese Prinzipien geben gleichzei-

tig „Reizworte“ der didaktischen Diskussion der damaligen Zeit wieder:

Freiheit – Ordnung; Freiheit – Gleichheit  
Kommunikation – Normen/Institutionen  
Pluralität – Integration  
partikulare Interessen – Allgemeininteresse  
(Gemeinwohl)  
Konflikt – Konsens  
Partizipation – Repräsentation  
Moralität – Erfolg (Gesinnungs- und Verantwortungsethik)  
Utopie – Realität.

Auf der Basis seines Menschenbildes und seiner Verfassungsinterpretation beschreibt Sutor auch das oberste Ziel politischer Bildung: „Ziel politischer Bildung ist die Vermittlung von Fähigkeit und Bereitschaft zu politischer Beteiligung durch möglichst unvoreingenommene Information, gewissenhafte Urteilsbildung und verantwortliche Entscheidung nach Maßgabe der Grundnormen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung.“ (Berhard Su-

tor, Grundgesetz und politische Bildung, in: H.-W. Kuhn/P. Massing [Anm 1], S. 285). Damit stellt die „gewissenhafte Urteilsbildung“, auf eine Kurzformel gebracht: „politische Rationalität“, die zentrale Zielsetzung der politischen Bildung dar.

Im Widerstreit zwischen „Emanzipation“ und „Rationalität“ konnte sich keine Position „durchsetzen“. Charakteristisch für diese Phase der Grundsatzdiskussion um Zielkonzeptionen ist die Tatsache, daß die politische Bildung selber zum „Politikum“ wurde: als Wahlkampfthema, als parteipolitische Polarisierung und als politisches „Glaubensbekenntnis“ mit dogmatischem Anspruch, in dem die jeweils andere Position ausgegrenzt wurde. Auf der Ebene der Zielkonzeptionen konnte keine Einigung in der föderativ geprägten Bildungspolitik erzielt werden; notwendigerweise mußte sich die politikdidaktische Diskussion ab Mitte der siebziger Jahre anderen Problemfeldern und begrenzteren Zielfragen zuwenden.

## VI. Zwischen „pragmatischer Wende“, „Zukunfts-“ oder „Risikodidaktik“

Je näher die Analyse der Konzeptionen politischer Bildung an die Gegenwart reicht, desto schwieriger ist eine eindeutige Kennzeichnung und Charakterisierung. Daher kann hier nur der Versuch unternommen werden, politikdidaktische Trends der achtziger Jahre thesenartig zu skizzieren. Die Positionen in der Diskussion reichen von einer „pragmatischen Wende“ bis hin zu umfassenden Entwürfen einer „Zukunfts“- bzw. „Risikodidaktik“.

Die Phase der „pragmatischen Wende“ in der Fachdidaktik schlägt sich nieder im Versuch, einen Minimalkonsens zu formulieren. Politisch-ideologische Kontroversen und der Streit um Ziele der politischen Bildung sind in den Hintergrund getreten. Namhafte Fachdidaktiker trafen sich, um einen Konsens für ihre Disziplin und ihr Selbstverständnis zu formulieren. Das Ergebnis, der sogenannte „Beutelsbacher Konsens“ (benannt nach dem Tagungsort) von 1977, enthält drei grundlegende Postulate<sup>14)</sup>:

„1. *Überwältigungsverbot*. Es ist nicht erlaubt, den Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier genau verläuft

<sup>14)</sup> Die Postulate sind als Ergebnisprotokoll der Tagung, also im Nachhinein formuliert worden; es gab keine formelle Abstimmung darüber. Dennoch gelten sie als „essentials“ politischer Bildung, denen bislang kein Fachdidaktiker ernsthaft widersprochen hat.

nämlich die Grenze zwischen politischer Bildung und *Indoktrination*. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik *kontrovers* ist, muß auch im Unterricht *kontrovers* erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, dann ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine *Korrekturfunktion* haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muß, die den Schülern . . . von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft fremd sind. (Zumutungsgebot – B. Claußen)

3. Der Schüler muß in die Lage versetzt werden, eine *politische Situation* und seine *eigene Interessenlage* zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu *beeinflussen*. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was aber eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist . . .

In methodischer Hinsicht folgt daraus, daß Selbstständigkeit und Eigenarbeit des Schülers Vorrang haben müssen vor Formen des Belehrens.<sup>15)</sup>

Ergänzt wird dieser Konsens in den achtziger Jahren um das sogenannte „Zumutungsgebot“, das neben der individuellen Perspektive wieder mehr die Kategorie des Gemeinwohls ins Spiel bringt.

Ein weiteres Kennzeichen der fachdidaktischen Diskussion der achtziger Jahre läßt sich als „Pluralisierung“ der politischen Bildung beschreiben. Im Unterschied zu den bislang untersuchten Phasen, in denen entweder ein bestimmtes Konzept dominierte oder eine Polarität deutlich wurde, fehlen Mitte der achtziger Jahre neue Gesamtentwürfe. Pluralisierung meint zum einen, daß unterschiedliche Lösungen je nach Parlamentsmehrheit für die Richtlinien der Bundesländer formuliert werden (Hilligen), zum anderen meint „Pluralisierung“ aber auch noch etwas anderes Grundsätzlicheres: Nachdem in den siebziger Jahren die Produktion von Didaktiken als Ganzdarstellungen vorherrschte, kommt es in den achtziger Jahren zu einer „Aufsplitterung der Didaktik“ (Gagel). Damit ist nun nicht gemeint, daß es einen Pluralismus von didaktischen Konzeptionen gibt, sondern daß didaktische Entwürfe nur noch in einer partiellen Sicht von „Orientierungen“ entwickelt werden: Alltagsorientierung, Stadtteilorientierung, Bedürfnisorientierung, Erfahrungsorientierung, Handlungsorientierung usw. Walter Gagel spricht daher pointiert von einer „nachkonzeptionellen Phase“ der Fachdidaktik.

Hinzu kommt ein neuer Aspekt, der bisher kaum systematisch untersucht worden ist und der die Frage beinhaltet: Welche Impulse erhält die schulische politische Bildung von den „neuen sozialen Bewegungen“? Politisches Lernen in Institutionen (Schule, Universität, Volkshochschule, Parteien, Verbänden) und politisches Lernen in sozialen Bewegungen stehen in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis. Zukünftiges Ziel muß eine neue produktive Verbindung beider Felder sein. Die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren so grundlegend gewandelt, daß eine Weiterentwicklung der politischen Bildung durch immer wieder neue Methoden und Medien der Vermittlung allein nicht ausreicht, um deren Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Die Desintegration des Individuums und seiner Umwelt erschwert politisches Lernen. Theaterarbeit, Lern- und Kommunikationsspiele,

Werkstattberichte und Projektdarstellungen sind Schlaglichter neuer Formen politischer Bildung.

Wenn politische Bildungsarbeit zur Zeit in erheblichem Maße im Rahmen sozialer Bewegungen stattfindet<sup>16)</sup>, so stellt sich vor allem die Frage, inwieweit Formen der Institutionalisierung von Lernen möglich bleiben, wo ihre Grenzen und Defizite liegen. Hinzu kommt die Frage, was an Kompetenzen zum Überleben in der gegenwärtigen Krise (Stichwort: Industrielle Risikogesellschaft) notwendig erscheint. Die damit verbundene Verunsicherung der institutionalisierten politischen Bildung hat dazu geführt, daß man nach neuen Orientierungsmustern, vor allem aus den Erfahrungen der sozialen Bewegungen Ausschau hält (Bürgerinitiativbewegung, Anti-AKW- und Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Selbsthilfegruppen, Friedensbewegung).

In einer Bestandsaufnahme zur Situation der politischen Erwachsenenbildung wird die Ambivalenz des Politikverständnisses und der zentralen didaktischen Kategorien in folgende Frage gekleidet: „Wie ‚politisch‘ ist . . . eine politische Bildung, deren zentrale Kategorien nicht mehr Solidarität, Kritikfähigkeit, rationales Urteilsvermögen und Emanzipation, sondern Selbsterfahrung, Subjektivität, Gefühl, Ganzheitlichkeit oder Hinwendung zum Alltag heißen?“<sup>17)</sup>

In diesem Kontext deutet sich die Relevanz neuer Ansätze, neuer Inhalte und Konzepte an. Die Entgrenzung der Politik in der „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) macht eine neue Grundlagenreflexion notwendig. Einerseits ist eine grenzenlose Ausweitung des Politischen festzustellen („Das Private ist politisch“). Zugleich steht die offizielle Politik vor Glaubwürdigkeitsproblemen, besonders bei Jugendlichen. In neueren Ansätzen der politischen Bildung spielt das Subjekt eine zentrale Rolle. Erfahrungsorientierung und Betroffenheit sind hier die Stichworte. Einer dieser Ansätze, der politische Bewußtseinsstrukturen von Jugendlichen analysiert, thematisiert psychologische Theorien der Moralentwicklung (Piaget, Kohlberg)<sup>18)</sup>. Wir möchten uns hier auf den Hinweis beschränken, daß der Zusammenhang von politischem Lernen, morali-

<sup>16)</sup> Zugleich stellt sich die Notwendigkeit, die Strukturen und Bedingungen der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR unter dieser Ambivalenz aufzuarbeiten: Was waren die spezifischen Erfolgsbedingungen, welche spezifischen Defizite können über schulische politische Bildung ausgeglichen werden, welche Anregungen und Dialogmöglichkeiten ergeben sich wechselseitig?

<sup>17)</sup> Klaus-Peter Hufer, Vom Subjekt zur Subjektivität. Zur Situation der politischen Erwachsenenbildung, in: Gegenwartskunde, (1989) 2, S. 219–226.

<sup>18)</sup> Vgl. u. a. Georg Lind/Jürgen Raschert, Moralische Urteilskompetenz. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg, Weinheim 1987.

<sup>15)</sup> Hans-Georg Wehling, Konsens à la Beutelsbach?, in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 173–184.

scher Urteilskompetenz und demokratischer Schulkultur gegenwärtig in einem Schulversuch in Nordrhein-Westfalen „praktisch“ untersucht wird.

Ein weiterer Problemstrang fragt nach neuen Inhalten der politischen Bildung. Die Forderung nach „permanenter Revision“ der Richtlinien und Curricula läßt sich an den Politikrichtlinien aus Nordrhein-Westfalen exemplarisch darstellen. Nachdem die „Schörken-Kommission“ zunächst zehn grundlegende Qualifikationen formuliert hatte (1. Auflage 1973), wurden in der 3. Auflage 1987 zwei weitere Qualifikationen aufgenommen, die zentrale innenpolitische Zukunftsaufgaben der Politik aufgreifen: „Umwelt“ und „Arbeit“. Die beiden Qualifikationen in den „Richtlinien“ lauten:

„*Qualifikation 11:* Fähigkeit und Bereitschaft, sowohl durch das eigene Verhalten als auch durch Beteiligung an gesellschaftlichen Initiativen Verantwortung für die Sicherung der Lebensbedingungen in der Zukunft mitzübernehmen.

„*Qualifikation 12:* Fähigkeit zu erkennen, inwieweit Arbeit zur Existenzsicherung von Individuum und Gesellschaft notwendig ist und Grundlage für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung sein kann, sowie Bereitschaft, sich für die Gestaltung menschenwürdiger Bedingungen von Arbeit einzusetzen.“

Gleichzeitig wird in diesen Richtlinien eine fachwissenschaftliche und -didaktische Differenzierung des Politikbegriffs aufgenommen, die es ermöglicht, den Unterricht unter spezifisch politologischen Fragestellungen, Theoremen und Erkenntnissen zu akzentuieren. Bei der didaktischen Aufarbeitung neuer Inhalte – wie Moralentwicklung, Arbeit, Institutionen, Zukunft – kann der entfaltete Politikbegriff als heuristisches Instrument dienen.

Die Komplexität von Politik wird nur bewahrt, wenn politische Themen unter Berücksichtigung formaler, prozessualer und inhaltlicher Momente analysiert und vermittelt werden. Gagel bezeichnet die Berücksichtigung dieser drei Dimensionen des Politischen als „Mindestanforderung an den politischen Unterricht“.

Zu den neueren Ansätzen möchten wir abschließend zwei Versuche zählen, die auf unterschiedliche Art die fachdidaktische Diskussion weiterentwickeln können. Der eine Diskussionsstrang scheint nach „rückwärts“ zu verweisen, indem er eine „Renaissance der Institutionenkunde“ thematisiert; der andere geht quasi nach „vorne“, in Richtung „Zukunft“, um einen Paradigmenwechsel zu fordern.

Der erste Diskussionsstrang fragt danach, ob und wie Institutionenkundliches in den politischen Unterricht integriert werden kann. Zur Beurteilung vorliegender Ansätze und Konzepte wird dabei der

entfaltete Politikbegriff herangezogen. Darüber hinaus stellt er die Frage, wie eine „Brücke“ zwischen der Alltagswelt von Jugendlichen und der Politik geschlagen werden kann, ohne daß auf ein komplexes Institutionenverständnis verzichtet wird. Gefordert wird die Behandlung von Institutionen und politischen Prozessen (Konflikten, Problemen, Entscheidungen, Verfahrensregeln usw.) im politischen Unterricht sowohl aus der „Betroffenen“- als auch aus der „Akteur“-Perspektive. Institutionenkunde im herkömmlichen Sinne beschränkte sich auf die „Täter“-Perspektive. Der Begriff des „Interesses“ scheint didaktisch geeignet, das organisierende Prinzip von Mikro- und Makrobereich bilden zu können, wobei „Interesse“ verstanden wird als Mitte zwischen Erfahrung und systematischem Wissen, als Kategorie, die über bewußt gewordene Bedürfnisse einen Zugang zu „Gesellschaft“ als Ganzem ermöglicht<sup>19)</sup>.

Der zweite Diskussionsstrang macht sich den Gegenstand „Zukunft der Industrie- bzw. Risikogesellschaft“<sup>20)</sup> zum Thema. Peter Weinbrenner vertritt die These: Die mit dem Thema „Zukunft“ gegebenen politischen und pädagogisch-didaktischen Herausforderungen machen eine prinzipielle Umorientierung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachdidaktiken und damit auch der politischen Didaktik notwendig. Denn: „Weder der Staat als politische Steuerungsinstanz noch die Selbstregulierungskräfte des Marktes, sondern allein der vielfältige, offene und aufgeklärte Diskurs aller mündigen Bürger einer demokratischen Gesellschaft verspricht die Chance, unter den vielfältigen Wegen in die Zukunft . . . denjenigen herauszufinden, der das Überleben der Gattung Mensch und des Planeten Erde sichert.“

Der Zukunftsbegriff fungiert als didaktische Integrationsformel, als neues Integrationsprinzip der Sozialwissenschaften. Leitmotivisch soll die Zukunftsangst, die in Jugendstudien vielfach nachgewiesen wurde, überwunden und Risikobewußtsein aufgebaut werden. Methodisch orientiert sich dieses Konzept am Modell der Zukunftswerkstätten, dem Versuch, ökonomisches, ökologisches und politisches Lernen zu verknüpfen. Die genannte 11. Qualifikation der NRW-Richtlinien ist bereits Niederschlag dieser Diskussion.

<sup>19)</sup> Vgl. Walter Gagel, Renaissance der Institutionenkunde? Didaktische Ansätze zur Integration von Institutionenkundlichem in den politischen Unterricht, in: Gegenwartskunde, (1989) 3, S. 387–418.

<sup>20)</sup> Vgl. u. a. Peter Weinbrenner, Die Zukunft der Industriegesellschaft im Spannungsfeld von Fortschritt und Technik, in: Grundfragen der Ökonomie (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 277), Bonn 1989, S. 29–50; Bernhard Claußen, Politische Bildung in der Risikogesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/89, S. 43–54.

## VII. Zwischen Staatsbürgerkunde und Gesellschaftskunde. Die Diskussion um die politische Bildung in der ehemaligen DDR

Die aktuelle Diskussion um die politische Bildung in der bisherigen Bundesrepublik wird überlagert und neu herausgefordert durch die politische Entwicklung nach dem 9. November 1989, durch die Diskussion um Aufgabe und Bedeutung der politischen Bildung, die während des Prozesses der Vereinigung in der ehemaligen DDR geführt wurde, sowie durch die Vereinigung Deutschlands und die jetzt anstehende Einführung von Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht in den neuen Bundesländern.

Auf der größten Protestdemonstration am 4. November 1989 in Berlin, fünf Tage vor Öffnung der Mauer, hatte die Volksschauspielerin Steffi Spiraruschin unter großem Beifall die Forderung formuliert: „Meine Urenkel mögen aufwachsen mit einem schulfreien Samstag, ohne Fahnenappelle, ohne Fackelzüge und ohne Staatsbürgerkunde.“<sup>21)</sup> Vor allem die letzte Forderung markiert den Beginn einer Diskussion, die sich zum einen kritisch mit der bisherigen Staatsbürgerkunde in der DDR auseinandersetzt und zum anderen die Frage stellt, welche Bedeutung der politischen Bildung beim Aufbau einer demokratischen Struktur zukommt.

Dabei spielte nur ganz am Anfang der Versuch eine Rolle, sich mit den Ursachen des Scheiterns der alten Staatsbürgerkunde auseinanderzusetzen, stalinistische Züge und Deformationen im Bereich der Staatsbürgerkunde anzusprechen und aufzudecken, um von daher eine Neuorientierung für die politische Bildung zu gewinnen. Allzu deutlich war, daß dieses Fach in seinen Funktionen, Zielen und Gegenstandsbestimmungen lediglich in dem Sinne profiliert war, daß Politik und Programm der SED das alleinige Inhaltskonzept bildeten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer arbeiteten, produzierten permanent Angepaßtheit, Untertanengeist und absoluten Konformismus mit fremdgesetzten Normen.

Die politische Entwicklung hat dazu geführt, daß viele Lehrerinnen und Lehrer im Fach Staatsbürgerkunde das Gefühl haben, jetzt vor den Trümmern ihrer politischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit zu stehen. Ihre Verunsicherung erscheint grenzenlos, und die öffentliche Kritik am Staatsbürgerkundeunterricht nahm täglich zu. Dies führte zunächst dazu, daß man Staatsbürgerkunde

in den Schulen aussetzte und einen Neuanfang mit dem Fach Gesellschaftskunde versuchte. So kam es, daß Mitte Dezember 1989 beim Ministerium für Bildung eine Arbeitsgruppe „Staatsbürgerkunde“ gebildet wurde, die sich aus Staatsbürgerkundelehrern, Methodikern, Mitgliedern der Akademie der pädagogischen Wissenschaften und Mitarbeitern des Ministeriums für Bildung zusammensetzte. Im Januar 1990 lag eine „Übergangskonzeption zur Weiterführung des Unterrichts im bisherigen Fach Staatsbürgerkunde im 2. Halbjahr des Schuljahres 1989/90“ vor.

Zu diesem Zeitpunkt ging man zunächst noch davon aus, daß ein breiter gesellschaftlicher Konsens bestehe hinsichtlich der Notwendigkeit politischer Bildung und Erziehung in einem eigenen Unterrichtsfach. Gleichwohl war man sich darüber im klaren, daß es dabei nicht um eine Umgestaltung des bisherigen Faches Staatsbürgerkunde gehen könne, sondern daß eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung in einem neuen Unterrichtsfach notwendig sei, das sich in der Zielsetzung, seinem Inhalts- und Methodenkonzept prinzipiell vom bisherigen Staatsbürgerkundeunterricht unterscheiden müsse.

Schon in dieser Übergangskonzeption wurde ein Problem deutlich, daß die Diskussion um das neue Fach Gesellschaftskunde in der Folgezeit noch begleiten wird: Die totale Indienststellung des alten Staatsbürgerkundeunterrichts in die Politik der Partei sowie die verbreitete Vorstellung einer geistig-moralischen Krise insbesondere bei den Jugendlichen führt zu einer starken Betonung lebenskundlicher und ethischer Elemente. Die auf die Veröffentlichung dieser Übergangskonzeption folgende Diskussion – vor allem Forderungen, das Fach Gesellschaftskunde gänzlich durch Fächer wie Lebenskunde, Ethik und Religion zu ersetzen –, aber auch die zunehmende Distanz von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Schülerinnen und Schülern zur Politik hatte zur Folge, daß bei der Weiterentwicklung dieser Übergangskonzepte in den „Standpunkten und Vorschlägen zum Gesellschaftskundeunterricht“ sowie in den Rahmenplänen für den Gesellschaftskundeunterricht vom März 1990 lebenskundliche und ethische Fragen einen großen Stellenwert erhielten. Deutlich wird dies in der starken Betonung von Themenfeldern wie: „Die Gesellschaft und ich“, „Gesund leben – aber wie?“, „Äußeres und Charakter“, „Freundschaft, Liebe und Sexualität im Leben junger Menschen“ usw. Diese

<sup>21)</sup> Vgl. hierzu ihr Interview in: Geschichte und Gesellschaftskunde, 32 (1990) 2–3, S. 129–132.

sozialkundliche und lebenskundliche Ausrichtung des Faches Gesellschaftskunde stand denn auch im Mittelpunkt der Kritik von Fachwissenschaftlern und Fachdidaktikern aus der Bundesrepublik<sup>22)</sup>.

Auch die sich bildenden gemeinsamen Kommissionen zu Fragen der politischen Bildung gingen in erster Linie auf dieses Problem ein. Sowohl der gemeinsame „Berliner Arbeitskreis Politische Bildung“ als auch die gemeinsame Projektgruppe „Politische Bildung“ des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der ehemaligen DDR wiesen ausdrücklich darauf hin, daß die Rahmenpläne für Gesellschaftskunde den Erfordernissen eines demokratischen politischen Unterrichts nicht gerecht werden. Es fehle die eindeutige Ausrichtung auf politische Inhalte und die Hinführung auf das Verständnis des Politischen.

Als Folge der Konstituierung der neuen Bundesländer scheint die Diskussion um die politische Bildung zunächst abgebrochen. Zwar sind in fast allen neuen Bundesländern Landesverbände der Deutschen Vereinigung für politische Bildung gegründet worden, auch Lehrplankommissionen haben z. T. schon mit ihrer Arbeit begonnen; dies konnte aber bisher noch nicht zu einer breiten öffentlichen Diskussion um die politische Bildung führen. Es schei-

---

22) Vgl. zur Diskussion die Beiträge aus dem Jahre 1990 in: *Geschichtsunterricht und Gesellschaftskunde* bzw. (ab August): *Geschichte — Erziehung — Politik*; vgl. zur Kritik Wolfgang Mickel, *Kritische Anmerkungen zu den Rahmenplänen für Gesellschaftskunde aus bundesdeutscher Sicht*, in: *Geschichte — Erziehung — Politik*, 1 (1990) 2, S. 107–113.

nen sich eher Tendenzen der geräuschlosen Übernahme von Lehrplänen aus den alten Bundesländern abzuzeichnen.

Im Vordergrund stehen zur Zeit eher Probleme der Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Fach Gesellschaftskunde. Inhalte und Zielsetzungen einer politischen Bildung, die den Erfordernissen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft entsprechen, treffen noch auf eine Lehrerschaft, die für die kompetente fachliche und didaktische Vermittlung einer solchen politischen Bildung nur ungenügend ausgebildet und vorbereitet und sich dessen auch bewußt ist. Erfahrungen und Gespräche mit zahlreichen Lehrerinnen und Lehrern sowie mit Lehrerausbildern aus der ehemaligen DDR, die alle ein hohes Weiter- und Fortbildungsinteresse äußern, zeigen, daß sowohl im fachwissenschaftlichen wie im fachdidaktischen und methodisch-unterrichtspraktischen Bereich große Defizite gesehen werden. Hinzu kommt, daß Schülerinnen und Schüler auf Politikunterricht in jüngster Zeit mit vermehrter Ablehnung reagieren. In dieser Situation wird verständlich, daß Lehrerinnen und Lehrer diesen Problemen zunehmend durch das Ausweichen auf lebenskundliche und abstrakt philosophisch-ethische Fragen begegnen.

Eine konzeptionelle Weiterentwicklung der politischen Bildung aus der ehemaligen DDR heraus ist angesichts der aktuellen schwierigen Situation in den nächsten Jahren wohl kaum zu erwarten; ein Impuls für eine neue konzeptionelle Diskussion politischer Bildung in der ehemaligen Bundesrepublik ist zur Zeit nicht festzustellen.

# Europäische Perspektiven nach der deutschen Einigung

## I. Der Zerfall des Kommunismus

Der katastrophale Kollaps des Kommunismus im revolutionären Wendjahr 1989/90 hat endgültig den Ost-West-Konflikt beendet, weil es keinen kommunistischen „Osten“ mehr gibt, der sich noch länger mit dem „Westen“ messen möchte oder könnte. Der ideologische „Wettkampf der Systeme“ zwischen West und Ost ist vorbei, da der ehemals kommunistische „Osten“ selbst „Westen“ werden möchte. Die Selbstdemontage des Kommunismus macht auch vor der UdSSR nicht mehr halt — von den Rändern (den baltischen, kaukasischen und zentralasiatischen Republiken) bis zur Zentrale Moskau selbst. Nach allen historischen Erfahrungen ist die Auflösung des fast perfekten Zwangsstaates eine der großen Veränderungen, die bisher nie ohne entsprechende Gewaltanwendung ablief<sup>1)</sup>.

Schadenfreude oder ideologische Häme wären ein schlechter Ratgeber, denn die Konsequenzen gewaltiger Konvulsionen, wie sie sich schon im Süden der UdSSR ankündigten, bedeuteten eine Katastrophe für die gesamte Menschheit, in den Dimensionen vergleichbar mit einem Dritten Weltkrieg: Hungerkatastrophen, Flüchtlingsströme, Zerstörung, Verwahrlosung oder Sabotierung hochempfindlicher Industrieanlagen in Bürgerkriegen könnten nicht nur menschliche, sondern auch ökologische Katastrophen auslösen, die vor keiner Staats- oder Systemgrenze halt machen würden. Vielmehr ist jetzt rasche und effektive Hilfe für den „Kranken Mann an der Moskwa“ eine globale Notwendigkeit, um buchstäblich Not zu wenden, auch im wohlverstandenen Selbstinteresse aller nichtkommunistischen Länder. Wir können uns keine selbstzerstörerische Null-Summen-Mentalität mehr leisten: Ein Verlust beim ehemaligen Gegner im Ost-West-Konflikt ist auch unser aller Schaden.

---

*Dieser Essay beruht auf einem Arbeitspapier für das Internationale Experten-Kolloquium „Zivilisierung des Ost-West-Konflikts“ in der Evangelischen Akademie Loccum im Sommer 1990. Eine Dokumentation dieser Tagung wird vorbereitet.*

<sup>1)</sup> Vgl. Eberhard Beckherrn, *Pulverfaß Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen*, München 1990.

Überleben zu humanen Bedingungen erfordert jetzt eine umfassende internationale Hilfsaktion ohne Rücksicht auf Systemgrenzen und Ressentiments aus der Vergangenheit, um der drohenden Katastrophe in der UdSSR nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten. Das wäre keine edle Caritas, sondern aufgeklärtes Selbstinteresse. Denn anders als es Marx einst meinte, zeigt der einst „fortschrittliche“ exkommunistische Osten der industriellen Welt ihre Zukunft: Vielleicht nirgendwo sind die Umweltzerstörungen durch eine rabiate Industrialisierung so weit fortgeschritten wie im exkommunistischen Ostmitteleuropa, in der noch kommunistischen Sowjetunion und in der Volksrepublik China.

In Wirklichkeit hatte der kommunistische Osten schon längst die ökologische Souveränität verloren. Politisch, finanziell und technisch unfähig, auch nur ein lebensnotwendiges Minimum zum Schutz der Umwelt und damit der eigenen Bevölkerung aus eigener Kraft aufzubringen, ist er selbst zum Sicherheitsrisiko Nr. 1 der Menschheit aufgestiegen, wie schon Tschernobyl bewies. Anläufe zur Sanierung der Umwelt waren unter dem Regime des totalitären Kommunismus blockiert — schon durch das Verbot, Umweltzerstörungen im eigenen Land öffentlich zu machen: Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.

Der Verlust der ökologischen Souveränität zieht auch den Verlust der ökonomischen und finanziellen Souveränität nach sich, unvermeidlich und unerbittlich: Der ökonomische und finanzielle Bankrott des regierenden Kommunismus schreit geradezu nach einem allgemeinen Kassensturz. Er ist Voraussetzung zu tiefgreifenden Strukturreformen, ohne die jede noch so gutgemeinte Hilfe als Akt aufgeklärten Selbstinteresses versinken würde im Sumpf kommunistischer Mißwirtschaft. Anders wären globale Hilfsmaßnahmen, gleichsam ein globaler Super-Marshallplan, gar nicht denkbar. Kein Steuerzahler wäre bereit, sein gutes Geld in ein Faß ohne Boden zu werfen.

Dabei sind Hilfe und Veränderung dringend notwendig. Die katastrophale Überalterung und Verrottung umwelt- und gesundheitsgefährdender Industrieanlagen — in der DDR nach einem damals noch gültigen quasi-offiziellen Bericht der PDS an den Ostberliner Runden Tisch vom Februar 1990 37 Prozent aller Arbeitsplätze — läßt sich nicht anders als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Umwelt begreifen. Tschernobyl ist nur ein extremer Einzelfall. Die Vernichtung ganzer Landschaften durch Braunkohleabbau in der Tschechoslowakei und DDR als Resultat einer selbstmörderischen Autarkiepolitik und die Verpestung der Atmosphäre durch Verheizen minderwertiger Kohle mit verheerenden ökologischen Folgeschäden (Waldsterben) können die internationale Öffentlichkeit nicht gleichgültig lassen — eben wegen der Grenzenlosigkeit schwerer Umweltzerstörung und ihrer Nachwirkungen.

Im Kleinen exerziert derzeit Jugoslawien diese Problematik schon vor: im Konflikt zwischen dem westlich orientierten, am höchsten industrialisierten, effizientesten und wohlhabendsten Bundesstaat Slowenien und dem rückständigen, kommunistisch-orthodoxen Serbien<sup>2)</sup>. So wie im Kleinen die Spannung zwischen angestrebter (sozialistischer oder wie auch immer genannter) Marktwirtschaft und kommunistischer Kommandowirtschaft selbst die Föderation Jugoslawien zu zerreißen droht, so könnte eine ideologisch-strukturell bedingte Unreformierbarkeit im Großen ein internationales Hilfsprogramm für die Menschen und die Umwelt blockieren.

## II. Altlasten des Kalten Krieges und Zukunftserfordernisse

Im Versuch zur positiven Bewältigung des kommunistischen Alptraums gilt es, sich von zwei Extremen abzugrenzen, die sich im Westen zu Worte melden: von „rechts“ rachsüchtige Rechthaberei, die die vom Kommunismus Geschlagenen nachträglich noch einmal bestrafen würde, statt ihnen wirklich zu helfen; von „links“ dagegen entspricht solcher „rechten“ Reaktion ein sehr viel komplexeres Verhalten auf die demokratische Revolution des Jahres 1989. Der Teil der „Linken“, der sich seit Jahrzehnten mit „antifaschistischem“ Pathos in eine geradezu hysterische Denunziation demokratischer Kritik am und Distanzierung vom regierenden

Die konstruktive Verarbeitung des kommunistischen Debakels muß rasch erfolgen, ohne Rücksicht auf ideologische Vorbehalte oder Desillusionierungen. Die frühen Prognosen bürgerlicher Sozialismus-Kritiker in Deutschland schon vor rund einem Jahrhundert erweisen sich heute als deprimierend realistisch: Der Sozialismus kann nicht ökonomisch funktionieren, weil er das Eigeninteresse des Individuums eliminiert, eine überdimensionierte Bürokratie in einem Zwangsstaat entstehen läßt, sich nur mittels Gewalt durchsetzen und behaupten kann. Zuletzt wäre er nur im schrecklichsten Bürgerkrieg zu beseitigen, den die Weltgeschichte bisher kannte<sup>3)</sup>.

Für den fundamentalistischen Flügel des Sozialismus, der sich ab 1917/19 vom eher pragmatisch-reformerischen Teil der alten Sozialdemokratie trennte und sich als Kommunismus politisch selbständig machte, trifft die bittere Prognose buchstäblich zu. Sein selbstgewisser Anspruch, mit der proletarischen Weltrevolution dem bürgerlichen Kapitalismus das große Weltgericht auf Erden zu bereiten und ihn auf den vielzitierten „Müllhaufen der Geschichte“ zu werfen, kehrt sich nun dialektisch gegen ihn selbst, da der kommunistische Osten zur großen Müllkippe des prosperierenden Westens abgesunken ist, zum Armenhaus und Niedriglohnland Europas. Der welthistorische Kassensturz der Jahre 1989/90 offenbart, wie die Geschichte Zuspätkommende bestrafen kann, daß sie genauer sein kann als die preußische Oberrechnungskammer.

2) Vgl. Hans Peter Rullmann, Krisenherd Balkan — Jugoslawien zerbricht, Frankfurt 1989.

3) Vgl. Lucian Hölscher, Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 1988, S. 404—406.

4) Vgl. die unter dem Stichwort „Antikommunismus“ und Ablehnung der Totalitarismustheorie geführten Auseinandersetzungen, zuletzt im „Historikerstreit“ seit 1986; meine eigene Position dazu: Die Habermas-Kontroverse. Ein Deutscher Streit, Berlin 1988.

halten. Sonst gleitet jede kritisch wertende Konzentrierung auf einen der Totalitarismen — vielleicht ungewollt, aber logisch unvermeidlich — in die positiv aufwertende Bevorzugung des entgegengesetzten Totalitarismus ab. Das gilt nach beiden Seiten des traditionellen politischen Spektrums.

Auch die geflissentliche Bemühung um den einst regierenden Kommunismus, wie er sich im ambivalenten SPD-SED-Papier kurz vor dem Debakel niederschlug<sup>5)</sup>, weist für die jüngste Vergangenheit in dieselbe Richtung. Dem Kommunismus so pauschal nicht nur Friedensfähigkeit zu bescheinigen — was noch nicht einmal für das Außenverhältnis beim größten Wohlwollen angehen mochte (Afghanistan-Krieg, Äthiopien, Ungarn 1956 etc.) —, sondern auch Reformierbarkeit und historische Existenzberechtigung, kam einer indirekten Aufwertung des regierenden Kommunismus gleich, zumal in den damals noch kommunistisch beherrschten Ländern die SPD die jeweilige Opposition ignorierte (ČSSR, DDR) oder schnitt (Polen) und im eigenen Bereich Kritik am Kommunismus als „antikommunistisch“ verketzerte. Am Kern der Sache vorbei gehen Äußerungen, der Westen habe zumindest teilweise den Sturz des Kommunismus in Osteuropa herbeigeführt. Daraus spricht eine Verkennerung oder aber Verdrehung der historischen Realitäten: Das fast perfekte Zwangsstaatssystem der Nachkriegszeit brach an seinen eigenen Strukturdefiziten zusammen, u. a. am Fehlen von Freiheit und Menschenrechten. Solche „linke“ Rechthaberei blockiert nur die — wenn sie überhaupt noch ernst genommen werden wollen — längst überfällige Selbstkritik der „Linken“ im Westen, und lenkt von der pragmatischen Schadensbegrenzung ab, die nun auf der Tagesordnung steht<sup>6)</sup>.

Unvermeidlich tut sich ein Dilemma auf: Einerseits ist Sanierung und Wiederaufbau nach marktwirtschaftlichen Prinzipien, die sich eben doch als überlegen erwiesen haben, nicht anders denkbar als durch politische Selbstaufgabe dort, wo Kommunismus noch besteht. Jedenfalls in Europa ist der Einzug ins „Europäische Haus“, wie er auch von der UdSSR gewünscht wird, nur durch Übernahme der effizienteren Marktmechanismen möglich. Andererseits bleibt der soziale Impuls, wie er im rationalen Kern des Sozialismus angelegt ist, weiterhin eine elementare Notwendigkeit, um die sozialen Folgen für die Menschen im sonst schrankenlosen Kapitalismus tunlichst zu minimieren. Der soziale

Kern des Sozialismus läßt sich aber nur in eine postkommunistische Zukunft retten, wenn sich die Sozialismus-Hinterbliebenen vom säkularisierten Chiasmus der „alten Linken“ endgültig trennen. Sonst führen alle Wege des Marxismus doch wieder — ob gewollt oder nicht — auf den linkstotalitären Holzweg des „real existierenden Sozialismus“ zurück, auch bei seinen Schönrednern im Westen.

Was also ist zu tun? Zunächst gilt es, die Altlasten, ideologische wie materielle, zu benennen, um sie möglichst zuträglich für alle zu „entsorgen“ — nach der neuen „Art Schadensbegrenzung“ (Habermas) nun eine weltweite „Entsorgung“ (H.-U. Wehler) des zu einer „Zumutung“ für die Menschheit gewordenen Kommunismus. Niemand verlangt eine bilderstürmerische *tabula rasa*. Fairneß und Vernunft gebieten es, rationale Elemente im Sozialismus und Marxismus zu respektieren und zu erhalten, schon weil ein totales Vakuum in der postkommunistischen Welt erfahrungsgemäß nur vom entgegengesetzten Extrem besetzt wird. Befreit vom hybriden Anspruch innerweltlicher Heilerlösung für die Menschheit, der so katastrophal gescheitert ist, enthält der Marxismus durchaus rationale Faktoren, vor allem die sozial-ökonomische Bedingungsanalyse der Prozesse, die in die modernen Revolutionen mündeten. Sein Hauptfehler war, eben durch seine dogmatische Verabsolutierung seiner selbst, dieselben Kategorien nicht auf die eigene neue Klasse der zuletzt nur noch repressiven und parasitären Nomenklatura anzuwenden. Die marxistische Revolutionsanalyse, vom Kopf auf die Füße gestellt, bleibt ein exzellentes Mittel zur historischen Erklärung des eigenen, kommunistischen Zusammenbruchs. Erst recht wertvoll aber bleibt der soziale Impuls des Sozialismus, wenn er nicht wieder zur Krücke wird, um eine dann erneuerte, herrschende Oligarchie zu restaurieren und zu legitimieren. Im übrigen aber sind Demokratie und politische Freiheit die besten Garanten gegen die Herrschaft von Orthodoxien, Alten wie Neuen oder Alten im neuen Gewande.

Die näheren Modalitäten des Wiederaufbaus müssen die Fachleute bestimmen. Das neue „gemeinsame Haus Europa“ darf weder Bewohner verschiedener Klassen kennen — privilegierte und rechtlose —, noch darf es sich vor allem gegen die Dritte Welt verschließen, selbst wenn vorübergehend mehr Kapitalien nach Osteuropa fließen werden als in die Dritte Welt. Aber der zu erwartende Wirtschaftsaufschwung des neuen Gesamteuropa könnte auch auf die Dritte Welt ausstrahlen. Nach den verheerenden ökologischen Fehlleistungen des Kommunismus muß der Neuaufbau ökologisch verträglich erfolgen. Die Sanierung der Umwelt durch Entsorgung der Altlasten kommunistischer Mißwirtschaft wird — neben den privatwirtschaftlichen

<sup>5)</sup> Vgl. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Bonn 1987; ferner Erhard Eppler, Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, Reinbek 1988.

<sup>6)</sup> Für die Unfähigkeit zur überfälligen Selbstkritik auf der Linken als Bewältigung der eigenen Vergangenheit vgl. den Meinungsführer Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution, Frankfurt 1990, S. 97, 188, 192 f.

Existenzgründungen — zumindestens anfänglich einen Hauptimpuls wirtschaftlicher Tätigkeit im Interesse der Menschen geben. Das Abstellen der Dreckschleudern, Energiesparen, Einbau von Filtern, Katalysatoren, Auf- und Ausbau von Kläranlagen, sanfte Technologien auf möglichst vielen Gebieten sind schon längst zu einer Überlebensfrage der Menschheit geworden und sollten auf die übrige Welt ausstrahlen. Auch im Westen gibt es ökolo-

gisch noch viel zu tun, und wir haben keinerlei Anlaß zum Ausruhen in Selbstzufriedenheit. Ein ökologisch fundierter, pragmatisch-reformerischer Sozialismus im Rahmen einer „bürgerlichen Demokratie“ könnte die produktive Rolle eines „Hechts im Karpfenteich“ übernehmen, um geistig-politische Verfettung in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und Demokratie zu bekämpfen.

### III. Das neue Europa und Deutschland

Ein neues Europa, das sich von seinem westmittel-europäischen Kern her ökonomisch und politisch aufbaut, muß der historischen Vielfalt europäischer Nationen gerecht werden, größer und kleiner. Die dialektische Einheit in der Vielfalt Europas bestand stets in der Ablehnung des hegemonialen Prinzips. Das klassische Gleichgewicht der Kräfte der kollektiv dominierenden Großmächte in der Pentarchie hatte sich in seiner Endform aus der zweimaligen Abwehr der französischen Hegemonie unter Ludwig XIV. und der Französischen Revolution samt ihrem Vollstrecker Napoleon I. entwickelt und im Konzert der Mächte auf dem Wiener Kongreß 1815 konstituiert und institutionalisiert. Im folgenden Jahrhundert reiften die Bedingungen zu seiner Selbstzerstörung in zwei Weltkriegen heran<sup>7)</sup>. Beide Male mußte eine Weltkoalition den deutschen Hegemonialanspruch in Europa als Voraussetzung zum „Griff nach der Weltmacht“<sup>8)</sup> abwehren. Die Teilung Deutschlands und Europas nach 1945 besiegelte zunächst die Selbstzerstörung Gesamt-Europas und seines auf Großmächten beruhenden Gleichgewichts der Kräfte. Statt dessen dominierten zwei Weltmächte im Westen und Osten, von denen eine, die UdSSR, aus einer der fünf Mächte der Pentarchie, revolutionär verpuppt, zur Weltmacht aufgestiegen war, allerdings nur mit massiver Material- und Kredithilfe durch die USA seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Im „Wettkampf der Systeme“ seit Beginn des Kalten Krieges übernahm sich die UdSSR, durch Über-Expansion in Übersee wie durch ihre eigene Ineffizienz zu Hause.

Der Sturz des Kommunismus zumindest in Ost-Mitteleuropa und die entsprechende Schwächung der Sowjetunion eröffnen nun die Chance zur Neuord-

nung Europas auf einer historisch gegebenen Grundlage. Die vielgegliederte Komplexität Europas bleibt, und niemand braucht zu befürchten, in einem europäischen Einheitsbrei zu versinken. Dennoch sind die Karten neu gemischt. *Alle* historischen Großmächte Europas mit Hegemonialansprüchen sind gescheitert und verbraucht, kontinentale wie maritime: Spanien auf dem Kontinent (durch die Personalunion mit dem alten römisch-deutschen Reich 1519–1659) und in Übersee seit 1659, Frankreich 1714/1815, das zaristische Rußland im 19. Jahrhundert, Deutschland 1918/45, seit 1945 England als Kolonialmacht, nun auch das kommunistische Rußland.

Spanien, Frankreich, England und Rußland im historischen Prozeß der Machtentfaltung verbraucht — die Bahn wäre an sich frei für eine neue, dieses Mal reale, ökonomisch fundierte deutsche Hegemonie, zumal Deutschland nun einmal dem sich politisch neu orientierenden Ost-Mitteleuropa geographisch am nächsten liegt. Aber umgekehrt ist ebenso wahr: Jede nationalstaatliche Politik würde wegen des Hegemonialpotentials eines auch nur bis zur Oder-Neiße geeinten Deutschland jede weitere europäische Einigung stören, schon weil das europäische System seit dem Mittelalter, in welcher Form es sich auch immer befand, gegen die Hegemonie einer europäischen Macht ankämpfte.

Die Ironie der Geschichte hat es so gefügt, daß Deutschland, das historisch im Mittelalter als erste Macht, in der Neuzeit 1871 bis 1945 als letzte Großmacht zur innereuropäischen Hegemonie gegriffen hatte, in dialektischer Verkehrung seiner beiden Niederlagen von 1918 und 1945 heute in Europa am stärksten dasteht. Selbst auf seinem gegenüber 1914 und 1937 drastisch reduzierten Territorium ist Deutschland in der Gestalt der Bundesrepublik schon lange die zumindest ökonomische Führungsmacht Europas, ohne ihre enorme Wirtschaftspotenz politisch ausmünzen zu können oder zu wollen. Selbst die Sanierung der maroden Wirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die gegenwärtig-

7) Für die Entwicklung zum Ersten Weltkrieg jetzt ausführlicher, zugleich unter globalhistorischen Horizonten, Immanuel Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges*, München 1990.

8) Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961.

gen Trends als kontinuierlich vorausgesetzt, wäre kaum mehr als eine vorübergehende Turbulenz, die eher neues ökonomisches Wachstum stimulieren wird.

Gerade deshalb fällt den Deutschen im europäischen Einigungsprozeß eine doppelte Verantwortung zu: Ihre historische Verantwortung für zwei Weltkriege, als zweimaliger „Griff nach der Weltmacht“, verlangt von ihnen einen weisen, d. h. zurückhaltenden Gebrauch ihres enormen ökonomischen und technischen Potentials. Zurückhaltung bedeutet im deutschen Fall: Freiwilliger Verzicht auf die in der Weltgeschichte bisher sonst „normale“ Verwandlung ökonomischer Vormacht in politische Hegemonie.

Nach den blutigen Umwegen der beiden Weltkriege, die indirekt auch historische Voraussetzungen der gegenwärtigen Lage sind, darf die Vereinigung Deutschlands keine rein nationalstaatliche Lösung sein. Nachdem die zunächst erwogene Idee einer Konföderation Bundesrepublik—DDR, eventuell als Kristallisationskern für eine Mitteleuropäische, gar Gesamteuropäische Konföderation, als Alternative zur nationalstaatlichen Wiedervereinigung sich durch den in diesem Ausmaß von niemandem vorhergesehenen Kollaps der DDR als unreal erwiesen hat, gilt es, die Substanz einer europäischen Föderationsidee zu retten und fruchtbar zu machen. Das ist der eigentliche Sinn der jetzt so oft beschworenen Einbindung eines vereinigten Deutschland in Europa: NATO, Europarat, EG, KSZE sind unterschiedliche Dimensionen oder Ebenen europäischer Integration, durchaus auch unterschiedlicher geographischer Reichweite.

Alle Integrationseinheiten, eventuell noch ergänzt und erweitert durch OECD, UNESCO u. ä., müßten das neue Deutschland so vielfältig und wirkungsvoll einbinden, daß eine deutsche Hegemonie — und vielleicht selbst die Furcht vor ihr — erst gar nicht aufkommen könnte. Es müßte auch uns Deutschen bewußt sein, daß die negativen Faktoren einer solchen Hegemonie die positiven Möglichkeiten einer wirklichen Integration der Deutschen in Europa weit überwiegen würden. Die Deutschen müßten diesen Sachverhalt genau erkennen und ausdrücklich für sich anerkennen. Das ist kaum ohne eine erhebliche politische Bildung über die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten hinaus möglich. Und der Weg dazu führt nur über eine rationale Analyse der deutschen Geschichte, eingebettet in europäische und welthistorische Zusammenhänge<sup>9)</sup>.

<sup>9)</sup> Das ist ein Desiderat der Geschichtsschreibung, vor allem der deutschen, schon lange vor den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989/90, das ich hoffe, demnächst unter dem Titel „Historische Dimension der Deutschen Frage“ erfüllen zu können.

So ist die deutsche Frage wieder einmal der Schlüssel zur Ordnung Europas. Die fällige Neuordnung Europas eröffnet nunmehr die Chance, die selbstzerstörerische Hegemonial- und Machtpolitik endgültig zu verabschieden. An die Stelle rivalisierender Großmächte mit einander abwechselnden Hegemonialabsichten oder -tendenzen könnte in einem „Europa demokratischer Rechtsstaaten“ (Dieter Senghaas) das Prinzip wirklich gleichberechtigter Nationalstaaten stehen, alle miteinander verbunden durch ein Netz bilateraler Konföderationsverträge, die in einigen Politikbereichen zu wirklicher Integration gebündelt würden, ohne je einen europäischen Einheitsstaat zu schaffen, der ohnehin an der nationalen Vielfalt der europäischen Nationen scheitern würde.

Den europäischen Integrationsebenen nach oben sollte im Idealfall eine starke Autonomisierung oder Föderalisierung nach unten auf regionaler Ebene in den europäischen Nationalstaaten entsprechen. Gewiß wäre eine solche Föderalisierung nicht zur Bedingung für die Teilnahme an Europa zu machen, schon weil sich einige bisher überwiegend zentralistisch regierte Nationen sehr schwer damit tun würden, wie England und Frankreich im Westen, Polen und Ungarn im Osten. Aber im Kern gibt es auch dort Ansätze zu diesen Entwicklungen föderativer Verantwortung und Teilhabe, die von den europäischen Institutionen nach Kräften zu fördern wären.

Ein weitgehender föderaler Zusammenschluß der europäischen Nationen würde es den Deutschen erleichtern, den ihrer politischen Tradition ohnehin am ehesten gemäßen Weg der eigenen föderativen Verfassung konsequent weiterzugehen: Je föderalistischer, also lockerer nach unten gegliedert, um so besser für Europa und die Deutschen. Ihre neue „nationale“ Identität — orientiert sowohl an Weimar wie an Auschwitz<sup>10)</sup> — könnte mit einer weitgehenden Eingliederung in eine Europäische Konföderation neue, konstruktive Konturen gewinnen, eingebettet in eine europäische, multikulturelle Identität, die sich offenhält für die übrige Welt. Der Nationalstaat, ob Großmacht oder nicht, wäre nicht mehr höchste Instanz, mit der säkularisierten „Sinnstiftung“ einer pseudo-religiösen Aura umgeben, sondern eine Ebene zur pragmatischen politischen Organisation, zur Integration der gesellschaftlichen Prozesse, eine Identifikationsebene unter anderen. Nach oben erhöhe sich Europa, in sich gegliedert in vielfältige Integrationsebenen, darüber die Menschheit als globale Aufgabe, darunter autonome Gebilde auf regionaler und lokaler

<sup>10)</sup> Ausführlicher versuchsweise skizziert bei Imanuel Geiss, Zwischen Auschwitz und Weimar. Nationale Identität als deutsche Frage, in: Evangelische Kommentare, (1984) 12, S. 673—676.

Ebene, alles im Dienst des freien Individuums mit Rechten, aber auch Pflichten gegenüber der Gesellschaft.

Nation und Nationalismus wären auf diese Weise nach oben und unten konstruktiv relativiert, aufgefangen oder eingebunden, könnten Quellen gesellschaftlicher Kreativität statt tödlicher Rivalität werden. Nationale Grenzen wären dann so wichtig wie heute die Grenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, zu Österreich oder Dänemark – zwar immer noch Realitäten, aber keine Trennung mehr von Völkern, keine Objekte politisch-ideologischer Fetischisierung, sondern nur noch Markierungen zur administrativen und kulturellen Binnengliederung Europas – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das vielschichtige Föderationsmodell auf mehreren Ebenen (europäisch, national, regional, lokal) könnte auch die Antwort auf die nach der deutschen Frage vielleicht komplizierteste Einzelfrage geben: Wo endet Europa im Osten? Am Bug, also an der polnisch-sowjetischen Grenze von 1945, oder noch weiter östlich, an der polnisch-sowjetischen Grenze vom 1./17. September 1939? Dürften sich die baltischen Republiken, wenn sie souverän geworden sind, einem solchen Konföderations-Europa anschließen? Sollte die Sowjetunion tatsächlich in einem Chaos von Bürgerkriegen und Nationalitätenkämpfen versinken, so könnte ein durchföderalisiertes Europa zur Auffangstation von Weißrussen und Ukrainern auf der Flucht vor einem gigantischen Groß-Libanon werden.

Und den Groß-Russen selbst könnte es leichter fallen, auf slawisch-orthodoxe kommunistische Heils- und Erlösungsmission ebenso zu verzichten wie auf die Hegemonie in Osteuropa, Sibirien, Transkaukasien, Zentralasien usw. Sollte es der Sowjetunion, vielleicht mit Rückendeckung eines demokratisch befriedeten und prosperierenden föderativen Europa, gelingen, ihre schwere Existenzkrise heil zu überstehen, so könnte ein solches Europa – ohne hegemoniale Ambitionen nach außen als neue Weltmacht und nach innen ohne Hegemonial-Aspiranten – der Sowjetunion ein konstruktiver Partner sein. Die UdSSR könnte ohnehin nur weiterbestehen, wenn es ihr gelingt, ihre bisher weitgehend nur formale Föderation zu einer echten Konföderation umzuwandeln, was wiederum die Preisgabe des kommunistischen und großrussischen Machtmonopols voraussetzt – als Konsequenz von Gorbatschows Perestrojka und Glasnost. Wir hätten dann zwei nicht-aggressive Groß-Konföderationen oder Föderationen, die zum gegenseitigen Nutzen fruchtbar miteinander kooperieren könnten.

Dem süßen Wein eines besseren Europa sei jedoch ein notwendiger bitterer Wermutstropfen nicht er-

spart. Auch hier gilt es, einen in Auschwitz bisher einmündenden historischen Mechanismus positiv zu wenden: Von Griechen und Italienern, den Kulturträgern des Römischen Reiches, abgesehen, waren alle europäischen Nationalismen seit ihrer Konstituierung im Hochmittelalter antijüdisch bzw. antisemitisch<sup>11)</sup>. Die stilprägenden Nationalmonarchien des Westens vertrieben die Juden aus ihren Grenzen (England 1290–1656, Frankreich 1394, Spanien 1492), zwangen ihnen die Taufe auf (Portugal 1497) oder ließen sie gar nicht erst in ihr Territorium einwandern (Skandinavien bis zum 17. Jahrhundert, Großfürstentum Moskau). Im Laufe des 19. Jahrhunderts konstituierte sich, Griechenland und Italien ausgenommen, mit dem modernen Nationalismus auch ein mehr oder minder virulenter Antisemitismus. Er brach im Rahmen der Industrialisierung durch, bei verschiedenen Völkern zu unterschiedlichen Zeiten im Gefolge von Wirtschaftskrisen (Deutschland, Österreich nach 1873), nationalen äußeren Krisen (Polen 1863/64, Frankreich 1870/71) oder inneren Krisen (Rußland 1881 mit der Ermordung des Zaren Alexander II.), im Falle Groß-Ungarns mit faktischer Souveränität und freier Hand zu einer repressiven Assimilationspolitik durch den Ausgleich 1867 nach der Niederlage Österreichs 1866. In einem komplexen Prozeß schaukelten sich die „nationalen“ Antisemitismen gegenseitig hoch, bis zuletzt der deutsche mit seinem Genozid des „Holocaust“ alle überbot.

In einem neuen demokratischen und rechtsstaatlichen Europa sollten die wenigen übriggebliebenen Juden einen ehrenvollen Platz erhalten, nicht nur als Überlebende von Auschwitz oder Nachfahren von Überlebenden. Positiv wäre die enorme geistige, künstlerische, technische und ökonomische Potenz der Juden anzuerkennen, ihre Funktion als inter-nationaler, buchstäblich zwischen den Nationen stehender zusätzlicher Kitt eigener Prägung, ohne sie in einen vergoldeten Käfig eines dieses Mal philosemitischen Ghettos einzusperren, das nur eine positiv gewendete Variante der früheren mörderischen „Sonderbehandlung“ wäre. Selbstverständlich wären Juden – wie andere auch – zunächst Bürger ihres jeweiligen Nationalstaates und dann Europäer. Aber der historische Makel der „Parasiten“, als die sie Antisemiten aller Länder (auch sozialistischer) hinstellten, wäre damit offiziell und gesellschaftlich so real wie nur irgend möglich endlich auszulöschen.

Das hier ausgebreitete Szenario repräsentiert gewiß eine Ideallösung im Sinne eines „best case“. Sie ist

<sup>11)</sup> Ausführlicher dazu Imanuel Geiss, *Geschichte des Rassismus*, Frankfurt 1988, S. 106–108, 114–121, 180–192.

auch nicht ganz selbstverständlich zu erreichen, denn sie widerspricht allen bisher dominierenden Trends in der Weltgeschichte zu machtpolitischer Rivalität und selbstzerstörerischer Hegemonie. Entscheidender Antrieb jedoch könnte die positive Wendung eben jener destruktiven historischen Erfahrungen sein, deren Wiederholung mit Sicherheit tödlich wäre. Der Zwang oder Wille zum Überleben unter ökologisch wie humanitär erträglichen Bedingungen könnte die stärkste Antriebskraft werden, sich gegen den bisherigen Strom der Geschichte erfolgreich zu wenden, noch besser aber die Richtung dieser bisher destruktiven Ströme selbst umzulenken. Aus der Schadensbegrenzung und Schadensabwicklung könnte eine viel grund-

sätzlichere Veränderung eintreten, die bisher von Gorbatschows Perestrojka zur Wende in der DDR, in Polen, Ungarn, der ČSSR, in Rumänien und Bulgarien führte. „Welche Wendung durch Gottes Führung!“ telegraphierte einst Wilhelm I. nach dem Sieg bei Sedan an seine Regierung in Berlin. Und der Spruch hing 1871 bei der Rückkehr der siegreichen preußischen Truppen am Brandenburger Tor. „Welche Wende durch die List der Vernunft!“ könnten wir heute sagen. Die Chance ist da, die Situation zu einem für alle Partner guten Ende zu bringen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis erfordert nüchternen Realitätssinn und politische Phantasie, Selbstkritik und Toleranz auf allen Seiten.

#### IV. Neue Herausforderung: Vom West-Ost- zum Nord-Süd-Konflikt

Diesen Essay, im Frühjahr 1990 geschrieben, hat die stürmische Entwicklung inzwischen teilweise in dem Sinn überholt, daß aus skizzierten Möglichkeiten konkrete und sich institutionalisierende Absichtserklärungen geworden sind. Die deutsche Einigung, nach dem Willen aller verantwortlicher Führer einzubetten in die Integration Europas, beendete den Kalten Krieg und die Spaltung Europas, so wie seinerzeit die Teilung Deutschlands den Auftakt zur Teilung Europas und zum Kalten Krieg gegeben hatte. Die Europa-Charta des Pariser KSZE-Gipfels Mitte November 1990 proklamierte offiziell das Ende des Kalten Krieges und nannte schon konkrete Schritte zur Erweiterung Europas nach Osten.

Gleichzeitig steigerte sich die Katastrophe in der UdSSR (und in Jugoslawien) zu offenen Hilferufen aus Moskau und den Provinzen an die Weltöffentlichkeit, vor allem an Westeuropa. Die immensen Kosten für den ökonomischen und sozialen Wiederaufbau der ehemaligen DDR zeichnen sich mittlerweile genauer ab. Mindestens dieselben Summen wären für Osteuropa und noch einmal für die UdSSR erforderlich. Im sich verschärfenden Chaos wären dort erst noch Institutionen und Infrastrukturen aufzubauen, um auch nur die elementarsten Voraussetzungen dazu zu schaffen, daß Hilfsgüter die betroffenen Menschen überhaupt erreichen, anstatt von der postkommunistischen Mafia und den Saboteuren der Nomenklatura umgeleitet und zweckentfremdet zu werden. Ohne tiefe Eingriffe von außen in die bisherigen, nun zerfallenden alten Strukturen läßt sich noch nicht einmal mehr das Überleben der Sowjetbevölkerung im befürchteten Hungerwinter 1990/91 organisieren.

Die große Flüchtlingswelle aus dem Osten und Südosten schickt ihre ersten Vorboten — Rußlanddeutsche, Juden aus der Sowjetunion, die teilweise am liebsten in Deutschland blieben, Sinti und Roma

aus Jugoslawien und Rumänien, angezogen von den höchsten Sozialleistungen für Asylsuchende in der gesamten Welt. Die entsprechenden Probleme in Westdeutschland, verstärkt durch anhaltenden, jetzt aber nicht mehr statistisch erfaßten Zuzug aus den fünf neuen Bundesländern, kombiniert mit einer schmerzlichen wirtschaftlichen Ernüchterung nach der Euphorie über den Fall der Mauer am 9. November 1989, werden zu Erschütterungen im neuen Deutschland führen, im Westen wie im zunächst ökonomisch weiter absteigenden Osten, bis dort ein neuer Aufschwung einsetzen kann — bestenfalls wohl erst ab Mitte 1991. Streiks, Hausbesetzungen und Krawalle kündigen bereits ein Stück „Normalisierung“ an.

Wiederum gleichzeitig markieren Saddam Husseins Handstreich gegen Kuwait und der Aufmarsch zum denkbar gewordenen neuen Golfkrieg dramatisch die Wende vom verblichenen Ost-West-Konflikt zum neu aufbrechenden Nord-Süd-Konflikt, denn zumindest ein Teil der arabischen und afrikanischen Welt setzt sich viel stärker für Hussein ein, als der übrigen Welt lieb sein kann. Die Konsequenzen eines Krieges gegen Irak, so verständlich er aus der Sicht der Weltgemeinschaft wäre, kämen einer weltweiten Katastrophe gleich, da Hussein schon mehrfach bewiesen hat, daß er bereit ist, seine schrecklichsten Drohungen auch in die Tat umzusetzen. Nichts kennzeichnet die neue Lage besser, als daß der Pariser KSZE-Gipfel nach der Ausrufung des Neuen Europa sofort schon Stellung zum Konflikt um Irak und Kuwait beziehen mußte. Die globale Achsendrehung der Welt-Konfliktlage von Ost-West nach Nord-Süd ließe sich schlagartiger und totaler nicht denken, als sie in der Realität über uns hereinbrach. Aber auch ohne diesen Konflikt gibt es neue Herausforderungen genug für Europa und Deutschland, denen wir uns stellen müssen — rasch, aber ohne Hysterie.

### **Frank R. Pfetsch: Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90, S. 3–13

Der Utopiebegriff scheint durch das Scheitern der real existierenden sozialistischen Systeme weiter diskreditiert worden zu sein. Diese Niederlage betrifft aber nicht die Utopie selbst, sondern ihre Gleichsetzung mit Ideologie. Die Geschichte des utopischen Denkens, aus der der Begriff herauspräpariert und mit seinen wichtigsten Merkmalen dargestellt wird, läßt erkennen, daß utopische Idealentwürfe gar nicht an der Realität scheitern können, weil sie in der Intention ihrer Autoren nicht auf Realisierung gerichtet sind, sondern theoretische gesamtgesellschaftliche Gegenentwürfe zur existierenden Welt darstellen.

Die Vereinnahmung von Utopien durch unterschiedliche Ideologien hat dazu geführt, daß nach dem Scheitern dieser Ideologien auch die Utopien in Mißkredit geraten sind. Der Autor plädiert für die Trennung zwischen utopischen Idealentwürfen als gedankliche Gegenwirklichkeiten und politischer, auf die Praxis wirkender und diese rechtfertigender Ideologie.

### **Jürgen Bellers: Politikwissenschaft in Deutschland. Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90, S. 14–27

Politikwissenschaft in Deutschland hat eine lange Tradition, die vor allem geprägt ist vom Einfluß der beiden großen wissenschaftlichen Nachbardisziplinen Wirtschaftswissenschaften resp. National-Ökonomie einerseits und in besonderem Maße der Rechtswissenschaft als der Staatslehre andererseits. Die Politische Wissenschaft als institutionalisierter Forschungs- und Lehrbereich an deutschen Hochschulen ist durchgängig erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten, wobei die theoretischen und methodischen Grundlagen aus den genannten Nachbardisziplinen sowie insbesondere auch der empirischen Sozialforschung entwickelt wurden. Heute versteht sich die Politikwissenschaft vor allem als Integrationswissenschaft zwischen diesen. Der Beitrag versucht, insbesondere die wissenschaftstheoretische Entwicklung der Disziplin in der Bundesrepublik Deutschland nachzuzeichnen. Dabei werden neben den jeweiligen geistesgeschichtlichen Hintergründen auch die sich ausprägenden Methoden und Inhalte im Überblick dargestellt. Es ist nicht zuletzt Ziel dieses Beitrages, eine Einführung in die Entwicklung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik zu geben, um damit Lesern vor allem auch aus den neuen Bundesländern einen Überblick über diese Disziplin zu erleichtern. Dazu dient auch das ausführliche Literaturverzeichnis im Anhang des Beitrages.

### **Hans-Werner Kuhn/Peter Massing: Politische Bildung seit 1945. Konzeptionen, Kontroversen, Perspektiven**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90, S. 28–40

Vor dem Hintergrund der politischen Vereinigung Deutschlands sieht sich die politische Bildung vor neuen Herausforderungen: Zum einen erscheint eine kritische Bestandsaufnahme der seit 1945 in der politikdidaktischen Diskussion auftretenden Ansätze und Kontroversen notwendig, um Orientierungshilfen für den Aufbau einer demokratischen, an Mündigkeit orientierten politischen Bildung in den fünf neuen Bundesländern anbieten zu können; zum anderen verdeutlichen Lageanalysen aus den achtziger Jahren die internen und externen Probleme des Faches an der Schule. Es werden die wichtigsten Konzeptionen politischer Bildung seit 1945 vorgestellt und die zentralen Konfliktlinien herausgearbeitet.

### **Immanuel Geiss: Europäische Perspektiven nach der deutschen Einigung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/90, S. 41–47

Die plötzliche Einigung Deutschlands durch den Zusammenbruch des Kommunismus eröffnet neue Chancen zur Reorganisierung Europas auf breiterer und föderalistischer Grundlage. Erforderlich sind Hilfsaktionen für den europäischen Osten und Aufarbeitung von Altlasten des vergangenen Kalten Krieges, auch ideologischer Kontroversen, durch Mobilisierung der neuen historischen Perspektiven, die sich mit der Einigung Europas ergeben. Neue historische Perspektiven erfordern auch die bessere Einordnung der deutschen Nationalgeschichte, und zwar sowohl in die Geschichte anderer Nationalstaaten als auch Europas insgesamt. Die Aussicht auf einen halbwegs befriedeten Kontinent darf jedoch nicht in Selbstzufriedenheit führen: Nach dem Verschwinden des Ost-West-Konflikts wird sich nachdrücklich die Hauptkonfliktachse der Welt nach Nord-Süd drehen, wie die Annexion Kuwaits durch Saddam Hussein und die entschlossene westliche Reaktion darauf mit brutaler Promptheit demonstriert hat.